

Konjunkturschwankungen in Entwicklungsländern

Erklärungsansätze und theoretische Grundlagen einer Konjunkturpolitik

von

Dipl.-Volkswirt Roger Bratenstein

aus

Erlangen

1973

Konjunkturschwankungen in Entwicklungsländern

Erklärungsansätze und theoretische Grundlagen einer Konjunkturpolitik

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades

eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

(Dr. rer. pol.)

an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt

von

Dipl.-Volkswirt Roger Bratenstein

aus

Erlangen



Referent: Prof. Dr. E. Dürr

Korreferent: Prof. Dr. O. Issing

Tag der mündlichen Prüfung: 6. Juni 1973

Für Lydia



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546317_0016

Gliederung

	<u>Seite</u>
A. Einleitung	
Entwicklungspolitik ohne Konjunkturpolitik?	1
B. Konjunkturschwankungen in Entwicklungsländern - ein reales Phänomen	3
I. Begriffsbestimmungen	3
1. Begriff "Entwicklungsländer"	3
2. Begriff "Konjunkturschwankungen"	4
II. Die Konjunkturbewegungen in den Entwick- lungsländern	8
C. Theorien zur Erklärung der Konjunkturschwan- kungen in Entwicklungsländern	14
I. Der Außenhandel als unabhängige Variable der Konjunkturschwankungen	14
II. Die Wirtschaftsordnung als unabhängige Variable der Konjunkturschwankungen	21
III. Die traditionelle Konjunkturtheorie als Erklä- rungsinstrument der Konjunkturschwankungen in Entwicklungsländern	27
1. Unterkonsumtionstheorien	28
2. Monetäre Konjunkturtheorien	29
3. Überinvestitionstheorien	30
D. Die Beurteilung der Konjunkturtheorien auf der Grundlage des empirischen Sachverhalts	38
I. Außenhandelshypothese	38
1. Die Exportentwicklung in der Rezession	38
2. Die Beziehung zwischen der Konjunktur der entwickelten Länder und dem Export der Entwicklungsländer	41

	<u>Seite</u>
3. Kritische Würdigung des Rhombergschen Ansatzes zur Überprüfung der Außenhandels-hypothese	62
4. Die Beziehung zwischen Export und Konjunktur der Entwicklungsländer	67
5. Die Rolle der terms of trade	76
6. Zusammenfassung	81
II. Ordnungspolitische Hypothese	82
1. Die Wirtschaftsordnung in den Entwicklungsländern	82
2. Die empirische Überprüfung der konjunkturellen Anfälligkeit der einzelnen Ordnungssysteme	84
III. Traditionelle Konjunkturtheorien, insbesondere Überinvestitionstheorien	85
1. Die Charakteristika einer Stabilisierungskrise	85
2. Querschnittsanalyse	87
a. Beziehung Inflation - Devisenreserven	87
b. Beziehung Geldmenge - Preise	88
c. Die Wirkung der Veränderung der Geldmengen- bzw. Preisentwicklung auf die Investitionen	88
d. Der Einfluß makroökonomischer Größen auf die Stärke der Rezession	92
3. Die Überprüfung der Thesen von Mamalakis anhand der Entwicklung in Chile	95
4. Zusammenfassung	100
E. Die Möglichkeit einer rationalen Konjunkturpolitik in Entwicklungsländern	101
I. Konjunkturpolitische Schlußfolgerungen aufgrund der empirisch überprüften Theorien	101

	<u>Seite</u>
1. Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Bekämpfung außenhandels-induzierter Rezessionen	101
2. Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Abschwächung von Stabilisierungskrisen	109
II. Probleme der praktischen Durchführbarkeit von konjunkturpolitischen Maßnahmen in Entwicklungsländern	116
1. Konjunkturpolitik in Argentinien von 1950 - 1969	116
a. Die Periode 1950 - 1954	120
b. Die Periode 1955 - 1960	126
c. Die Periode 1961 - 1966	133
d. Die Periode 1966 - 1969	139
2. Machtpolitische Aspekte der Konjunkturpolitik	144
3. Möglichkeiten der Automatisierung des wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesses	145
F. Die Beziehungen zwischen Konjunktur und Wachstum in den Entwicklungsländern	147
I. Theoretische Grundlagen	147
II. Empirische Überprüfung	155
Statistischer Anhang	V
Literaturverzeichnis	XI

A. Einleitung

Entwicklungspolitik ohne Konjunkturpolitik?

Insbesondere mit dem Ende des zweiten Weltkrieges ist die Entwicklung der Rohstoff- und Agrarländer der "Dritten Welt" zu einem zentralen Problem für Wissenschaft und Politik geworden. Dies zeigt sich insbesondere an der mit steigenden Wachstumsraten zunehmenden Zahl der Veröffentlichungen, die sich mit Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik beschäftigen. Über der Frage nach der optimalen Entwicklungsstrategie, die zu maximalen Wachstumsraten des Sozialprodukts führt, hat man einen Problemkreis stark vernachlässigt, nämlich den Bereich der Konjunkturtheorie, die mehr die kurzfristigen Schwankungen der Sozialproduktentwicklung erklären will.

Das geschah, obwohl bei der Entwicklung der heutigen Industriestaaten das Phänomen der Konjunkturschwankungen schon bald zu einem Gegenstand wissenschaftlicher Forschung geworden ist. Die Anwendbarkeit der hierbei gefundenen Erkenntnisse auf die Konjunkturschwankungen in Entwicklungsländern ist noch ungeklärt.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist eine starke Abschwächung der Konjunkturzyklen der Industrieländer zu beobachten. Sie treten häufig nur als Schwankungen der Wachstumsraten des Sozialprodukts auf. So ist wohl zu erklären, daß die Wachstumstheorie in das Zentrum wissenschaftlichen Interesses rückte. Diese Tendenz übertrug sich in Form der Überbetonung der Entwicklungstheorie auf die Entwicklungsländerforschung, was nur dann zu vertreten wäre, wenn die Entwicklungsländer keine Konjunkturzyklen aufzuweisen hätten. Ist dies aber nicht der Fall, so ist zur Klärung der Ursachen dieser Konjunkturschwankungen (auch

im Interesse der Entwicklungstheorie)¹⁾ eine empirisch überprüfte Konjunkturtheorie dringend nötig. Ob die aus einer solchen Theorie ableitbaren konjunkturpolitischen Maßnahmen von dem Politiker getroffen werden, hängt nur im Falle einer positiven Beziehung zwischen Konjunkturschwankungen und Wirtschaftswachstum unter anderem von dessen Wahl zwischen Stabilität und Wachstum ab.

1) Vgl. hierzu das letzte Kapitel dieser Arbeit. Zwischen den Begriffen Wachstum und Entwicklung wird in unserer Untersuchung, die sich ja nur auf Entwicklungsländer bezieht, nicht differenziert.

B. Konjunkturschwankungen in Entwicklungsländern - ein reales Phänomen

I. Begriffsbestimmungen

1. Begriff "Entwicklungsländer"

Da sich diese Untersuchung auf Entwicklungsländer beschränkt, ist zunächst eine Abgrenzung dieses Begriffs nötig. In der Literatur wird hierbei häufig auf verschiedene Kriterien zurückgegriffen, bei deren Vorliegen von einem Entwicklungsland gesprochen wird¹⁾. Solche Kriterien sind zum Beispiel hoher Anteil der Landwirtschaft an der Erstellung des Sozialprodukts, niedriges Pro-Kopf-Einkommen, starke Auslandsabhängigkeit (bezüglich Güter-Export und Güter-Import, sowie Kapitalimport), hohes Bevölkerungswachstum u.ä. Die einzelnen Autoren vertreten jedoch, wie so häufig bei der Definition von Begriffen, die unterschiedlichsten Meinungen bezüglich Art, Zahl und Gewichtung einzelner Kriterien. Hier soll auf keine dieser "wissenschaftlichen" Definitionen zurückgegriffen, noch eine neue "eigene" Begriffsbestimmung hinzugefügt werden. Da diese Arbeit neben einem theoretischen auch einen umfangreichen empirischen Teil enthält, wurde zweckmäßigerweise das Kriterium, nach dem die Vereinten Nationen die einzelnen Länder in ihren Statistiken in entwickelte und unterentwickelte Nationen einteilen, übernommen. Es handelt sich hierbei um die Pro-Kopf-Wertschöpfung

1) Vgl. Spindler, J. v.: Das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer, Stuttgart 1963, S. 15 ff.; Myrdal, G.: Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen, Stuttgart 1959, S. 1 ff.; Jelonek, A.: Die Entwicklungsländer, Baden-Baden und Bonn 1961, S. 9 ff.; Zimmermann, L. J.: Arme und reiche Länder, Köln 1960, S. 9 ff.; Salin, E.: Unterentwickelte Länder. Begriff und Wirklichkeit, in: Entwicklungsländer (B. Fritsch, Hrsg.), Köln und Berlin 1968, S. 22 ff.; Lorenz, D.: Zur Typologie der Entwicklungsländer, in: Entwicklungsländer (B. Fritsch, Hrsg.), Köln und Berlin 1968, S. 39 ff.; Bhagwati, J.: The Economics of Underdeveloped Countries, London 1966; Enke, S.: Economics for Development, Englewood Cliffs 1963, S. 16 ff.

in der verarbeitenden Industrie 1958, die Trennungslinie liegt bei 125 US Dollar¹⁾. Da reine Agrarstaaten bei der kurzfristigen Entwicklung des Sozialprodukts stark von Witterungseinflüssen abhängen, die außerhalb der Einwirkungsmöglichkeiten der Konjunkturpolitik liegen, wurden Entwicklungsländer, die am Anfang der sechziger Jahre noch über 40 % des Sozialprodukts aus der Landwirtschaft bezogen, aus der Untersuchung ausgeschlossen (Tabelle 1)²⁾.

2. Begriff "Konjunkturschwankungen"

Über den Begriff "Konjunkturschwankungen" gibt es in der Literatur sicherlich ebensoviele unterschiedliche Meinungen, wie bezüglich des Begriffs "Entwicklungsländer"³⁾.

Divergenzen bestehen insbesondere bei der Frage, über welchen Zeitraum sich ein Zyklus erstrecken muß, um als Konjunkturzyklus bezeichnet werden zu können und bei der Festlegung der makroökonomischen Größen, deren Schwankungen betrachtet werden sollen. Umstritten ist auch, ob nur positive und negative Wachstumsraten oder bereits Schwankungen der positiven Wachstumsraten als Konjunkturschwankungen bezeichnet werden können.

Da jedoch die Definition mehr eine Frage der Zweckmäßigkeit als

-
- 1) Vgl. United Nations, Statistical Yearbook 1962, New York 1963, S. 70.
 - 2) Die Rezessionen der auf diese Weise ausgeschlossenen Länder hatten fast ausschließlich ihren Ursprung in der Landwirtschaft.
 - 3) Vgl. Burns, A.F. and Mitchell, W.C.: Measuring Business Cycles, New York 1947, S. 5 ff.; vgl. auch Röpke, W.: Die Konjunktur, Jena 1922, S. 16 ff.; Estey, J.A.: Business Cycles, 3. Aufl., Englewood Cliffs 1959, S. 3 ff.; Hansen, A.H.: Business Cycles and National Income, New York 1951, S. 4 ff. und S. 18 f.; Fellner, W.: Trends and Cycles in Economic Activity, New York 1960, S. 17 ff.; Hamberg, D.: Business Cycles, 2. Aufl., New York 1957, S. 3 ff.; Gordon, R.A.: Business Fluctuations, 2. Aufl., New York 1961, S. 157 ff., sowie Schumpeter, J.A.: Business Cycles, Vol. I, New York and London 1939, S. 162 ff.

Tabelle 1: Anteil der landwirtschaftlichen Produktion am Sozialprodukt (in %)

	1950	53	54	60	62	63	64	65	66
Äthiopien						66			64
Ceylon	58			48		44			41
Elfenbeinküste				53		48		44	
Haiti ⁺⁾		51		50	49				
Honduras	56			44					41
Indien	51			50					48
Indonesien				52		55	56		
Kambodscha		56		46			41		
Kenya			47	40		43		38	
Süd Korea		49		40		45			39
Malawi			67	57				56	
Nigeria	73			61		59			
Pakistan	58			53					49
Sudan				57			54		
Tansania			62	61			54		
Togo						53		50	
Türkei	49			41		41			37
Uganda				61		61			59

Quelle: United Nations (Hrsg.), Statistical Yearbook 1967,
New York 1968, S. 560 - 567

⁺⁾ Berechnet nach United Nations (Hrsg.), Yearbook of National
Accounts Statistics 1968, Vol. I. Individual Country Data,
New York 1969, S. 281

eine Frage der Erfassung des Wesens einer Erscheinung ist¹⁾, wurde wie bei der Abgrenzung des Begriffs "Entwicklungsland" auch bei der Definition der Konjunktur diese Definition dem Zweck der Untersuchung angepaßt.

Um den umfassenden Charakter des Konjunkturphänomens deutlich zu machen, wurde nicht nur die industrielle Produktion, sondern das gesamte Sozialprodukt als Indikator verwendet. Untersucht wurden die absoluten jährlichen Rückgänge des realen Bruttosozialprodukts. Rückgänge positiver Wachstumsraten wurden nicht berücksichtigt.

Bei der Vielzahl der vorgefundenen Fälle sollten diejenigen ausgewählt werden, die sich durch besonders starke Ausschläge, d.h. negative Wachstumsraten, auszeichnen, da anzunehmen ist, daß sich in diesen Fällen auch die anderen zu beobachtenden Symptome am deutlichsten zeigen.

Da Entwicklungsländer häufig unter starken Preissteigerungen leiden, sind oft nur bei einer Betrachtung des realen Sozialprodukts absolute Schwankungen feststellbar. Außerdem verzerren die ständig wechselnden Preissteigerungsraten auch das Bild der relativen Entwicklung.

Die Bevölkerungsentwicklung wurde in die Sozialproduktdefinition nicht einbezogen, da dieser Faktor bei seinem starken Einfluß auf den Entwicklungsprozeß kurzfristig dennoch relativ stabil ist und daher eine Beziehung zum Konjunkturverlauf sehr gering sein dürfte. Konjunkturpolitische Einwirkungsmöglichkeiten bestehen in keinem Falle.

1) Popper, K. R. (Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Band II, Falsche Propheten, Hegel, Marx und die Folgen, Bern 1958, S. 21 ff.) vergleicht hier den aristotelischen (wesensmäßigen) mit dem modernen (zweckmäßigen) Definitionsbegriff.

Die so festgestellten Sozialproduktschwankungen wurden dahingehend untersucht, ob diese Schwankungen im industriellen Sektor entstanden sind, oder durch Rückgänge in der Agrarproduktion bedingt waren¹⁾, denn trotz der getroffenen Auswahl stärker industrialisierter Entwicklungsländer beträgt der Anteil der Agrarproduktion am Sozialprodukt häufig noch mehr als 30 %. Neben diesem Zusammenhang besteht noch die Möglichkeit, daß von Mißernten auf die vorgelagerten Sektoren, z. B. die Kapitalgüterindustrien, eine Art negative Akzeleratorwirkung ausgeht, wenn die Investitionsgüternachfrage der Landwirte bei stagnierendem oder fallendem Umsatz stark zurückgeht. Aber auch nachgelagerte Industrien können betroffen werden, falls für sie die Landwirtschaft als Rohstoffproduzent Bedeutung hat.

Da die Entwicklungsländer häufig einen Großteil ihrer Agrarerzeugnisse exportieren, bedeutet eine Mißernte einen Rückgang der Deviseneinkünfte, wodurch die Importkapazität verringert wird. Hierdurch kann auch die Industrieproduktion und die Investitionstätigkeit beeinträchtigt werden, wenn hauptsächlich Rohstoffe und Investitionsgüter importiert werden.

Auf die Rolle der Landwirtschaft im Konjunkturzyklus sowie die sehr komplexen Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie kann in dieser Arbeit nur am Rande eingegangen werden, zumal ursachenbekämpfende Konjunkturpolitik hier kaum möglich ist. Es soll jedoch darauf hingewiesen werden, daß starke Produktions-

1) Diese Möglichkeit sieht insbesondere Sunkel, O. (The Structural Background of Development Problems in Latin America, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 97, 1966 II., S. 57), vgl. auch Stouse, P. A. D. jr., Instability of Tropical Agriculture: The Atlantic Lowlands of Costa Rica, in: Economic Geography, Vol. 46, January 1970.

rückgänge in der Landwirtschaft mit großen Wachstumsraten der Industrieproduktion und des Sozialprodukts zusammenfallen (Spanien 1964, Uruguay 1964) und Rückgänge der Industrieproduktion durch Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion überkompensiert werden können (Brasilien 1965).

Aus diesen Gründen wurden nur diejenigen Sozialproduktschwankungen in die nähere Untersuchung einbezogen, die durch gleichgerichtete Schwankungen der industriellen Produktion begleitet wurden. Fällt in einer solchen Periode auch die landwirtschaftliche Produktion, so steht das Ergebnis unserer Ursachenforschung stets unter dem Vorbehalt, daß zusätzlich vom landwirtschaftlichen Sektor depressive Effekte ausgehen konnten.

Da das Ziel unserer Analyse die Formulierung einer Theorie ist, die auch als Grundlage konjunkturpolitischer Maßnahmen Verwendung finden kann, wurden Schwankungen des Sozialprodukts, die auf Naturkatastrophen, politische Unruhen und Kriege zurückzuführen waren, ebenfalls nicht berücksichtigt.

II. Die Konjunkturbewegungen in den Entwicklungsländern

Im Rahmen der zuvor gemachten Abgrenzungen soll nun gezeigt werden, ob und in welchem Maße die Entwicklungsländer seit 1950 konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt waren. Die Zeitspanne ab 1950 wurde deshalb gewählt, weil ausreichendes statistisches Material für viele Länder erst seit diesem Zeitpunkt vorliegt, und Verzerrungen durch die fallweise Einbeziehung der unmittelbaren Nachkriegsjahre entstehen können.

Der Mangel an auswertbaren Statistiken¹⁾ hat außerdem zu einer Beschränkung der Zahl der untersuchten Länder geführt. Es ist jedoch ziemlich sicher, daß dieses Auswahlprinzip zu keiner starken Verzerrung der realen Verhältnisse und der daraus zu gewinnenden theoretischen Einsichten geführt hat. Allerdings besteht die Möglichkeit, daß bessere Statistiken die wirtschaftspolitischen Instanzen sowie bestimmte Kreise der Bevölkerung konjunkturell bewußter machen und somit konjunkturpolitische Maßnahmen häufiger, schneller und gezielter ergriffen werden als das bei schlechten und unvollständigen Statistiken der Fall wäre. Unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. frühzeitiger Einsatz) könnte dies eventuell eine Glättung der Schwankungen bedingen, andererseits besteht jedoch, wie wir später feststellen werden, auch die Möglichkeit, daß falscher Einsatz der Konjunkturpolitik sogar schwankungsverstärkend wirkt. Gute Statistiken führen nämlich, wie das Beispiel der entwickelten Länder zeigt, hauptsächlich zu stärkerem konjunkturellem Bewußtsein, nicht aber zu frühzeitigem Einsatz der Konjunkturpolitik, da man sich bezüglich der zu verwendenden Indikatoren der konjunkturellen Entwicklung noch nicht einig werden kann.

Es ist daher sehr unwahrscheinlich, daß schlechte Statistiken allein konjunkturpolitische Maßnahmen verzögern, aber nur in diesem Falle würde unsere Auswahlmethode eine bedeutende Verzerrung des empirischen Sachverhalts bedingen.

1) Die geringe Verlässlichkeit der verfügbaren Statistiken der Entwicklungsländer beschreiben Rohde, K. E. (Typische Mängel im Aussagewert von Sozialproduktangaben für Entwicklungsländer, in: Wirtschaftspolitische Chronik, Heft 2-3 (1969)) und Levy, E. (National Income Accounting in Developing Countries, in: Finance and Development, Vol. V, Juni 1968, S. 26 f.), vgl. auch Seers, D., The role of national income estimates in the statistical policy of an underdeveloped area, in: The Review of Economics and Statistics, Bd. 20 (1952/53), S. -1 ff.

In der folgenden Tabelle 2 sind sämtliche Konjunkturzyklen erfaßt, die die gesetzten Bedingungen erfüllen. Es wurde jeweils das Jahr, in dem ein Rückgang des Sozialprodukts aufgetreten ist, gekennzeichnet. War dieser Abschwung eindeutig durch die Landwirtschaft bedingt, da die Industrieproduktion in dem betreffenden Jahr gestiegen ist, so scheidet dieser Fall aus unserer Untersuchung aus. Solche Rezessionen wurden gesondert aufgeführt. Unberücksichtigt blieben Rückgänge des Sozialprodukts, die durch Naturkatastrophen und politische Verwicklungen verursacht wurden.

Solche Fälle sind Chile, das 1960 vom schwersten Erdbeben seiner Geschichte verwüstet wurde¹⁾, sowie Argentinien 1956, wo nach Peróns Sturz 1955 eine innenpolitische Krise entstanden ist²⁾, Ägypten 1967, als der Kurzkrieg gegen Israel geführt wurde, und die Dominikanische Republik 1965, die damals unter bürgerkriegsähnlichen Zuständen zu leiden hatte³⁾.

Ausgeschlossen wurden ferner der Kongo ab 1960⁴⁾, wegen des in diesem Jahr ausgebrochenen Bürgerkriegs, Algerien und Südvietnam aus ähnlichen Gründen.

Syrien wurde nicht berücksichtigt, da hier die Landwirtschaft einen überragenden Einfluß auf die Entwicklung des Sozialprodukts ausgeübt hat⁵⁾.

-
- 1) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Chile, Stuttgart und Mainz 1964, S. 11.
 - 2) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Argentinien, Stuttgart und Mainz 1964, S. 9.
 - 3) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Dominikanische Republik, Stuttgart und Mainz 1965, S. 8.
 - 4) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Demokratische Republik Kongo, Stuttgart und Mainz 1970, S. 14.
 - 5) Vgl. United Nations, Yearbook of National Accounts Statistics 1958 u. 1968 vol. I, New York 1959 u. 1969, S. 215 bzw. S. 647.

Tabelle 2: Rezessionsjahre der Entwicklungsländer

Land	Untersu- chungsperiode	Jahre mit Rückgang des Sozial- produkts ^{c)}	
		Durch Rück- gang der Agrarproduk- tion bedingt	Rezessionen ge- mäß Definition
Argentinien	1950 - 1969		1952, 59, 62/63, 66
Ägypten	1950 - 1967		1952
Bolivien	1950 - 1969 ^{a)}		1953/54, 59
Brasilien	1950 - 1967		1965
Burma	1951 - 1967	1958, 66/67	1964
Chile	1950 - 1969		1956
Costa Rica	1951 - 1967		
Dom. Republik	1950 - 1968		1959, 61
Ecuador	1950 - 1966		
El Salvador	1958 - 1967	1959	
Griechenland	1951 - 1968		1952
Guatemala	1950 - 1969		1953
Guyana	1958 - 1966		1963
Irak	1950 - 1966		1957
Iran	1959 - 1969		
Jamaica	1950 - 1968		
Jordanien	1959 - 1967	1962, 66	
Kolumbien	1950 - 1967		1958
Kongo	1950 - 1959		1958
Libanon	1950 - 1967 ^{b)}		1958, 67
Malaysia	1955 - 1966		1958
Marokko	1951 - 1969	1959, 61, 66	1955/56/57
Mexico	1950 - 1968		1953
Nicaragua	1955 - 1968		1956, 58
Panama	1950 - 1968		
Paraguay	1951 - 1969	1959	
Peru	1950 - 1969		
Philippinen	1951 - 1968		
Portugal	1952 - 1968		
Puerto Rico	1951 - 1969		
Spanien	1950 - 1969	1953	1959
Taiwan	1951 - 1969		
Thailand	1951 - 1969	1954	
Tunesien	1950 - 1968	1955, 66	1957, 59
Uruguay	1955 - 1966		1958/59, 62/63
Venezuela	1950 - 1968		
Zambia	1955 - 1968		1958, 62
Zypern	1952 - 1969	1960	1958, 64

- a) außer 1956 - 1957
- b) außer 1959 - 1962
- c) Es wurden verschiedene Sozialproduktbegriffe verwendet (Volkeinkommen, Bruttoinlandsprodukt etc.). Da jedoch nur die Veränderung des Sozialprodukts und nicht der Vergleich verschiedener Sozialprodukt-niveaus zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in verschiedenen Ländern Gegenstand unserer Untersuchung war, wird auf die Begriffsunterschiede nicht weiter eingegangen. Bei der Feststellung der Veränderung des Sozialprodukts blieb der Sozialproduktbegriff selbstverständlich stets der gleiche.

Quellen:

- | | |
|-------------------------|--|
| United Nations (Hrsg.), | Statistical Yearbook |
| | 1962, New York 1963 |
| | 1965, New York 1966 |
| | 1966, New York 1967 |
| | 1967, New York 1968 |
| | 1969, New York 1970 |
| | 1970, New York 1971 |
| - | , Yearbook of National Accounts Statistics |
| | 1958, New York 1959 |
| | 1959, New York 1960 |
| | 1968, New York 1969 |
| - | , Economic Survey of Latin America |
| | 1951/52, New York 1954 |
| | 1955 , New York 1956 |
| | 1957 , New York 1958 |
| | 1958 , New York 1959 |

International Monetary Fund (Hrsg.), International Financial Statistics, Washington, Supplement to 1965/66 Issues
sowie Vol. XXIV (1971)

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Stuttgart und Mainz:

- El Salvador 1965
- Irak 1959
- Marokko 1963
- Marokko 1969
- Spanien 1960
- Kongo und Ruanda Urundi 1962
- Tunesien 1963
- Uruguay 1966
- Kolumbien 1965
- Irak 1967
- Dominikanische Rep. 1965
- Chile 1964
- Vereinigte Arabische Republik und Jemen 1961

Brasilien wurde einbezogen, obwohl das Sozialprodukt ständig gestiegen ist, da 1965 nur die außergewöhnlich starke Steigerung der Agrarproduktion¹⁾ den Rückgang der industriellen Produktion kompensieren konnte.

Lagen als statistische Quellen nur stark abgerundete Indexreihen der Entwicklung des realen Sozialprodukts vor, so wurde auch bei Stagnation des Indexwertes eine Rezession angenommen, da es möglich ist, daß insbesondere bei zusätzlich starken Preissteigerungen in einem solchen Falle durch Auf- und Abrundungen sowie die Wahl eines geeigneten Deflationsindex eine tatsächlich abwärtsgerichtete Entwicklung des Sozialprodukts verschleiert wurde.

Eine solche Ausnahme war nur Argentinien 1966.

1) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Brasilien, Stuttgart und Mainz 1968, S. 44.

C. Theorien zur Erklärung der Konjunkturschwankungen in Entwicklungsländern

I. Der Außenhandel als unabhängige Variable der Konjunkturschwankungen

In der Beschäftigungstheorie werden Hypothesen über die Beziehungen zwischen Export, Import und Volkseinkommen aufgestellt. Die effektive Nachfrage im Inland wird durch den Export erhöht, während Importe zu einer Verringerung dieser Nachfrage im Inland führen. Nur eine positive Handelsbilanz kann demnach expansiv auf Nachfrage und Sozialprodukt einwirken, während eine negative Handelsbilanz einen restriktiven Einfluß auf diese Größen hat¹⁾. In Volkswirtschaften mit hohem Exportanteil am Sozialprodukt kann also eine Exportkrise, die zu einer negativen Handelsbilanz führt, einen konjunkturellen Rückschlag bedingen.

Da jedoch Entwicklungsländer oft ständig unter Handelsbilanzdefiziten leiden, muß hier auf eine Veränderung dieser Defizite geachtet werden. Es sind außerdem noch weitere Besonderheiten der Entwicklungsländer zu berücksichtigen.

Handelsbilanzdefizite sind nötig, damit die Entwicklungshilfe zur Finanzierung der Importüberschüsse wachstumswirksam Verwendung findet und sich nicht nur in einer Erhöhung der Devisenreserve niederschlägt²⁾. Besteht die Entwicklungshilfe zunächst nur aus Geldka-

1) Vgl. Robinson, J., Essays in the Theory of Employment, 2. Aufl., Oxford 1947, S. 136 f., vgl. auch Lee, M. W., Economic Fluctuations: Growth and Stability, 3. Aufl., Homewood 1961, S. 592 f.

2) Vgl. Dürr, E., Methodische und politische Probleme der Berechnung des Entwicklungshilfebedarfs, in: Ordo Jahrbuch, Bd. XVIII (1967), S. 209 f. insbes. S. 210.

pitalimport, so erhöht sich hierdurch die inländische Geldmenge, was über Zinssenkungen zu Investitionssteigerungen und zur Erhöhung des Volkseinkommens führen kann¹⁾. Dieser expansive Effekt wird wieder rückgängig gemacht, wenn mit den Mitteln der Entwicklungshilfe ein Handelsbilanzdefizit bezahlt wird, das einen negativen Multiplikatoreffekt hat. So finanzierte Importüberschüsse haben also, wenn beide Vorgänge zeitlich ungefähr zusammenfallen, keine Wirkung auf die Geldmenge.

Treten in Entwicklungsländern Exportrückgänge auf, so werden sie meist durch Importrückgänge begleitet, da die Entwicklungshilfe und die bestehenden Devisenreserven nicht ausreichen, das Importvolumen bei reduzierten Exporteinkünften aufrechtzuerhalten. Da in den Entwicklungsländern die Nachfrage nach Importen wegen ihrer Zusammensetzung (Luxus- und Investitionsgüter) sehr einkommenselastisch ist, werden die durch Exporteinbußen bedingten Einkommensverluste auch schon von sich aus zu Importreduzierungen führen²⁾. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Exportschwankungen stärker sind als die Importschwankungen, da die Devisenreserven, wenn sie das als absolut notwendig erachtete Ausmaß überschreiten, bis zu einem gewissen Grad zur Kompensation der ausgebliebenen Exporterlöse herangezogen werden können.

Dieser Sachverhalt bedingt, daß von Exportrückgängen ein restriktiver Einfluß auf die effektive Nachfrage und auf die Entwicklung des Sozialprodukts ausgehen kann. Nach der oben angeführten Theorie erfolgt dies durch Vergrößerung des Handelsbilanzdefizits.

1) Vorausgesetzt, die Geldnachfrage bleibt konstant und die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ist größer als der Zins (vgl. Keynes, J. M., *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London 1964).

2) Vgl. Viner, J., *Stability and Progress: The Poorer Countries' Problem*, in: *Stability and Progress in the World Economy*, ed. by D. Hague, London 1958, S. 59.

Es gibt jedoch noch eine weitere destabilisierende Wirkung von Exportkrisen¹⁾. Neben der Einbuße an Exportnachfrage wird über die schon angedeutete verringerte Importkapazität das Angebot an importierten Investitionsgütern, Vorprodukten und Rohstoffen verkleinert, wobei zu berücksichtigen ist, daß dieser Effekt solange zu vermeiden ist, wie durch Devisenbewirtschaftung die Einfuhr von Luxusgütern verringert werden kann oder freie Devisenreserven vorliegen. Sinkt jedoch der Import von Investitionsgütern, Vorprodukten und Rohstoffen, so müssen, da es sich bei diesen Produkten meist um Komplementärgüter im Verhältnis zu den im Lande selbst produzierbaren Gütern handelt, Investition und Produktion zurückgehen. Falls die frühere Importnachfrage auf das inländische Angebot gelenkt werden kann, ergibt sich ein expansiver Effekt, soweit der Leistungsbilanzsaldo sich nicht ändert. Die Nachfrage muß jedoch abnehmen, wenn der Importrückgang wegen mangelhafter Importsubstitution zu Investitionseinschränkungen führt. Auch durch zu geringen Import induzierte Produktionseinschränkungen führen über Beschäftigungsabnahmen zu Nachfrageverlusten. Sinkt der Import nicht, so bleibt zwar das Angebot an importierten Investitionsgütern konstant, die Nachfrage nimmt jedoch durch die Exporteinbußen ab.

In beiden Fällen führt also ein negativer Multiplikatorprozeß (einmal hauptsächlich durch Investitions- zum anderen durch Exportrückgänge) zu einer Verringerung des Volkseinkommens. Vereinfacht lautet die Hypothese jetzt: Exportschwankungen beeinflussen

1) Vgl. Clark W. Reynolds, Domestic Consequences of Export Instability, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, May 1963, S. 93.

das Sozialprodukt in der gleichen Richtung. Da bei dieser Erklärung der Konjunkturschwankungen ein Strukturfaktor, nämlich die besondere Stellung des Exports in den Entwicklungsländern, die entscheidende Rolle spielt, können die Vertreter dieser Theorie Strukturalisten¹⁾ genannt werden.

Bis zu diesem Punkt wurde nur die inländische Reaktion auf von außen vorgegebene Änderungen der Auslandsnachfrage betrachtet. Die Schwankungen der Exporte der Entwicklungsländer können jedoch durch Schwankungen der Importe der entwickelten Länder erklärt werden²⁾. Die konjunkturtheoretische Aussage der Strukturalisten läßt sich nun folgendermaßen zusammenfassen: Zyklische Schwankungen der Investitionstätigkeit in den Industrieländern³⁾ beeinflussen das Sozialprodukt und den Rohstoffimport dieser Länder, was für die Entwicklungsländer als Rohstoffexporteure gleichgerich-

-
- 1) Als Strukturalisten im Bereich der Nationalökonomie werden im allgemeinen Wirtschaftstheoretiker bezeichnet, die insbesondere in Lateinamerika, Preissteigerungen und zum Teil auch Konjunkturschwankungen auf strukturelle Ursachen, wie Exportschwankungen, Landwirtschaftsengpässe, Devisenknappheit und Nachfrageverschiebungen zurückzuführen versuchen. Vgl. Sunkel, O., Inflation in Chile: An Unorthodox Approach, International Economic Papers, Nr. 10, 1960, S. 107 - 131, derselbe, The Structural Background of Development Problems in Latin America, a.a.O., S. 57, Grunwald, J., The "Structuralist" School on Price Stability and Economic Development - The Chilean Case, in: Latin American Issues, Essays and Comments (Hirschmann, A. O., Hrsg.), New York 1961, S. 95 - 123, Seers, D., Inflation and Growth: The Heart of the Controversy, in: Inflation and Growth in Latin America (Baer und Kerstenetzky, Hrsg.), Homewood 1964, S. 89 - 102, Ferrer, A., The Argentine Economy, Berkeley and Los Angeles 1967, S. 192 ff. und 198 ff., Maynard, G., Economic Development and the Price Level, London 1963 und insbesondere Prebisch, der hauptsächlich auf die Beziehung Konjunktur-Export eingeht (vgl. Prebisch, R., Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer, Berlin 1968, S. 54 f.).
 - 2) Hierbei handelt es sich nicht um eine Identität, da es Entwicklungsländer gibt, deren Hauptexport nicht in die Industrieländer geht (Libanon, Burma).
 - 3) Prebisch nennt sie "zyklische Zentren" (vgl. Prebisch, a.a.O., S. 54).

tete Schwankungen ihrer Exporterlöse und ihres Sozialprodukts mit sich bringt¹⁾.

Diese Abhängigkeit ist gegeben, da der Export der Entwicklungsländer sich hauptsächlich auf die "zyklischen Zentren" konzentriert²⁾ und die Exportdiversifikation sehr gering ist³⁾. Je stärker der Export auf ein Land konzentriert ist, desto größer ist die Gefahr, daß zyklische Schwankungen dieses Landes den Export des Entwicklungslandes treffen. Wird in viele Länder exportiert, so ist bei geringer Synchronisation der Konjunkturen der Industrieländer die Exportinstabilität kleiner. Die Exportschwankungen der Entwicklungsländer sind stärker, wenn der Investitionszyklus der Industrieländer durch parallel verlaufende Schwankungen der Rohstofflagerhaltung dieser Länder, die bei steigenden Preisen im Boom hauptsächlich spekulativ bedingt sind, begleitet wird⁴⁾. Je

-
- 1) Vgl. Prebisch, a.a.O., S. 54 f. und Nurkse, R., Trade Fluctuations and Buffer Policies of Low - Income Countries, in: Kyklos, Vol. XI (1958), S. 141 f., vgl. auch Lau, C., Die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer, Diss. Hamburg 1961, S. 29. Lau sieht nur die Multiplikatorwirkung der Exportnachfrage. Er verbindet dies, wie die meisten anderen Vertreter dieser Hypothese, nicht alternativ mit den Wirkungen, die von mit den Exportschwankungen gleichzeitig auftretenden Importschwankungen auf die Investitionen und die Produktion der Entwicklungsländer ausgehen. Kalecki, M. (Studies in the Theory of Business Cycles, New York 1966, S. 16 f.) betont, daß eine absolute Exportsteigerung ohne Berücksichtigung der Importe noch nichts über die Einkommenswirkungen aussagt.
 - 2) Vgl. Nurkse, a.a.O., S. 142 - 143.
 - 3) Vgl. Froomkin, J. N., The Migration of Capital, People and Technology, in: Economic Development, Principles and Patterns, (Buttrick, J. A. and Williamsen, H. S., Hrsg.), New York 1954, S. 281. Die geringe Diversifikation ist abhängig von zu geringer Industrialisierung (vgl. Nurkse, a.a.O., S. 143), vgl. auch Higgins, B., Economic Development, Principles, Problems and Policies, New York 1959, S. 555, Mikesell, R. F., Foreign Exchange in Postwar World, 2. Ed., New York 1955, S. 441.
 - 4) Vgl. Nurkse, a.a.O., S. 142.

größer der Anteil des Exports am Sozialprodukt ist, desto wichtiger ist die Stabilität der Exportnachfrage für eine gleichmäßige Entwicklung des Volkseinkommens der Entwicklungsländer¹⁾.

Exportschwankungen wirken sich jedoch in unterentwickelten Ländern mit gleichem Exportanteil wie in entwickelten Ländern stärker auf die Sozialproduktentwicklung aus, da entwickelte Länder bedingt durch einen höheren Anteil der Staatsausgaben einen Nachfrageausfall eher durch staatliche Ausgabesteigerungen kompensieren können²⁾.

Bewegen sich Exportgüterpreise und -mengen in der gleichen Rich-

-
- 1) Vgl. Schnittger, L., Staatshaushalt und Finanzierung in Entwicklungsländern, Darmstadt 1963, S. 67.
 2) Vgl. Buchanan, N. S. and Ellis, H. S., Approaches to Economic Development, New York 1955, S. 382. Die vorliegenden Unterschiede können beträchtlich sein:

Anteile der Staatsausgaben einiger entwickelter und unterentwickelter Länder am Sozialprodukt:

Land	% Anteil	Land	% Anteil
1. entwickelte Länder		Chile	23
Bundesrepublik D.	40	Costa Rica	14
Vereinigtes Königr.	44	Dominik. Rep.	17
Vereinigte Staaten	35	El Salvador	10
		Guatemala	10
2. unterentwickelte Länder		Kolumbien	14
Ägypten	34	Libanon	15
Argentinien	16	Malaysia	29
Brasilien	11	Mexiko	7
		Panama	16
		Spanien	15
		Zambia	16
		Zypern	14

Die Werte wurden als Anteil der öffentlichen Ausgaben am Sozialprodukt 1968 (außer Brasilien 1967, Malaysia 1966, Mexiko 1967, Zambia 1963) berechnet. Die zum Teil sehr niedrigen Angaben können auch durch unzureichende statistische Erfassung in den Entwicklungsländern entstanden sein.

Quelle: United Nations (Hrsg.), Statistical Yearbook 1970, New York 1971, S. 633 ff. und S. 580 ff.

tung¹⁾, so hat dies stärkere Schwankungen der Exporterlöse zur Folge, als wenn diese Kombination nicht vorliegen würde²⁾. Wenn jedoch die Preise für Fertigwaren im Zyklus weniger stark schwanken als die Preise für Rohstoffe und Agrarerzeugnisse, so bedeutet dies für Entwicklungsländer, die Rohstoffe exportieren und Industrieerzeugnisse importieren, eine zyklische Bewegung ihrer Terms of Trade, die schwankungsverstärkend wirkt³⁾.

Sollte die Hypothese der Strukturalisten richtig sein, so bedeutet dies, daß die in Industrieländern bei nicht-synchronem Konjunkturverlauf mögliche Depressionserleichterung durch automatische Exportsteigerung in den Entwicklungsländern ausgeschlossen ist, da stets angenommen wird, daß ein nicht-synchroner Konjunkturverlauf zwischen Entwicklungs- und Industrieland ausgeschlossen bleibt. Die Konjunkturlage des Industrielandes überträgt sich auf das exportierende Entwicklungsland, ohne daß dieses wegen der starren traditionellen Handelsverbindungen auf andere Abnehmerländer ausweichen könnte.

Manche Autoren⁴⁾ behaupten, daß im allgemeinen außer dem Export nur noch das Wetter als ausschlaggebender Faktor bei der Erklärung der Sozialproduktschwankungen der Entwicklungsländer zu berücksichtigen ist. Da jedoch diejenigen untersuchten Rezessionen, die von steigendem Export begleitet wurden, zum größeren Teil auch

1) Vgl. Nurkse, a.a.O., S. 141, vgl. auch: derselbe, Epilogue, in: Kyklos, Vol. XI (1958), S. 250 - 251.

2) Vgl. Kitamura, H. und Shu-Chin Yang, Domestic Stability and Development: A Critique of Nurkse's Scheme, in: Kyklos, Vol. XII (1959), S.316. Die Mengen können auch weniger stark schwanken als die Preise (vgl. ebenda, S. 317).

3) Vgl. Haberler, G., Terms of Trade and Economic Development, in: Economic Development for Latin America, ed. by H. S. Ellis and H. C. Wallich, London 1962, S. 289.

4) Vgl. z.B. Higgins, Economic Development, a.a.O., S. 546.

steigende Agrarproduktion zu verzeichnen hatten, müssen weitere Hypothesen gefunden werden, die diese Phänomene erklären können.

II. Die Wirtschaftsordnung als unabhängige Variable der Konjunkturschwankungen

Da die Entwicklungsplanung¹⁾ häufig empfohlen wird²⁾, wenn rasches und vor allem auch stabiles Wachstum erreicht werden soll, ist anzunehmen, daß man eine wachstumsbehindernde Wirkung der Konjunkturschwankungen³⁾ befürchtet, die nur durch Wachstumsplanung vermieden werden kann⁴⁾.

Das Mißtrauen gegenüber der marktwirtschaftlichen Entwicklungspolitik ist sicherlich teilweise auf die Analyse der Krise im markt-

-
- 1) Unter Entwicklungsplanung versteht man eine über die Planung der Infrastruktur hinausgehende Fixierung der Investitionen einzelner Sektoren. Marktwirtschaftliche Entwicklungspolitik bedeutet, daß man nur die Wachstumsbedingungen plant, wodurch dem privaten Unternehmer unter einem wirksamen Marktmechanismus ein optimales Betätigungsfeld gewährleistet wird. Vgl. Dürr, E., Alternativen der Wachstumsplanung in Entwicklungsländern, in: Wirtschaftspolitische Chronik, Heft 1 (1969), S. 53 f.
 - 2) Vgl. United Nations, Committee for Development Planning, Report on the 6th Session, New York 1970.
Neben den Vereinten Nationen empfehlen auch andere internationale Organisationen wie z.B. die Weltbank, sowie entwicklungshilfeleistende Länder, wie z.B. die USA, die Entwicklungshilfeplanung (vgl. Fischer, G., Marktwirtschaftliche Entwicklungspolitik, Bedingungen und Erfahrungen, Diss., Erg. Nürnberg 1968, S. 2 - 3), vgl. auch Pearson, L. B., Partners in Development, New York, Washington, London 1969, S. 244.
 - 3) Die Beziehungen zwischen Konjunktur und Wirtschaftswachstum werden in einem abschließenden Kapitel untersucht.
 - 4) Vgl. hierzu auch Fischer, a.a.O., S. 134.

wirtschaftlichen System zurückzuführen¹⁾.

Die Unsicherheit bezüglich der Investitionstätigkeit freier Unternehmer²⁾ trug in Verbindung mit dem Mißtrauen gegenüber der Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus bei der optimalen Allokation der Investitionen zu der Hypothese bei, daß Entwicklungsplanung die Konjunkturschwankungen glätten hilft, da hierbei angeblich Fehlinvestitionen und ungenügende Investitionsneigung dadurch vermieden wird, daß die Investitionstätigkeit nach Höhe und Rich-

1) Vgl. Fricke, R., Wirtschaftsordnung und Konjunktur, Frankfurt/Main 1958, S. 13-14: "Die auf eine Gesellschaftskritik abgestellten sozialistischen Theoretiker sahen in den Konjunkturschwankungen und insbesondere in den Wirtschaftskrisen die Bestätigung ihrer Auffassung, daß die freie Wirtschaft planlos, ungerecht und auf die Dauer nicht lebensfähig sei und deshalb zum Wohle der Arbeiterklasse durch eine Planwirtschaft ersetzt werden müsse." Diese Meinung wird in abgeschwächter Form insbesondere bei einer sozialistischen Führungsschicht in den Entwicklungsländern vorliegen. (Vgl. Pfister, B., Probleme der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Entwicklungsländern, in: Ordojahrbuch, Bd. XII, 1961, S. 256).

Vgl. auch Marx, K., Das Kapital, Bd. III, Berlin 1965, S. 268 f. "Konstantes Kapital" ist der Bestand an investiertem Kapital, "variables Kapital" die Entlohnung der Arbeit. Da sich durch Akkumulation ausschließlich das konstante Kapital erhöht, Mehrwert aber nur durch Minderentlohnung der Arbeit entsteht, muß die Profitrate (Mehrwert zu konstantem und variablem Kapital) bei konstanter Mehrwertrate (Mehrwert zu Arbeitskosten) sinken. Sinkende Profitraten führen zu rückläufiger Investitionstätigkeit und zur "Krise". Neben dieser Theorie hat Marx die Konjunkturschwankungen noch durch eine Art Disproportionalitätstheorie, die auf Mißtrauen bezüglich der Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus beruht, sowie eine Unterkonsumtionstheorie zu erklären versucht. (Vgl. Higgins, Economic Development, a.a.O., S. 116 f.).

2) Als Begründung ungenügender Investitionsneigung der privaten Unternehmer wird häufig das Fehlen dynamischer Unternehmer überhaupt als für die Entwicklungsländer charakteristische Ursache angeführt, was jedoch sehr wahrscheinlich unrichtig ist. (Vgl. Fischer, a.a.O., S. 25 f.).

tung staatlich reglementiert wird.

Die auf Grund staatlicher Entwicklungspläne zustande gekommene Allokation der Investitionen führt jedoch nur dann zu einer größeren Stabilität der Entwicklung, wenn die den Plänen zugrundeliegenden Daten richtig sind¹⁾. Hierzu sind zunächst Theorien nötig, die die Beziehungen zwischen den relevanten ökonomischen Größen im Zeitablauf erklären und die der empirischen Überprüfung standgehalten haben²⁾. Da jedoch solche Theorien noch nicht vorliegen, ist die zur Erstellung von Plänen notwendige Prognose der Entwicklung der wirtschaftlichen Größen (Nachfrage, Faktorproduktivitäten, Input-Output-Koeffizienten) nicht möglich.

Außerdem nimmt bei geringem persönlichen Engagement des Planungsbeamten auch die Sorgfalt bei der Ausarbeitung der Pläne ab³⁾, wodurch deren Unzulänglichkeiten erhöht werden.

Diese Unzulänglichkeiten sind jedoch nicht dann schon behoben, wenn die angestrebten Globalziele wie Wachstumsrate des Sozialprodukts, Investitionsquote und Kapitalkoeffizient zufällig erreicht werden. Diese Globalgrößen setzen sich ja aus den sektoralen und betrieblichen Einzelwerten zusammen. Hier ist es leicht möglich, daß zum Beispiel einzelne Branchen die Planwerte über-, andere diese Werte untererfüllen.

Die Ursache für solche Planabweichungen ist in fehlerhaften Prognosen zu suchen. Wenn Input-Output-Koeffizienten und sektorale und branchenmäßige Kapital- und Arbeitsproduktivitäten sowie die

1) Vgl. Morgenstern, O., On the Accuracy of Economic Observations, Princeton 1963, S. 114-115.

2) Vgl. Dürr, E., Probleme der Volkswirtschaftlichen Programmierung, in: Wirtschaftspolitische Chronik, Heft 2 (1963), S. 56 f.

3) Vgl. Bauer, P. T. und Yamey, B. S., The Economics of Underdeveloped Countries, Cambridge 1960, S. 152 f.

Endnachfrage nicht prognostizierbar sind, da entsprechende empirisch überprüfte Theorien fehlen, ist es sehr unwahrscheinlich, daß die geplante sektorale und branchenmäßige Struktur der Wirtschaft mit der Realität übereinstimmen wird. Die negativen oder positiven Planabweichungen müssen dabei nicht einmal für die Gesamtentwicklung nachteilig sein, wenn hierdurch einer nicht vorhergesehenen Nachfrageentwicklung Rechnung getragen wird. So bedingte Planabweichungen sind jedoch selten, da jeder Betrieb prinzipiell angehalten ist, die Planziele zu erreichen oder zu übertreffen (auch wenn der einzelne einsehen sollte, daß diese den derzeitigen Erfordernissen nicht mehr entsprechen).

Wenn aber Planabweichungen meistens durch falsche Prognose von Input-Output-Koeffizienten, sowie Kapital- und Arbeitsproduktivitäten bedingt sind und außerdem auch Erfüllung oder Übererfüllung der Planziele noch nichts darüber aussagen können, ob die hierdurch entstandene Angebotsstruktur der Nachfragestruktur entspricht, ist es leicht möglich, daß ständig Engpässe und Überschüsse auftreten.

Werden also Investitionen auf Grund theoretisch nicht fundierter Entwicklungspläne getätigt, so ist die Gefahr der Fehlinvestition groß. "Die Erfahrung bestätigt, daß bei privatwirtschaftlich gesteuerten Unternehmerentscheidungen Fehlinvestitionen wesentlich geringer ... sind."¹⁾

1) O. Verf., Die soziale Marktwirtschaft/ Modell für die dritte Welt? in: Berichte und Abhandlungen der Friedrich-Naumann-Stiftung, Heft 10 (1968), S. 59. Jöhr, W. A. (Die Konjunkturschwankungen, Tübingen, Zürich 1952, S. 648 f.) betont, daß in zentralgeleiteten Volkswirtschaften eigentliche Konjunkturschwankungen nicht möglich sind, während jedoch Engpässe und Friktionen, die durch falsche Allokation der Produktionsfaktoren entstehen, häufig auftreten. Diese Analyse bezieht sich jedoch auf die Zentralverwaltungswirtschaft, die im Gegensatz zum System der Entwicklungsplanung keine privaten Unternehmer mehr kennt, wodurch psychologisch bedingte kumulative Prozesse völlig ausgeschlossen sind. Eine Beziehung zwischen den beiden Systemen besteht insofern, als staatliche Investitionsplanung bei beiden Wirtschaftsordnungen besteht, was einerseits zu Fehlinvestitionen führen kann, andererseits aber der psychologische Kernprozeß hierdurch gebremst wird.

Solche Fehlentscheidungen sind in geplanten Volkswirtschaften besonders gefährlich, da hierdurch die gesamte Wirtschaft in eine falsche Richtung gelenkt wird. Solche kumulativen Fehlentwicklungen können leicht in eine Rezession führen.

Zwar besteht für den einzelnen Unternehmer auch das Problem, die Unsicherheit bezüglich der künftigen Entwicklung nicht durch empirisch überprüfte Theorien verringern zu können. Die Wahrscheinlichkeit richtiger Pläne steigt jedoch mit der Zahl der Planenden, die zudem große Risiken auf sich nehmen müssen, was sie zu sorgfältiger Planung zwingt. Im Gegensatz zur zentralen Planung, bei der im voraus ein Plan für die gesamte Wirtschaft entworfen wird, entscheiden die Unternehmer in einem komplizierten Prozeß, bei dem viele Einzelpläne aufeinander abgestimmt werden. Eine solche Abstimmung ist möglich, weil die Entscheidungen der Unternehmer nicht simultan, sondern nacheinander gefällt werden. Bei zentraler Planung ist ein derartig dynamisiertes Planungs- und Entscheidungskonzept nicht durchführbar, da nur ein Plan existiert. Die Konsistenz dieses Gesamtplans wird gefährdet, wenn unvorhergesehene Entwicklungen eine Revision bestimmter Plandaten erforderlich machen. Da Planänderungen aus diesen Gründen nur ungern vollzogen werden, ist anzunehmen, daß sich viele Pläne schneller auf Datenänderungen einstellen, als ein alles umfassender Gesamtplan¹⁾.

Da Fehlinvestitionen häufig durch Nachfragelenkung und/oder allgemeine Nachfrageexpansion verdeckt werden sollen²⁾, ist das desta-

1) Bauer steht aus ähnlichen Gründen der zentralen Planung skeptisch gegenüber. (Bauer, P. T., Entwicklungsländer II, Ökonomische Problematik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 3, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1961), S. 255).

2) Vgl. Dürr, Probleme der Volkswirtschaftlichen Programmierung, a.a.O., S. 62-63.

bilisierende Element einer Inflation wahrscheinlich ebenfalls zum Teil auf die Entwicklungsplanung zurückzuführen.

Zusammenfassend läßt sich also vermuten, daß die Entwicklungsplanung über die Fehlallokation der Investitionen eher destabilisierend wirkt. Sie vermag eventuell das Investitionsniveau konstant zu halten, wodurch eine durch mangelhafte Investitionsneigung der privaten Unternehmen bedingte Rezession größtenteils vermieden wird.

Ziemlich sicher ist, daß Investitionen eine wichtige Rolle im Konjunkturablauf spielen und Schwankungen der Investitionsfreudigkeit freier Unternehmer in der Marktwirtschaft zu Schwankungen des Sozialprodukts führen¹⁾. In dieser Hinsicht ist die Marktwirtschaft liberaler Ausprägung der Entwicklungsplanung unterlegen, nicht jedoch eine gelenkte Marktwirtschaft, deren Bestandteil auch eine die Makrogrößen (z. B. Investition und Konsum) beeinflussende Konjunkturpolitik ist²⁾.

Die Hypothese, daß Wirtschaftsordnung und Konjunkturschwankungen voneinander abhängen können, muß also relativiert werden. Eine Wirtschaftsordnung ist in konjunktureller Hinsicht unproblematisch, wenn von ihr keine destabilisierenden Wirkungen ausgehen, weil weder zuviel (Entwicklungsplanung) noch zu wenig (libe-

1) Vgl. insbesondere das folgende Kapitel dieser Arbeit.

2) Vgl. Frickhöffer, W., Die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und die Möglichkeiten ihrer Anwendung auf Entwicklungsländer, in: Die soziale Marktwirtschaft - Modell für die Dritte Welt, Berichte und Abhandlungen der Friedrich-Naumann-Stiftung, Heft 10 (1968), S. 9 f.

Die Meinung einiger Autoren, Laissez-faire würde zur Glättung der Konjunkturen führen, (vgl. Jöhr, a.a.O., S. 2), da staatliche Eingriffe nur störend für den Wirtschaftsablauf sein können, wird durch die Erfahrungen mit dieser Politik im vorigen Jahrhundert widerlegt.

rale Marktwirtschaft) in die Wirtschaft eingegriffen wird. Da aber in Entwicklungsländern in der Hauptsache Mischtypen dieser beiden Formen mit jeweils verschieden starker Gewichtung vorliegen¹⁾, ist es sehr schwer, hier eine überprüfbare Hypothese zu formulieren. Mehr marktwirtschaftlich orientierte Systeme dürften allerdings bei aktiver Konjunkturpolitik weniger Schwankungen aufweisen, als Länder mit Entwicklungsplanung und Länder mit Marktwirtschaft ohne Globalsteuerung²⁾.

III. Die traditionelle Konjunkturtheorie als Erklärungsinstrument der Konjunkturschwankungen in Entwicklungsländern

In den beiden vorhergehenden Abschnitten wurden Theorien beschrieben, die die Konjunkturschwankungen der Entwicklungsländer auf zum Teil spezifische Bedingungen in den Entwicklungsländern zurückzuführen versuchen. Es wurde dabei nicht berücksichtigt, daß bereits verschiedene Theorien entwickelt worden sind, um die Konjunkturschwankungen allgemein zu erklären³⁾. Diese Theorien wurden bis jetzt allerdings nur an der Realität der entwickelten Länder getestet. Für den Fall, daß sich eine dieser Theorien bereits im Vergleich mit der wirtschaftlichen Realität der entwickelten Länder als

1) Vgl. Fischer, a.a.O., S. 54 f.

2) Der Schillersche Begriff der Globalsteuerung bedeutet Beeinflussung der makroökonomischen Größen (Sparen, Investition, Export, Import, Konsum) durch die Wirtschaftspolitik. Er ist somit identisch mit dem Begriff der Konjunkturpolitik im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft.
Vgl. Dürr, E., Konjunkturpolitik, Regelmechanismen, Konzentrierte Aktion oder Laissez-faire? in: Wirtschaftspolitische Chronik, Heft 1 (1970), S. 58.

3) Vgl. die Übersicht bei Haberler, G., Prosperity and Depression, New York 1946, S. 14 ff., vgl. auch Herlt, R., Gibt es eine allgemeine Konjunkturtheorie? Versuch einer methodologisch kritischen Auseinandersetzung, Diss. Erlangen 1950.

brauchbar erwiesen hat¹⁾, wäre jedoch zu prüfen, ob diese Theorie allgemeinen Charakter hat, also auch für die Entwicklungsländer gültig ist.

1. Unterkonsumtionstheorien

Einige Ökonomen haben das Konjunkturphänomen auch durch eine Unterkonsumtionstheorie zu erklären versucht²⁾. Grundlage dieser Theorie ist die Annahme, daß die Arbeitslöhne im Aufschwung hinter der allgemeinen Entwicklung des Sozialprodukts zurückbleiben. Dies hat zur Folge, daß ein Teil der Konsumgüterproduktion nicht abgesetzt werden kann. Die Absatzstockungen führen zu steigenden Lagerbeständen und schließlich zu Produktionseinschränkungen im Konsumgüterbereich. Diese negative Entwicklung überträgt sich auf die gesamte Wirtschaft (also auch auf die Investitionsgüterindustrien), es kommt zum Konjunkturrückgang, zur Rezession.

Die konjunkturellen Erfahrungen der entwickelten Länder haben jedoch bisher gezeigt, daß alle Rezessionserscheinungen zuerst im Bereich der Investitionsgüterproduktion aufgetreten sind³⁾. Die Hypothesen der Unterkonsumtionstheorie können also bezüglich der entwickelten Länder bereits als falsch verworfen werden.

Sehr wahrscheinlich gilt dies auch für die unterentwickelten Länder. Würde die Unterkonsumtionstheorie dort Gültigkeit besitzen, so

1) Bezüglich der Bedingungen für die Brauchbarkeit einer Theorie vgl. Popper, K. R., *The Logic of Scientific Discovery*, New York 1961, S. 108.

2) Vgl. Higgins, a.a.O., S. 116 f. und Haberler, *Prosperity and Depression*, a.a.O., S. 118 ff. Haberler gibt dort einen Abriß der verschiedenen Formen der Unterkonsumtionstheorie.

3) Vgl. Dürr, E., *Probleme der Konjunkturpolitik*, Freiburg im Breisgau 1968, S. 26.

müßte zumindest zeitweise (gegen Ende des Aufschwungs) ein Überangebot an Konsumgütern vorliegen. Die Realität der Entwicklungsländer zeigt jedoch, daß in den meisten Ländern eher eine ständige Übernachfrage besteht, durch die die Preise stark in die Höhe getrieben werden und die sogar in Rezessionen noch bedeutende Konsumgüterimporte nötig macht.

Aus diesen Gründen kann der Unterkonsumtionstheorie auch für die unterentwickelten Länder keine Bedeutung bezüglich der Erklärung der dortigen Konjunkturschwankungen zugeschrieben werden¹⁾.

2. Monetäre Konjunkturtheorien

Hawtrey²⁾ hat versucht, den Konjunkturrückgang allein auf monetäre Ursachen (Kreditkontraktion) zurückzuführen. Diese Theorie wurde jedoch für die entwickelten Länder schon allein dadurch widerlegt, daß die Rezession oft eintritt, obwohl die Expansion der Geldmenge noch ungebrems³⁾ fort schreitet. Es besteht kein Grund zur Annahme, daß diese Theorie für die Entwicklungsländer eventuell verwendbar sein könnte. Für entwickelte und unterentwickelte Länder trifft aber wahrscheinlich in gleicher Weise zu, daß die Wirtschaft krisenanfälliger wird, wenn die Geldpolitik am Ende der Hochkonjunktur verspätet restriktiv eingreift.

Ähnliches könnte für die Wicksellsche Konjunkturtheorie⁴⁾ gelten. Bei ihm kommt es dann zur Rezession, wenn der Geldzins über den

1) Diese Einschätzung der Unterkonsumtionstheorie wird durch die Ergebnisse unserer empirischen Untersuchungen im folgenden Abschnitt dieser Arbeit gestützt.

2) Vgl. Haberler, Prosperity and Depression, a.a.O., S. 15 ff.

3) Vgl. Dürr, Probleme der Konjunkturpolitik, a.a.O., S. 25.

4) Vgl. Wicksell, K., Interest and Prices, New York 1965, S. 105 f. und Haberler, Prosperity and Depression, a.a.O., S. 34 ff.

natürlichen Zins steigt. Hier zeigt sich ganz deutlich, daß ohne Bestimmung der Determinanten des natürlichen Zinses diese Theorie als rein monetäre Hypothese unvollständig bleiben muß. Eine Ergänzung hierzu geben vielleicht die Disproportionalitätstheorien.

3. Überinvestitionstheorien

Die Überinvestitionstheorien scheinen nach den bisherigen Erfahrungen in den entwickelten Ländern eine relativ gute Erklärung des oberen Wendepunkts der Konjunktur zu geben¹⁾.

Diese Theorien basieren auf der Grundannahme, daß im Aufschwung eine zu starke Ausdehnung der Investitionsgüterindustrien erfolgt²⁾.

Diese Fehlentwicklung wird durch das Akzeleratorprinzip erklärt³⁾.

Nach diesem Prinzip wird die Nachfrage nach Investitionsgütern nicht nur durch die absoluten, sondern hauptsächlich durch die relativen Änderungen der Endnachfrage beeinflusst⁴⁾. Sinkt z.B. die Wachstumsrate der Konsumgüterproduktion bedingt durch einen Rückgang des Wachstums der Konsumgüternachfrage oder anderer Faktoren (Engpässe auf dem Arbeitsmarkt), so bedeutet das bei Wirksamwerden des Akzeleratorprinzips einen absoluten Rückgang der Nachfrage nach Investitionsgütern.

1) Vgl. Dürr, E., Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik, Frankfurt/Main 1966, S. 13 und derselbe, Probleme der Konjunkturpolitik, a.a.O., S. 26 f.

2) Vgl. Hayek, F. A., Price Expectations, Monetary Disturbances and Malinvestments, in: Readings in Business Cycle Theory, London 1950, S. 360.

3) Vgl. Haberler, Prosperity and Depression, a.a.O., S. 365 f. und Clark, J. M., Strategic Factors in Business Cycles, New York 1935 (reprinted 1949), S. 187.

4) Vgl. Clark, J. M., Business Acceleration and the Law of Demand: A Technical Factor in Economic Cycles, in: Readings in Business Cycle Theory, London 1950, S. 240 f.

Die Akzeleratortheorie basiert jedoch auf verschiedenen Voraussetzungen. Sie ist zunächst abhängig vom Vorliegen einer Investitionsgüterindustrie. In den Entwicklungsländern ist jedoch dieser Industriezweig häufig noch sehr unbedeutend, die Kapitalgüter werden größtenteils importiert.

Man kann jedoch die Bauindustrie, die wahrscheinlich in allen Entwicklungsländern existiert, zur Investitionsgüterindustrie zählen. Mamalakis¹⁾ hat versucht, die Konjunkturentwicklung in Chile durch Schwankungen der Bauinvestitionen (insbesondere Wohnungsbau) unter inflationären Bedingungen zu erklären. Er unterteilt hierbei die Baunachfrage in eine permanente, vom langfristigen Bedarf bestimmte, und eine transitorische, spekulative Komponente, die destabilisierend wirkt²⁾. Steigen die Preise, so steigen auch Baunachfrage und Bauangebot zunächst, da hier die realen Profite wachsen³⁾. Am Höhepunkt des Inflationszyklus stagniert die Baunachfrage jedoch aus verschiedenen Gründen⁴⁾, diese Stagnation wird zu einem Rückgang, wenn die Inflationsspitze überwunden ist, da nun die Profiterwartungen sinken und der Kostenlag verringert wird⁵⁾. Die spekulativ überhöhte Baunachfrage erzeugt über den

1) Vgl. Mamalakis, M., Public Policy and Sectoral Development. A Case Study of Chile 1940 - 1958, in: Essays on the Chilean Economy, S. 83 ff.

Die zentrale Rolle der Bauwirtschaft ist auch dadurch bedingt, daß der Staat hier weder fördernd (wie in der Industrie) noch hemmend (Urproduktion) eingreift.

2) Vgl. ebenda, S. 97.

3) Vgl. ebenda, S. 87 f.

4) So z. B., weil jetzt andere Anlagen höhere Gewinne bringen (Lager- und Aktienspekulation) und der reale Mietzins durch Angebotszuwachs, Mietlag und staatliche Kontrollen sinkt. Außerdem ist die Diskriminierung von Sektoren (Landwirtschaft, Bergbau) durch staatliche Eingriffe bei Inflationsverstärkung schwächer, da eine allgemeine Nachfrageexpansion Preis- und Devisenkontrollen weniger effizient macht, also weniger investierbare Mittel aus den nun nicht mehr so stark diskriminierten Sektoren abgezogen werden (vgl. ebenda, S. 95 f.).

5) Vgl. ebenda, S. 96.

Akzelerator eine Überdimensionierung des Bausektors, die sich offenbart, wenn bei Rückgang der Spekulation die Bauunternehmer entdecken, daß man die langfristig nötige Entwicklung der Bauinvestitionen überschätzt hatte. Die nun erfolgende Reduktion der Bauinvestitionen bedingt eine Kontraktion in der Bauwirtschaft (in Angleichung an den permanenten Bedarf), die sich multiplikativ auf die ganze Wirtschaft auswirken kann¹⁾.

Mamalakis kommt zu dem Schluß, daß trotz verstärkter Geldmengenerweiterung Rezessionen auftreten, weil die Bauinvestitionen auch bei fortgesetzt hohen Preissteigerungsraten zurückgehen können²⁾. Er wendet sich hiermit gegen die auch von uns bereits verworfene rein monetäre Erklärung der Konjunkturschwankungen, wobei er jedoch berücksichtigt, daß verspätete Bremsung der Inflation die Krisengefahr erhöht. Ebenso verwirft er die Behauptungen der Strukturalisten: Nicht ausschließlich Exportschwankungen, sondern mehr noch endogene Bauinvestitionsschwankungen beeinträchtigen die Stabilität der Entwicklung³⁾.

Die Hypothesen von Mamalakis sind freilich ebenfalls vom Vorhandensein der übrigen Voraussetzungen der Akzeleratortheorie abhängig. Diese könnten auch in Entwicklungsländern gegeben sein.

Nach der Akzeleratortheorie müßte volle Kapazitätsauslastung und starre Kapazitätsgrenze bei der Investitionsgüterindustrie vorliegen. Die zusätzlich notwendige Nachfragesteigerung tritt bei Mamalakis hauptsächlich auf dem Bausektor auf. Sie ist zum Teil spekulativ überhöht. Die nachgelagerte Investitionsgüterindustrie begeht nun den Irrtum, anzunehmen, die spekulative Überhöhung der Bau- nachfrage würde auch zum permanenten kurzfristigen Bedarf gehören. Des weiteren ist auch die Verfügbarkeit von Krediten zur Fi-

1) Insbesondere da die Verbindungen zu anderen Wirtschaftszweigen sehr stark sind (vgl. ebenda, S. 84).

2) Vgl. ebenda, S. 105, S. 115 und S. 169.

3) Vgl. ebenda, S. 104.

nanzierung der Investitionen bei Mamalakis eine Bedingung für das Wirksamwerden seiner Beziehungszusammenhänge¹⁾.

Der Grund für den Abbruch des Baubooms und der dadurch bedingten Hochkonjunktur ist aber nicht hauptsächlich im Arbeitskräftemangel zu suchen, obgleich hierdurch über Kostensteigerungen²⁾ und Profitrückgänge auch negative Effekte auf das Angebot ausgehen können³⁾. Mehr noch scheint die schon längere Zeit ungebremsste inflationäre Entwicklung und die verspätete Reduktion der Inflationsraten das Ende des Baubooms und der Hochkonjunktur durch Rückgang der Bauinvestitionen herbeizuführen⁴⁾.

Mamalakis Hypothese, nach der ausschließlich der Wohnungsbau destabilisierend auf die Konjunkturentwicklung einwirkt, scheint etwas stark auf chilenische Verhältnisse zugeschnitten zu sein. Sie könnte folgendermaßen umformuliert werden: Im ungebremssten Aufschwung werden mehr Investitionen (Bau- und andere Investitionen) getätigt, als mit der langfristig erreichbaren Wachstumsrate zu vereinbaren sind. Werden die investierten Kapitalgüter importiert, so schmelzen hierdurch nur die Devisenbestände, werden die nötigen Kapitalgüter aber teilweise im Lande produziert (z.B. komplementäre Bauinvestitionen und Wohnungsbau, aber auch Maschinen und Ausrüstungen), so können in diesen Sektoren bei verspäteter Bremsung (eventuell erst nach starken Devisenabflüssen) Überkapazitäten auftreten, was nach der Akzeleratortheorie bereits bei verlangsamtem Nachfragewachstum möglich ist. Absatzschwierigkeiten im

1) Vgl. Mamalakis, M., Public Policy and Sectoral Development, ..., a.a.O., S. 88.

2) Die Kosten stiegen, da der profitinduzierte Zutritt von neuen Unternehmern, die als Konkurrenten um knappe Produktionsfaktoren auftreten, im Bauboom sehr groß ist. Von besonderer Bedeutung sind hier jedoch nicht die Lohn- sondern die Materialkosten (vgl. ebenda, S. 97 f.).

3) Vgl. ebenda, S. 99.

4) Vgl. ebenda, S. 96 f. und S. 84.

Investitionsgüterbereich führen schließlich über eine Produktions-einschränkung dieses Sektors zu einer Infizierung der gesamten Wirtschaft. Die konjunkturelle Instabilität der Wirtschaft wird dadurch erhöht, daß zusätzlich spekulative Überinvestitionen im Wohnungsbau (Mamalakís) getätigt werden.

Die Wirkungslags der Geldpolitik erhöhen die Krisengefahr beträchtlich¹⁾. Ähnliche destabilisierende Effekte werden erzeugt, wenn die verspätete restriktive Fiskalpolitik statt der Konsumausgaben hauptsächlich die leichter zu variierenden Investitionsausgaben (direkte Auswirkungen auf die Bauinvestitionen, die durch die Finanzierungerschwiernisse bei restriktiver Geldpolitik schon beeinträchtigt sind) verringert und diese Politik bis in die Rezession fortsetzt, um nach einem überholten Prinzip das Budget bei sinkenden Steuereinnahmen auszugleichen.

Da die Gewerkschaften gemäß der Lohnlag-Hypothese wegen der Starrheit längerfristiger Tarifverträge stets erst gegen Ende der Hochkonjunktur starke Lohnerhöhungen fordern, wird durch diese erwarteten und dann realisierten Kostensteigerungen der durch restriktive Maßnahmen der Wirtschaftspolitik bereits beträchtlich

1) Vgl. Dürr, E., Time lags der Geldpolitik, in: Kredit und Kapital, Heft 2 (1970), S. 142-143.

Der Inside lag dürfte hauptsächlich dadurch bedingt sein, daß man sich bei der Analyse der Konjunktursituation nur auf die Beobachtungen der Entwicklung der Devisenreserven beschränkt und andere Indikatoren, wie z.B. Arbeitsmarktsituation oder Preisentwicklung unbeachtet läßt (Recognition lag), wobei aber ein Rückgang der Devisenreserven erst im Anschluß an frühzeitiger Indikatoren (z.B. Preissteigerungen) auftritt, die jedoch wiederum gegenüber Auftragseingangs- und Arbeitsmarktstatistiken als Spätindikatoren zu bezeichnen wären. Während die Geldpolitik der Notenbank auch durch den Intermediate lag (z.B. über Kapitalimporte) verzögert werden kann, hängt ein Wirksamwerden des Outside lag davon ab, ob in den Entwicklungsländern Angebot und Nachfrage an liquiden Geldsubstituten bereits ein bestimmtes Ausmaß erreicht haben.

verringerte Optimismus der Unternehmer weiter herabgesetzt¹⁾.

Die Folge ist zunächst eine vorsichtigere Investitionspolitik und späterhin Produktionseinschränkung und Arbeiterentlassung. Voraussetzung ist jedoch, daß eine wirksame Gewerkschaftsorganisation bereits besteht, die keinen staatlichen Beschränkungen unterliegt²⁾.

Wird der Boom durch allgemeine Preissteigerungen begleitet, so ist eine Ausweitung der spekulativen Läger sehr wahrscheinlich³⁾.

Da hierdurch den vorgelagerten Industrien eine zu günstige Entwicklung der Nachfrage vorgespiegelt wird, ist die Gefahr groß, daß bei veränderten Erwartungen bezüglich der Preisentwicklung

1) Vgl. Dürr, E., Probleme der Konjunkturpolitik, a.a.O., S. 27.

2) Vgl. Uhlig, Ch., Entwicklungsländer und Gewerkschaften, Hamburg 1967, S. 16 ff.

Auch in den Entwicklungsländern besteht eine lange Tradition der Gewerkschaften, schon seit der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Dies betrifft insbesondere die lateinamerikanischen Länder, ihre Effektivität wird jedoch dadurch stark gemindert, daß sie in politisch autoritären Ländern und Ländern mit Staatsplanung unterdrückt oder gleichgeschaltet werden (vgl. ebenda, S. 19 f.).

3) Clark (Strategic Factors in Business Cycles, a.a.O., S. 200) meint daher, daß die Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus die für die Konjunktur schädliche Lagerspekulation zum großen Teil verhindert. Vgl. auch Haberler, G. (Monetary and Real Factors Affecting Economic Stability: A Critique of Certain Tendencies in Modern Economic Theory, in: Readings in Business Cycles, ed. by R. A. Gordon and L. R. Klein, London 1966, S. 142), der eine starke Kreditexpansion für den Lagerzyklus verantwortlich macht, aber keine einfachen Regeln (Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus) geben will.

Schimmmler, H. (Der Lagerzyklus. Lagerbewegung und Konjunkturverlauf in empirischer Sicht, Berlin 1958, S. 60 f.) stellte bei der Untersuchung des Lagerzyklus in der BRD von 1949 - 1955 fest, daß insbesondere die Veränderung der Wachstumsrate der Preissteigerungen die Lagerhaltung beeinflußt hat, während eine Anwendung des Akzeleratorprinzips nichts zur Erklärung der Entwicklung des gesamten Lagerbestandes beitragen konnte (vgl. ebenda, S. 53).

und hierdurch gebremster Lageraufstockung die auf Grund der zuvor hohen Nachfrage ausgeweiteten Kapazitäten der vorgelagerten Industrien nicht mehr voll ausgelastet werden können¹⁾. Diese Hypothese ähnelt der Theorie von Mamalakis, bei dem statt Lager-, Bauinvestitionen getätigt werden. Aber auch er sieht an der Spitze des Inflationszyklus die Möglichkeit der Ausweitung der spekulativen Lagerhaltung, wobei er annimmt, daß diese Investitionen auf Kosten einer Stagnation der Bauinvestitionen erfolgen²⁾.

Verspäteter Einsatz restriktiver Geld- und Fiskalpolitik trägt beim Lagerzyklus ähnlich wie bei der Überinvestitionstheorie zur Verstärkung der Schwankungen bei³⁾, da hierdurch einerseits die übermäßige Lagerausweitung im Boom, andererseits deren abrupter Abbruch durch veränderte Erwartungen hervorgerufen wird⁴⁾.

Ganz allgemein kann daher gesagt werden, daß bei der Bremsung einer inflationären Entwicklung, die über mehrere Jahre angehalten hat, stets eine Rezession (Stabilisierungskrise) eintreten muß, da das Angebot unter inflationären Verhältnissen nicht mit der Nach-

1) Vgl. Dürr, Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik, a.a.O., S. 14.

2) Vgl. Mamalakis, a.a.O., S. 96.

3) Dorrance, G. S. (The Effect of Inflation on Economic Development, in: Inflation and Growth in Latin America (ed. by Werner Baer and Isaac Kerstennetzky), Homewood 1964, S. 65 ff.) befürchtet bei verspäteter Stabilisierung einen Rückgang der Investitionen (in Industrie, Lager und Wohnungsbau) und des Volkseinkommens, da "the flow of resources evoked by an inflation will be not only in excess of, but also partially inappropriate to the flow of demand, in stabilized conditions" (ebenda, S. 65).

4) Vgl. Dürr, Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik, a.a.O., S. 14 f.

Haberler (Monetary and Real Factors Affecting Economic Stability, a.a.O., S. 142) sieht den Lagerzyklus und die Entwicklung von Disproportionalitäten in Abhängigkeit vom übersteigerten Optimismus der Unternehmer, der wiederum nur bei übermäßiger Kreditexpansion entstehen kann.

frage bei Preisstabilität übereinstimmt. Diskrepanzen quantitativer und qualitativer Art müssen in der Übergangsphase zu Einkommenseinbußen führen¹⁾.

1) Vgl. Dorrance, The Effect of Inflation on Economic Development, a.a.O., S. 65.

D. Die Beurteilung der Konjunkturtheorien auf der Grundlage des empirischen Sachverhalts

I. Außenhandelshypothese

1. Die Exportentwicklung in der Rezession

Die Hypothese der Strukturalisten besagt, daß die Konjunkturschwankungen der Industrieländer über parallele Schwankungen der Exporte der Entwicklungsländer deren Konjunkturverlauf determinieren. Diese Behauptung ist widerlegbar und operational definiert, sie kann daher empirisch überprüft werden¹⁾.

Der Test dieser Hypothese wird nun an Hand der eingangs aufgeführten Konjunkturschwankungen in den einzelnen Entwicklungsländern durchgeführt. Zunächst soll festgestellt werden, ob während der einzelnen Konjunkturzyklen überhaupt Exportrückgänge aufgetreten sind.

Aus Tabelle 3 geht hervor, daß bei 37 untersuchten Abschwüngen 19 durch Exporteinbußen, 18 durch Exportsteigerungen begleitet wurden²⁾. Diese Tatsache allein genügt, die Hypothese der Strukturalisten als allgemein gültige Theorie zur Erklärung der Konjunkturschwankungen in den Entwicklungsländern abzulehnen. Es besteht aber die Möglichkeit, daß der Export bei Hinzutreten weiterer ungünstiger Faktoren, die nicht immer in allen Entwicklungsländern vorliegen, den Konjunkturverlauf bestimmen kann, zusätzlich jedoch

1) Vgl. Popper, *The Logic of Scientific Discovery*, a.a.O., S. 108 sowie derselbe, *Naturgesetze und theoretische Systeme*, in: *Theorie und Realität* (H. Albert, Hrsg.), Tübingen 1964, vgl. auch Albert, H., *Probleme der Theoriebildung*, in: *Theorie und Realität* (H. Albert, Hrsg.), Tübingen 1964, besonders S. 60.

2) Hierbei wurden, wie überall in diesem Kapitel, alle Jahre, in denen das Sozialprodukt zurückgegangen ist, einzeln erfaßt, das bedeutet, daß Rezessionen, die sich über zwei Jahre erstreckt haben, wie zwei Rezessionen behandelt werden. In der Querschnittsanalyse ist bei unserer Definition der Konjunkturschwankungen leider nur diese sicherlich nicht vollkommene Methode zur Erfassung möglichst vieler Einzelfälle anwendbar.

Tabelle 3: Die Export- und Importentwicklung der Entwicklungsländer in Rezessionen

Land	Rezes- sionsjahr	Exportrückgang (in %)	Exportzuwachs
in Klammern Importentwicklung			
Argentinien	1952	- 41 (- 20)	
	1959		2 (- 20)
	1962		26 (- 7)
	1963		12 (- 28)
	1966		7 (- 1)
Ägypten	1952	- 28 (- 6)	
Bolivien	1953	- 22 (- 27)	
	1954	- 16 (- 6)	
	1959		18 (- 19)
Brasilien	1965		11 (- 13)
Burma	1964	- 12 (16)	
Chile	1956		15 (- 6)
Dom. Republik	1959		2 (- 9)
	1961	- 18 (- 20)	
Griechenland	1952		18 (- 13)
Guatemala	1953		5 (5)
Guyana	1963		6 (- 7)
Irak	1957	- 25 (8)	
Kolumbien	1958	- 10 (- 17)	
Kongo	1958	- 14 (- 17)	
Libanon	1958	- 24 (- 16)	
	1967		16 (- 13)
Malaysia	1958	- 13 (- 9)	
Marokko	1955		14 (4)
	1956		3 (- 8)
	1957	- 4 (- 10)	
Mexiko	1953	- 10 (0)	
Nicaragua	1956	- 20 (- 1)	
	1958	- 1 (- 4)	
Spanien	1959		3 (- 9)

Fortsetzung Tabelle 3

Land	Rezes- sionsjahr	Exportrückgang (in %) in Klammern Importentwicklung	Exportzuwachs
Tunesien	1957		33 (- 9)
	1959	- 7 (- 1)	
Uruguay	1958		8 (- 44)
	1959	- 30 (23)	
	1962	- 12 (10)	
	1963		8 (- 23)
Zypern	1964	- 5 (- 19)	

Quellen:

Die Werte bis 1964 wurden berechnet nach:

International Monetary Fund (Hrsg.), International Financial Statistics, Supplement to 1965/66 Issues, Washington
ab 1965:

International Monetary Fund (Hrsg.), International Financial Statistics, vol. XXIV (1971), Washington

Ausnahmen sind Guyana und Zypern, deren Exportzahlen dem Jg. 1969 der IFS (International Financial Statistics) entnommen wurden sowie der Kongo (Leopoldville) und Ruanda-Urundi, deren Werte in folgender Quelle gefunden wurden:

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Kongo (Leopoldville), Ruanda-Urundi, Stuttgart und Mainz 1962, S. 52

Ursprungswerte in US-Dollar, außer Kongo (hier Kongo Franc)

noch durch andere Ursachen Konjunkturschwankungen erzeugt werden können.

Wahrscheinlich besitzt der Export für die Konjunktur der Entwicklungsländer eine andere Bedeutung als es in den Industrieländern der Fall ist. Dies geht aus folgender Überlegung hervor: Da in den Rezessionen entwickelter Länder häufig der Export steigt, weil die inländische Nachfrage zurückgeht (steigendes Exportangebot) und die Preise stabilisiert werden (steigende Exportnachfrage), und der Staat oft zusätzlich exportfördernde Maßnahmen ergreift, könnte die zum Teil anders verlaufende Exportentwicklung der Entwicklungsländer darauf hindeuten, daß der Export hier in manchen Fällen nicht durch die Konjunktur beeinflusst wurde, sondern selbst auf die Konjunktur eingewirkt hat.

Im ersten Teil der Überprüfung der Außenhandelshypothese wird nun untersucht, ob die Konjunkturschwankungen der entwickelten Länder den Export der Entwicklungsländer während der dortigen Rezessionen wesentlich beeinflusst haben. Danach ist festzustellen, in welcher Weise die auf diese oder auf andere Weise entstandenen Exportrückgänge Rezessionen in den Entwicklungsländern hervorgerufen haben.

2. Die Beziehung zwischen der Konjunktur der entwickelten Länder und dem Export der Entwicklungsländer

Die Konjunkturschwankungen der Industrieländer werden gewöhnlich durch parallele Schwankungen der Investitionstätigkeit (Anlagen- und Lagerinvestitionen) begleitet. Der daraufhin erfolgende allgemeine Nachfragerückgang macht sich auch bei den Importen bemerkbar. Solche Importreduktionen erscheinen jedoch nur dann bei den Entwicklungsländern als größere Exporteinbußen, wenn ihr Ex-

port mehr in Industrie- als in Entwicklungsländer geht. Dies scheint nach der folgenden Tabelle 4 der Fall zu sein¹⁾.

Tabelle 4: Die Aufteilung des Exports der Entwicklungsländer

Jahr	Export in	
	Industrieländer ^{a)}	Entwicklungsländer ^{b)}
1953	74,5 %	25,5 %
1960	76,0 %	24,0 %
1965	77,5 %	22,5 %

Quelle:

Committee for Economic Development (Hrsg.), Trade Policy toward Low-Income Countries, New York 1967, S. 37

a) Industrieländer: OECD Länder, Finnland, Jugoslawien

b) Entwicklungsländer: Restliche Länder (ohne Ostblock, Australien, Neuseeland, Südafrika)

Tabelle 4 zeigt außerdem, daß die so bedingte Abhängigkeit der Entwicklungsländer seit 1953 ständig zugenommen hat. Nur wenige Entwicklungsländer weisen diese Merkmale nicht auf. Burma, das hauptsächlich in die Volksrepublik China, nach Indonesien, Ceylon und Indien exportiert, wurde daher ebenso aus diesem Teil der Untersuchungen ausgeschlossen, wie der Libanon, dessen Hauptabnehmer Jordanien, Kuwait, Syrien und Saudi-Arabien sind.

- 1) Nurkse (Trade Fluctuations, a.a.O., S. 142) stellte für 1955 die folgende Aufteilung des Weltexports auf A-Länder (USA, Kanada, Japan, Westeuropa) und B-Länder (restliche Welt ohne Ostblock) fest:
- | | |
|----------------------------|--------------|
| Export von A untereinander | 40 % |
| Export von B untereinander | 10 % |
| Export von A nach B | 25 % |
| Export von B nach A | 25 % |
| | <u>100 %</u> |

Hierbei steht A für 20 Länder mit ca. 500 Millionen Einwohnern und B für über 100 Länder mit mehr als 1 Milliarde Einwohnern.

Da diese Abnehmerländer aber wiederum stark in die Industrieländer exportieren, könnte man Burma und den Libanon in dem Falle eventuell in die Untersuchung einbeziehen, daß die Konjunkturen der Industrieländer synchron verlaufen. Die Konjunkturschwankungen der Industrieländer würden dann über Exportschwankungen dieser abnehmenden Entwicklungsländer deren Importe beeinträchtigen, was sich dann auf den Export von Burma und dem Libanon negativ auswirken würde. Nun hat aber die Synchronisation der Konjunkturen der Industrieländer seit dem Ende des 2. Weltkrieges stark abgenommen. Allein die fast weltweite Rezession des Jahres 1958 bildet eine Ausnahme. Der Libanon hatte in diesem Jahr ebenfalls eine Rezession, die durch einen starken Exportrückgang begleitet wurde, was darauf hindeutet, daß der obige Zusammenhang bestanden haben könnte. Im Rahmen dieser Arbeit kann jedoch diese Hypothese nicht weiter verfolgt werden, insbesondere, da die Hauptexportländer des Libanon 1958 bis auf Saudi Arabien Importsteigerungen und außer Jordanien und Syrien Exportzugänge aufwiesen¹⁾.

Der Export der Entwicklungsländer ist häufig sehr stark auf einige wenige entwickelte Länder konzentriert. Die Tabelle 5 zeigt die Exportaufteilung für die untersuchten Länder während der Konjunkturabschwünge. Es wurden hierbei minimal zwei und maximal vier der wichtigsten Exportkunden berücksichtigt. Wurden nur zwei oder drei der Hauptabnehmerländer einbezogen, so mußten auf sie insgesamt mindestens 70 % der Exporte des entsprechenden Entwicklungslandes fallen.

1) Vgl. International Monetary Fund (Hrsg.), International Financial Statistics, Supplement to 1965/66 Issues, Washington, von jetzt an zitiert als: IFS Supplement 1965/66.

Tabelle 5: Ländermäßige Aufteilung der Exporte einzelner Entwicklungs-
länder

Land	Rezes- sionsjahr	Anteile in %						Rang ^{a)}
Argentinien	1952	USA :25,4	GB :14,1	F : 8,1	S : 6,5			12
	1959	GB :23,5	NL :11,8	USA :10,8	I : 9,8			10
	1962	GB :16,8	NL :14,0	I :11,5	BRD:10,0			6
	1963	I :15,5	GB :14,6	USA :11,2	NL :10,7			3
	1966	I :16,4	GB : 9,7	NL : 9,6	BRD: 5,5			
Ägypten ^{b)}	1952	GB :19,2	F : 9,9	USA : 9,7	I : 8,0			8
Bolivien	1953	USA :55,5	GB :41,5					26
	1954	USA :58,7	GB :38,1					28
	1959	GB :45,5	USA :34,8					25
Brasilien	1965	USA :32,6	BRD: 8,9	I : 5,3	NL : 5,1			15
Burma		entfällt, da Hauptexporte in Entwicklungs- länder gehen						
Chile	1956	USA :44,8	GB :17,1	BRD:11,2				18
Dom. Rep.	1959	USA :55,7	GB :16,2					27
	1961	USA :62,0	GB : 9,9					30
Griechenl. ^{c)}	1952	BRD:25,6	USA :12,0	GB :11,6	I : 9,1			13
Guatemala	1953	USA :76,7	BRD: 8,6					33
Guyana ^{d)}	1963	KAN:25,8	GB :24,6	USA :20,7				14
Irak	1957	F :20,6	I :12,4	BRD: 6,2	GB : 6,0			9
Kolumbien	1958	USA :69,2	BRD: 9,6					31
Kongo	1958	B/L :46,7	USA :15,5	GB :10,0				21
Libanon		entfällt, da Hauptexporte in Entwicklungs- länder gehen						
Malaysia ^{e)}	1958	GB :24,4	USA :13,9	JAP :12,3	BRD: 6,6			11
Marokko	1955	F :45,5	BRD: 7,6	I : 6,2	GB : 5,4			19
	1956	F :52,5	BRD: 6,8	I : 6,0	GB : 5,5			24
	1957	F :52,5	BRD: 6,2	GB : 5,9	I : 5,8			23
Mexiko	1953	USA :74,2	JAP : 8,6					32
Nicaragua	1956	USA :35,2	BRD:25,8	NL :12,1				17
	1958	USA :33,0	BRD:19,0	NL :13,1	JAP:11,7			16
Spanien	1959	GB :15,7	BRD:12,8	USA :12,3	F : 5,2			4
Tunesien	1957	F :60,0	I :10,5					29
	1959	F :50,5	I :18,8	GB : 5,7				22

Fortsetzung Tabelle 5

Land	Rezes- sionsjahr	Anteile in %				Rang ^{a)}
Uruguay	1958	GB :15,2	NL :10,2	USA : 7,7	F : 7,4	2
	1959	USA :11,9	NL : 9,8	BRD: 9,3	GB : 9,2	1
	1962	GB :18,1	USA :15,4	NL :10,0	BRD:10,0	7
	1963					
Zypern ^{f)}	1964	GB :45,7	BRD:13,9	USA : 9,3	I : 6,0	20

Für die Hauptabnehmerländer wurden die international üblichen Abkürzungen verwendet. B/L heißt Belgien/Luxemburg.

- a) Bei der Rangeinteilung ist das erste Kriterium der Exportanteil des Hauptexportlandes. Bei Gleichheit entscheidet der Anteil des zweitwichtigsten Exportlandes. Entwicklungsländer für die nur zwei Exportländer angegeben wurde, werden bezüglich ihres Konzentrationsgrades in jedem Fall über den Ländern mit drei oder vier Exportländern eingestuft. Je höher die Rangziffer, desto höher der ländermäßige Konzentrationsgrad.
- b) Zahlenwerte von 1951
- c) Zahlenwerte von 1953
- d) Zahlenwerte von 1961
- e) Exportanteile ohne Singapur
- f) Zahlenwerte von 1962

Quellen:

United Nations (Hrsg.), Yearbook of International Trade Statistics 1961, New York 1963
 1959 Vol. I, New York 1960
 1955, New York 1956
 außer für

Burma, Guyana, Libanon 1967, Zypern und Uruguay 1962, bei deren Untersuchung folgende Quellen Verwendung fanden:

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Außenhandel der außereuropäischen Entwicklungsländer 1967 und 1968, Stuttgart und Mainz 1970
 und 1961 und 1962, Stuttgart und Mainz 1964

Ferner wurde verwendet:

für Argentinien 1962, 1963, 1966

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Argentinien, Stuttgart und Mainz 1968, S. 109

für Ägypten

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Vereinigte Arabische Republik und Jemen 1958, Stuttgart und Mainz 1958, S. 28

für Brasilien

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Brasilien 1968, Stuttgart und Mainz 1968, S. 142

für Chile 1967

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte Chile 1970, Stuttgart und Mainz 1970, S. 127

Die Konjunktur der Industrieländer, in welche die untersuchten Entwicklungsländer zur Zeit ihrer Rezession hauptsächlich exportiert haben, wurde am Index der industriellen Produktion abgelesen. Aus Tabelle 6 geht hervor, welche konjunkturelle Situation in den Hauptabnehmerländern der untersuchten Entwicklungsländer während der dortigen Rezessionen vorgelegen hat.

Die jeweiligen positiven oder negativen Wachstumsraten der Industrieproduktion wurden unter der Hypothese einer direkt proportionalen Beziehung zwischen Konjunktur der Industrieländer und Import aus den Entwicklungsländern mit dem Anteil, den das betreffende entwickelte Land am Export eines Entwicklungslandes besaß, multipliziert und dann für die einzelnen Entwicklungsländer die Summe dieser negativen oder positiven Produkte als hypothetische Exportentwicklung bei Richtigkeit der Theorie gebildet¹⁾. Bei

1) Da hauptsächlich die Richtung der Entwicklung festgestellt werden sollte, wurden nur in den Fällen, wo Abnehmerländer mit unterschiedlicher Konjunkturentwicklung auftraten, die Einzelprodukte der Abnehmerländer ermittelt, um so den Nettoeffekt zu fixieren. Die Einzelwerte sind in Tabelle 7 in Klammern aufgeführt.

Tabelle 6: Wachstumsraten der Industrieproduktion der entwickelten Länder in ausgesuchten Jahren (in %)

Land	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Bundesrepublik Belg./Luxembg.	5,2	9,8		14,9	8,2	5,4	3,1	7,0		3,9	3,8	8,8	4,6	1,8			
Frankreich	1,5			9,3	7,3	9,1	4,2	1,0									
Großbritannien	-2,4	7,2	5,6	5,3	0,0	2,0	-1,0	5,0	1,8	0,9	3,5	7,6	0,9	5,3			
Italien	3,2			9,1	7,1	7,8		11,0		11,3	7,0	1,1	5,0	11,6			
Japan		20,0			22,9		-2,0									17,7	
Kanada											5,8						
Niederlande					4,3		0,0	9,0		5,6	4,5		5,5	6,0		10,9	
Schweden	-2,4																
U S A	3,5	7,8	-5,2		3,9		-6,5	13,0	0,9	7,7	5,6	6,0	8,5			4,7	

Quellen:

Bis einschließlich 1964 berechnet nach
IFS, Supplement 1965/66

ab 1965 berechnet nach
International Monetary Fund (Hrsg.), IFS, Vol. XXIV (1971), Washington

einer negativen Summe war, eine positive Beziehung zwischen Konjunktur der Industrieländer und Export der Entwicklungsländer in der Realität vorausgesetzt, ein Rückgang des Exports des jeweiligen Entwicklungslandes zu erwarten, während eine positive Summe gemäß obiger Hypothese mit tatsächlichen Exportsteigerungen verbunden sein mußte.

Es wurde davon abgesehen, zahlenmäßige Beziehungen zwischen hypothetischer und tatsächlicher Exportentwicklung herzustellen, da die Zusammenhänge zwischen gesamter Industrieproduktion und den Importen aus einem einzelnen Entwicklungsland zu komplex sind. Zudem kommt es bei unserer Untersuchung hauptsächlich auf die Richtung der Entwicklung an, die annahmegemäß durch die Konjunktur der Industriestaaten bestimmt wird, während andere Faktoren nur innerhalb der durch die Konjunktur bestimmten Entwicklungsrichtung die positiven oder negativen Veränderungsraten (wenngleich stark) variieren können.

In Tabelle 7 wurden hypothetische und tatsächliche Richtung der Exportentwicklung der Entwicklungsländer während der Rezessionsphasen gegenübergestellt. Laut Tabelle 7 hatte nur Uruguay 1958 trotz Rezession seiner Abnehmerländer einen steigenden Export zu verzeichnen, sonst war die Rezession der Exportkunden mit einem Exportrückgang des betreffenden Entwicklungslandes gemäß unserer Hypothese verbunden.

Allerdings traten während der Rezessionen der Entwicklungsländer häufig Exportrückgänge trotz (nach unserem Konjunkturindex) positiver Konjunkturentwicklung der Industriestaaten auf. Diese Fälle könnten eventuell mit unserer Hypothese in Einklang gebracht werden, wenn sogenannte Wachstumszyklen ebenfalls als Konjunkturschwankungen betrachtet würden. Da Wachstumszyklen durch einen Rückgang positiver Wachstumsraten der Produktion entstehen, be-

Tabelle 7: Entwicklungsrichtung tatsächlicher und hypothetischer
Exporte einzelner Entwicklungsländer in konjunkturel-
len Abschwüngen

Land	Rez. Jahr	Exp. tatsächlich	Exp. hypoth.
Argentinien	1952	negativ	positiv(+0, 89 -0, 34 +0, 12 -0, 16)
	1959	positiv	positiv
	1962	positiv	positiv
	1963	positiv	positiv
	1966	positiv	positiv
Ägypten	1952	negativ	positiv(-0, 46 +0, 16 +0, 34 +0, 26)
Bolivien	1953	negativ	positiv
	1954	negativ	negativ(-3, 05 +2, 14)
	1959	positiv	positiv
Brasilien	1965	positiv	positiv
Chile	1956	positiv	positiv
Dom. Rep.	1959	positiv	positiv
	1961	negativ	positiv
Griechenland	1952	positiv	positiv(+1, 34 +0, 42 -0, 28 +0, 29)
Guatemala	1953	positiv	positiv
Guyana	1963	positiv	positiv
Irak	1957	negativ	positiv
Kolumbien	1958	negativ	negativ(-4, 50 +0, 30)
Kongo	1958	negativ	negativ(-2, 65 -0, 10 -1, 01 +0, 19)
Malaysia	1958	negativ	negativ(-0, 25 -0, 24 -0, 91 +0, 20)
Marokko	1955	positiv	positiv
	1956	positiv	positiv
	1957	negativ	positiv
Mexiko	1953	negativ	positiv
Nicaragua	1956	negativ	positiv
	1958	negativ	negativ(-2, 15 +0, 59 ±0, 0 -0, 23)
Spanien	1959	positiv	positiv
Tunesien	1957	positiv	positiv
	1959	negativ	positiv
Uruguay	1958	positiv	negativ(-0, 15 ±0, 0 -0, 50 +0, 31)
	1959	negativ	positiv
	1962	negativ	positiv
	1963	positiv	positiv
Zypern	1964	negativ	positiv

Quellen: Tabellen 3, 5 und 6

Für Uruguay 1963 wurden die Hauptexportländer von 1962 herangezogen.

steht zunächst nach unseren oben gemachten Überlegungen kein Grund für absolute Verringerungen der Importe aus Entwicklungsländern.

Werden solche Wachstumszyklen aber, wie meistens auch die Konjunkturschwankungen im engeren Sinne, durch Schwankungen der Lagerhaltung begleitet, so könnten rückläufige Lagerinvestitionen oder auch Lagerdesinvestitionen die Nachfrage nach Importen aus Entwicklungsländern negativ beeinflussen.

Aus Tabelle 8 geht hervor, daß Lagerzyklen mit Konjunktur- und Wachstumszyklen stets zusammengefallen sind.

Die Einbeziehung von Wachstumszyklen, die durch Lagerzyklen begleitet werden, kann in einigen Fällen den Exportrückgang von Entwicklungsländern erklären helfen.

Der starke Exportrückgang der Dominikanischen Republik 1961 ist wahrscheinlich auf die Wachstumspause der USA und die beginnende Konjunkturabflachung in England in Verbindung mit gesunkenen Lagerinvestitionen zurückzuführen. Beide Länder vereinigen auf sich mehr als 70 % des Exports der Dominikanischen Republik. Die gesamten Importe der USA sanken 1961 um 316 Millionen US-Dollar, die gesamten Importe Englands um 145 Millionen Pfund Sterling¹⁾.

Ein ähnlicher Fall ist Tunesien, das 1959 sehr wahrscheinlich durch den Wachstumsrückgang in Frankreich, der mit verringerten Lagerinvestitionen verbunden war, beträchtliche Exporteinbußen hinnehmen mußte. Frankreich bezog damals zwischen 50 und 60 % der tunesischen Exporte. Die Tatsache, daß die Importe Frankreichs 1959, wenngleich bereits im verlangsamten Tempo, gestiegen sind,

1) Vgl., auch bezüglich des folgenden Falles, die Außenhandelsstatistik der IFS, Supplement 1965/66.

Tabelle 8: Reale Lagerinvestitionsentwicklung der Industrieländer
(in %))

a. in Konjunkturabschwüngen

Land	1952	1954	1958
GB	- 99		- 56
USA		-333 ^{+))}	-100
JAP			- 75
BELG.			-100
SCHW.	- 5 ⁺⁺⁾		

+) Absoluter Lagerrückgang

++) Nominale Entwicklung deflationiert mit dem Preisindex der Lebenshaltung (aus IFS, Supplement 1965/66)

b. in Wachstumszyklen

Land	1958	1959	1961	1962
USA			- 50	
GB			- 44	- 74
F		- 64		
NL	- 90			

Quellen:

- 1952/54 Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für die BRD 1957, Stuttgart 1957
ab 1958 Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Internationale Monatszahlen September 1968, Stuttgart und Mainz 1968

spricht nicht unbedingt gegen unsere Hypothese, da sich die Importstruktur geändert haben kann.

Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, daß Lagerzyklen, die Importschwankungen nach sich ziehen, von der allgemeinen Konjunkturlage vorerst losgelöst sind. Dies wird dann der Fall sein, wenn bei Auflösung der in Krisenzeiten angesammelten spekulativen Läger keine allzu negativen Effekte auf die inländische Nachfrage ausgeübt, bzw. durch expansive Kräfte kompensiert werden.

So sanken die während des Korea-Krieges 1950, aber auch 1951, stark gestiegenen Lagerinvestitionen der USA von 7,8 Milliarden US-Dollar 1951 auf 2,2 Milliarden US-Dollar 1952¹⁾. Es unterblieb eine Wirkung auf die Produktion, da die Konsumausgaben stiegen²⁾.

1953 ging die Lagerhaltung absolut zurück. Sie sank um 0,3 Milliarden US-Dollar. Dies kann jedoch mit der im Sommer 1953 beginnenden Rezession 1953/54 in Verbindung gebracht werden³⁾. Gleichzeitig sank der Import von einer leichten Steigerung 1953 abgesehen von 1952 bis 1954. Erst 1955 konnte das Niveau von 1951 erreicht und übertroffen werden⁴⁾.

Wenn nun aus allen diesen Gründen die USA 1952 und 1953 ihren Import aus den Entwicklungsländern verringert haben, so können hierdurch einige weitere Exportkrisen der Entwicklungsländer erklärt werden. Insbesondere Bolivien und Mexiko, die stark vom Export nach den USA abhängen, scheinen 1953 so bedingte Exporteinbußen erlitten zu haben.

Der besonders große Exportrückgang von Argentinien 1952 ist durch

1) Lagerhaltungsstatistik der USA entnommen aus: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch der BRD, Stuttgart 1954, S. 177.

2) Vgl. Dürr, Wirkungsanalyse, a.a.O., S. 79.

3) Vgl. ebenda, S. 84.

4) Vgl. IFS, Supplement 1965/66.

das Zusammentreffen zweier ungünstiger Faktoren bedingt. Zum ersten sank der Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse von 836,9 Millionen US-Dollar 1951 auf 451,2 Millionen US-Dollar 1952. Dies ist eindeutig auf den durch die langanhaltende Trockenheit bedingten Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zurückzuführen, da die Exportpreise allgemein gestiegen sind. Nur die Preise für Wolle und Häute sind gesunken. Dieser Rückgang wurde aber durch Volumensteigerungen zum Teil kompensiert, so daß insgesamt für diese Produkte der Exportwert nur um ca. 83 Millionen US-Dollar gefallen ist¹⁾. Zum zweiten ging die Nachfrage des Auslands zurück, was sich beim Export nichtlandwirtschaftlicher Produkte bemerkbar machte, der von 332,5 Millionen US-Dollar 1951 auf 236,6 Millionen US-Dollar 1952 gesunken ist. Die Gründe für den Rückgang der Auslandsnachfrage sind zunächst in der Rezession in England und Schweden, die über 20 % des Gesamtexports auf sich vereinigen, zu suchen, außerdem hatte der Hauptabnehmer USA (über 25 % des Gesamtexports) 1952 bei beginnendem Lagerabbau vermutlich keine der Industrieproduktionssteigerung entsprechende Ausweitung der Importnachfrage zu verzeichnen.

Bezieht man die gleiche Überlegung auf Ägypten 1952, so stellt man fest, daß bei Wegfall exportfördernder Effekte durch die rückläufige Nachfrage der USA die negative Wirkung der Rezession in England überwiegt, und somit die Entwicklungsrichtung des hypothetischen Exports für Ägypten (wie auch für Argentinien) 1952 entsprechend der Realität negativ wird.

Der Exportrückgang des Irak 1957 kann wahrscheinlich auf keine der bisher genannten Ursachen von Exportkrisen zurückgeführt werden. Da der Irak hauptsächlich Erdöl exportiert, ist anzuneh-

1) Außenhandelsstatistik aus IFS, Supplement 1965/66.

men, daß sich der mit der Suezkrise 1956 ausgelöste Exportrückgang wegen der wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Konflikts noch 1957 fortgesetzt hat.

Die Exportrückgänge Uruguays 1959 und 1962 sind zum Teil auf Verringerung der landwirtschaftlichen Produktion, die durch Naturkatastrophen (Überschwemmungen bzw. Dürreperioden) hervorgerufen wurde, zum Teil auf wachsenden Inlandsbedarf zurückzuführen¹⁾. 1959 war jedoch bei sinkenden Exportpreisen auch die Auslandsnachfrage rückläufig.

Zu betonen ist insbesondere noch die Nachfragestruktur, die sich sehr schnell ändern kann, ohne daß sich die Produzenten sofort auf solche Verschiebungen einzustellen vermögen. Dieser Faktor kann bei den aufgeführten sowie bei den bisher noch unerwähnten Exportkrisen eine Rolle gespielt haben, wenngleich bei den noch nicht näher untersuchten Exportrückgängen auch Schwankungen der landwirtschaftlichen Produktion eine Rolle gespielt haben können (besonders Marokko 1957, Zypern 1964). Da Nicaragua 1956 eine steigende Produktion seiner Hauptexportgüter Baumwolle und Kaffee²⁾ sowie einen insgesamt steigenden Exportpreisindex³⁾ zu verzeichnen hatte, sind eventuell die innerepolitischen Schwierigkeiten dieses Jahres für den starken Exportrückgang verantwortlich.

1) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Uruguay, Stuttgart und Mainz 1966, S. 19 f. Man hat versucht, den Rohstoffexport zu bremsen, um durch eigene Weiterverarbeitung Importe zu sparen und im Endeffekt den Export industrieller Erzeugnisse zu steigern. Ein erster Erfolg war die fast völlige Beseitigung von Textilimporten und die enorme Steigerung der Web- und Spinnwarenexporte (bereits 1963 an vierter Stelle der Hauptausfuhrgüter) (vgl. ebenda, S. 23). 1962 war der Exportrückgang weniger als halb so groß wie 1959, da 1962 im Gegensatz zu 1959 die Exportpreise stiegen und die Volumina weniger zurückgingen (vgl. IFS, Supplement 1965/66).

2) Vgl. United Nations (Hrsg.), Statistical Yearbook 1962, New York 1963.

3) Vgl. Tabelle 11.

Zusammenfassend läßt sich aus dem empirischen Sachverhalt ableiten, daß außer der Konjunktur der Abnehmerländer noch verschiedene andere Faktoren den Export der Entwicklungsländer beeinflussen. Während eine positive Konjunkturentwicklung der Abnehmerländer durchaus keine Stabilität des Exports und der Konjunktur der Entwicklungsländer garantieren kann, da 12 Rezessionen mit Exportkrisen bei wachsender Industrieproduktion der Abnehmerländer erfolgten, erzeugen Rezessionen der Abnehmerländer häufig auch Exportrückgänge bei den Entwicklungsländern. Bei 6 Rezessionen in Entwicklungsländern mit eindeutig negativer Entwicklung des hypothetischen Exports ist nur in einem Fall (Uruguay 1958) der tatsächliche Export des Entwicklungslandes gestiegen (siehe Tabelle 7).

Es ist nun zu untersuchen, unter welchen Bedingungen Uruguay seinen Export entgegen der Konjunktur seiner Abnehmerländer expandieren konnte. Nach unseren theoretischen Erörterungen müßte dies bei einer relativ geringen ländermäßigen Konzentration, großer gütermäßiger Diversifikation des Exports und einem Angebotsverhalten, das bei sinkenden Preisen mit steigenden Mengen reagiert, möglich gewesen sein.

Die ländermäßige Exportkonzentration Uruguays 1958 ist fast die niedrigste, die in der gesamten Untersuchung festgestellt werden konnte (siehe Tabelle 5). Bei der Zusammenstellung des Diversifikationsindex¹⁾ für 21 der untersuchten Entwicklungsländer in Tabelle 9 steht Uruguay an 8. und von den übrigen Ländern mit negativer

1) Der Diversifikationsindex bezieht sich nur auf das Jahr 1957, das ungefähr in der Mitte der Untersuchungsperiode liegt. Aus verschiedenen Untersuchungen (vgl. z. B. Committee for Economic Development, a. a. O., S. 39 und B. A. de Vries, The Export Experience of Developing Countries, Baltimore 1967, S. 69-76) geht jedoch hervor, daß die Diversifikation der Exporte der Entwicklungsländer nur sehr langsam Fortschritte gemacht hat, weshalb die Festlegung eines Stichjahres gerechtfertigt erscheint.

Tabelle 9: Der Diversifikationsindex^{a)} in 21 Entwicklungsländern
1957

Land	Index	Rang ^{b)}	Land	Index	Rang
Argentinien	64,0	9	Kongo	63,5	7
Ägypten	78,0	14	Libanon	60,2	5
Bolivien	91,7	19	Malaysia	62,4	6
Brasilien	76,1	13	Marokko	59,2	4
Burma	85,6	17	Mexiko	52,5	3
Chile	93,5	20	Nicaragua	69,6	10
Dom. Rep.	95,7	21	Spanien	49,3	2
Griechenland	74,0	12	Tunesien	70,7	11
Guatemala	85,3	16	Uruguay	63,9	8
Irak	91,6	18	Zypern	41,1	1
Kolumbien	84,9	15			

a) Zur Bestimmung der gütermäßigen Diversifikation des Exports wurde der Hirschman-Konzentrationsindex verwendet (vgl. Hirschman, A.O., National Power and the Structure of Foreign Trade, Berkeley and Los Angeles 1945, Chap. VI). Der Index ist die Wurzel aus der Summe der Quadrate der Prozentanteile der einzelnen Exportgüter. Ein hoher Index entspricht einer niedrigen Diversifikation.

b) Rangeinteilung nach Höhe des Index

Quellen:

Coppock, J. D., International Economic Instability. The Experience after World War II, New York, San Francisco, Toronto, London 1962, Table A-2.

Der Wert für Zypern wurde vom Autor berechnet nach:

United Nations (Hrsg.), Yearbook of International Trade Statistics 1959 Vol. I, New York 1960, S. 162.

Entwicklung des hypothetischen Exports der Kongo an 7., Malaysia an 6., Nicaragua an 10., Kolumbien an 15. und Bolivien an 19. Stelle.

Hieraus mag hervorgehen, daß ein niedriger Indexwert, der für eine starke Diversifikation des Exportangebots steht (der Index 100 bedeutet extreme Konzentration auf nur ein Exportgut), eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die Unabhängigkeit des Exports von der Nachfrage der Industrieländer darstellt. Exportiert man nämlich viele unterschiedliche Güter in ein einziges Land, so ist bei einer Rezession dieses Landes die Wahrscheinlichkeit groß, daß trotz der starken Diversifikation des Exports auf Güter mit unterschiedlicher Konjunkturabhängigkeit der Nachfrage der Export dennoch durch den allgemeinen Nachfragerückgang in dem betreffenden Land getroffen wird. Geht der Export eines einzigen Gutes in viele Länder, so ist zwar bei nichtsynchrone Konjunkturen der Industrieländer die konjunkturelle Abhängigkeit gering, ein allgemeiner Nachfragerückgang bedingt durch den technischen Fortschritt (Rohstoffe werden durch Kunststoffe ersetzt) kann aber dennoch Exportkrisen heraufbeschwören.

In Tabelle 10a sind die Stellen angegeben, die diejenigen Entwicklungsländer, deren Rezessionen bei negativer Richtung des hypothetischen Exports erfolgten, in der Rangliste der Diversifikation und Konzentration einnehmen. Tabelle 10b zeigt das gleiche für die Entwicklungsländer, deren Rezession durch anderweitig bedingten Exportnachfragerückgang (bei Wachstumszyklen oder/und Lagerzyklen der Industrieländer) begleitet wurde.

Uruguay besitzt laut Tabelle 10 die günstigste Kombination von Stellenwerten, was bedeutet, daß es relativ viele unterschiedliche Güter in relativ viele Länder exportiert und daher seinen Export trotz Rezession der Industriestaaten 1958 expandieren konnte. Dies

Tabelle 10: Rangstellenwerte ausgesuchter Entwicklungsländer
(siehe Text) in Tabelle 5 und Tabelle 9

Land	Rezess. Jahr	Rang in Tab. 5 (Konzentration)	Rang in Tab. 9 (Diversifikation)
a.			
Bolivien	1954	28	19
Kolumbien	1958	31	15
Kongo	1958	21	7
Malaysia	1958	11	6
Nicaragua	1958	16	10
Uruguay	1958	2	8
b.			
Domin. Rep.	1961	30	21
Tunesien	1959	22	11
Bolivien	1953	26	19
Mexiko	1953	32	3
Ägypten	1952	8	14

Niedriger Rang: Hohe gütermäßige Diversifikation und niedrige
ländermäßige Konzentration

ist um so bemerkenswerter, als 1958 ein Jahr mit fast weltweiten Rezessionstendenzen ist, was allein schon aus der Tatsache hervorgeht, daß in den 6 Fällen, bei denen die Rezession eines Entwicklungslandes mit negativer Richtung des hypothetischen Exports verbunden war, 5 auf das Jahr 1958 gefallen sind, was fast nahelegt, daß es sich hierbei um einen Sonderfall des Jahres 1958 handelt. Allerdings wurde die Exportsteigerung Uruguays 1958 dadurch erreicht, daß bei starkem Fall des Exportpreisindex die Ex-

portvolumina enorm erhöht wurden¹⁾, was darauf hindeutet, daß die Wirtschaftspolitik bei ständigen Handelsbilanzdefiziten und starken Reserveverlusten bereits bestehende importdämpfende Maßnahmen²⁾ durch exportfördernde ergänzt hat.

Es soll nun versucht werden, festzustellen, ob ein Zusammenhang zwischen Exportentwicklung (in der Rezession) und gütermäßiger Diversifikation bzw. ländermäßiger Konzentration existiert. Zu diesem Zweck wurden zunächst die in Tabelle 3 aufgeführten Veränderungsraten des Exports in eine Rangordnung gebracht. Der höchste Exportzuwachs in der Rezession erhielt Rang 1, der stärkste Exportrückgang wurde mit der höchsten Rangziffer versehen. Diesen Werten wurde

- a. die Rangeinteilung des Diversifikationsindex (Tabelle 9)
- b. die Rangeinteilung der ländermäßigen Konzentration (Tabelle 5)
- c. die Rangeinteilung des Konzentrationsindex (Tabelle 14)

gegenübergestellt.

Bei den Rangkorrelationsberechnungen ergaben sich folgende Koeffizienten:

bei a. $r = 0,43$, bei b. $r = 0,08$ und bei c. $r = 0,28$.

Diese Resultate besagen zunächst, daß hohe Diversifikation und niedrige Konzentration während einer Rezession Exportrückgänge abmildern können, da alle Koeffizienten positiv sind. Die Beziehung a. weist sogar einen signifikanten Koeffizienten auf ($t = 2,55$), was bedeutet, daß die Wahrscheinlichkeit hoher Exportrückgänge in der Rezession mit zunehmender Diversifikation abnimmt und darüber hinaus Exportzunahmen möglich werden.

1) Vgl. Tabelle 11.

2) Vgl. Länderberichte, Uruguay 1966, a.a.O., S. 23.

Der Einfluß der ländermäßigen Exportkonzentration auf die Entwicklung des Exports scheint geringer zu sein als der durch die Diversifikation ausgeübte, wenngleich bei $r = 0,28$ auch nur knapp 10 % für das Zutreffen der Nullhypothese sprechen. Man kann also mit einer gewissen Berechtigung annehmen, daß eine niedrige Exportkonzentration die Gefahr eventuell rezessionsauslösender Exportrückgänge verringert.

Bezüglich der Entwicklungsrichtung von Preis- und Mengenindices der Exporte in Exportkrisen konnte laut Tabelle 11a festgestellt werden, daß in den Rezessionen der Entwicklungsländer, die bei negativer Richtung des hypothetischen Exports erfolgten, der Exportpreisindex allgemein gefallen ist¹⁾.

Das gleiche konnte für die in Tabelle 10b erfaßten Länder beobachtet werden (siehe Tabelle 11b). Das bedeutet, daß die in diesen Fällen durch die bereits erwähnten Ursachen verringerte Importnachfrage der Industrieländer eine Reduktion der Exportpreise der betroffenen Entwicklungsländer erzwungen haben könnte²⁾.

In 7 dieser 11 Fälle haben die Entwicklungsländer dann auch versucht, durch steigende Mengen die Erlösrückgänge abzufangen, was jedoch nur in Uruguay 1958 völlig gelungen ist. Dies war für die

1) Die nach IFS, Supplement 1965/66 für Bolivien 1954 beobachtete Konstanz der Exportpreise ist problematisch, da sich der Gesamtindex aus Einzelindices zusammensetzt, die für zwei Produkte konstant geblieben (unter anderem beim wichtigsten Gut, Zink), bei einem um 6,6 % (Wolfram, zweitwichtigstes Exportgut) und einem anderen um 2 % gesunken sind. Nur bei den relativ geringen Bleiexporten ist eine Steigerung von 3,5 % aufgetreten.

2) Es wird angenommen, daß die einzelnen Entwicklungsländer mit ihren Exportprodukten im allgemeinen nur jeweils geringe Anteile am Weltangebot dieser Produkte auf sich vereinen, so daß Angebotsschwankungen einzelner Entwicklungsländer die Preise nur unwesentlich beeinflussen können.

Tabelle 11: Die Entwicklungsrichtung der Preis- und Mengenindizes der Exporte einzelner Entwicklungsländer

Land	Rez. Jahr	M I	P I	Land	Rez. Jahr	M I	P I
a.				c.			
Bolivien	1954	neg.	neg.	Irak	1957	neg.	pos.
Kolumbien	1958	pos.	neg.	Marokko	1957	neg.	pos.
Kongo	1958	neg.	neg.	Nicaragua	1956	neg.	pos.
Malaysia	1958	neg.	neg.	Uruguay	1959	neg.	neg.
Nicaragua	1958	pos.	neg.	Uruguay	1962	neg.	pos.
Uruguay	1958	pos.	neg.	Zypern	1964	neg.	
				Argentinien	1952	neg.	neg.
b.							
Dom. Rep.	1961	neg.	neg.				
Tunesien	1959	pos.	neg.				
Bolivien	1953	pos.	neg.				
Mexiko	1953	pos.	neg.				
Ägypten	1952	pos.	neg.				

Quellen:

IFS, Supplement 1965/66 außer für Kongo (einschl. Ruanda Urundi), dessen Werte dem Länderbericht 1962 (a.a.O., S. 52), sowie Tunesien, dessen Werte dem Länderbericht 1970 (Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Tunesien 1970, Stuttgart und Mainz 1970, S. 94) entnommen wurden.

Werte für Zypern aus: International Monetary Fund (Hrsg.), IFS, Vol. XXII (1969), Washington

Entwicklungsländer, deren Exportrückgänge auf andere Faktoren (Mißernten, innen- oder außenpolitische Krisen) zurückgeführt werden können, nicht möglich (Gruppe c in Tabelle 11). Die Volumenindizes gingen hier auch alle zurück, während aber die Preisindizes

nur in zwei Fällen gesunken sind, da annahmegemäß Nachfragefaktoren hier nicht allzu großes Gewicht hatten.

Insgesamt gesehen kann nach der empirischen Untersuchung des ersten Teils der Exporthypothese weder ein gewisser Einfluß der Konjunktur der Industrieländer, insbesondere bei deren synchronem Verlauf (Rezession 1958), auf den Export der Entwicklungsländer, noch der Einfluß verschiedener anderer zum Teil sogar bedeutenderer Faktoren ausgeschlossen werden.

3. Kritische Würdigung des Rhomberg'schen Ansatzes zur Überprüfung der Außenhandelshypothese

Rhomberg¹⁾ hat versucht, die These der Strukturalisten in einer empirischen Untersuchung der Periode 1950 - 1965, die sich im wesentlichen mit der von uns gewählten Untersuchungsperiode deckt, zu testen.

Im Gegensatz zu unserer Untersuchungsmethode wählte Rhomberg jedoch einen viel allgemeineren Ansatz, indem er den entwickelten Ländern als der einen Gruppe die unterentwickelten Länder als zweite Gruppe gegenüberstellte. Aus diesem Grunde konnte er nicht auf einzelne Länder eingehen, was für das Ergebnis seiner Studie eine wesentliche Einschränkung bedeutet. Es besteht nämlich leicht die Möglichkeit, daß bei der Vielzahl von Faktoren, die den Export der Entwicklungsländer bestimmen, sich die Exporttendenzen einzelner Länder, wenn sie von unterschiedlichen Faktoren abhängen (und nicht einzig und allein vom Import der Industrienationen determiniert werden) gegenseitig kompensieren und so das

1) Vgl. Rhomberg, R. R., Transmission of Business Fluctuations from Developed to Developing Countries, in: International Monetary Fund Staff Papers, Vol. 15 (1968), S. 1 ff.

Gesamtbild alle Einzelentwicklungen verdeckt. Aber auch falls nur die Konjunkturlage der Industrieländer über deren Import den Export der Entwicklungsländer bestimmen würde, wäre eine eindeutige Analyse der Zusammenhänge nur dann möglich, wenn die Konjunkturen der Industrieländer synchron verlaufen würden, was für die Untersuchungsperiode nicht gilt¹⁾.

Bei der Zusammenfassung der einzelnen Konjunkturindikatoren für Westeuropa und Nordamerika zu einem Gesamtindex für die entwickelten Länder, stellte Rhomberg jedoch fest, daß mit etwas gutem Willen im Gesamtindex immer noch alle Rezessionen und Wachstumszyklen zu erkennen sind, wenn auch die Ausschläge stark reduziert wurden.

Rhomberg hat nun folgende Kausalkette untersucht:

Die konjunkturelle Situation in den entwickelten Ländern beeinflußt deren Güterimport sowie deren Kapitalexport und außerdem den Güterexport sowie den Kapitalimport der Entwicklungsländer. Die auf diese Weise in den Entwicklungsländern entstehende Variation der Exporteinkünfte determiniert den Import der Entwicklungsländer.

Bezüglich der Abhängigkeit des Imports der Industrieländer von der dortigen konjunkturellen Situation stellte Rhomberg für die Vereinig-

1) Selbst Rhomberg bemerkte dies in seiner wenig differenzierten Unterteilung der Industriestaaten in Nordamerika und Westeuropa. Nordamerika hatte 1953 - 54 und 1958 Rezessionen und 1960/1 einen Rückgang der positiven Wachstumsrate. Westeuropa erlebte demgegenüber nur Wachstumszyklen und zwar 1951/52 und 1958. (Vgl. ebenda, S. 6)

Polak (vgl. Polak, J. J., *The Repercussions of Economic Fluctuations in the United States on Other Parts of the World*, in: *International Monetary Fund Staff Papers*, Vol. V (1956/57), S. 280) stellte auch für die erste Hälfte der 50er Jahre eine sehr asynchrone Konjunkturentwicklung in den USA und Westeuropa fest. Ebenso: Pohl, R., *Der Einfluß der Konjunktur in Westeuropa und den Vereinigten Staaten auf den überseeischen und westeuropäischen Handel*, in: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, Jg. 1955, S. 143.

ten Staaten fest, daß die Importe mit einem sehr kurzen Wirkungs-
lag von 1 - 3 Monaten dem Index der industriellen Produktion fol-
gen¹⁾.

Der Export der Entwicklungsländer wird nach den Ergebnissen
Rhomberts mit durch die konjunkturelle Lage der Industrieländer
bestimmt, jedoch weniger stark als der Export der Industrieländer
selbst.

Dieser Unterschied in der Exportelastizität ergibt sich nach Rhom-
berg auf folgende Weise²⁾:

	<u>Mengenelastizität</u>	<u>Preiselastizität</u>
Entwickelte Länder:	hoch	niedrig
Unterentwickelte Länder:	niedrig	niedrig

Dieses Ergebnis widerspricht zunächst bezüglich der gleich niedri-
gen Preiselastizität in entwickelten und unterentwickelten Ländern
den bisherigen Annahmen. Bei der Differenzierung nach einzelnen
Exportgütern ergab sich jedoch für die Entwicklungsländer bei den
Rohstoffen (ohne Erdöl) und den Fertigwaren eine hohe Preiselasti-
zität des Exports, bei Nahrungsmitteln und Erdöl hingegen eine ne-
gative. Die Industrieländer wiesen demgegenüber bei allen Produk-
ten eine niedrige Preisflexibilität des Exports bei Nachfrageänderun-
gen im Ausland auf.

Bei der Mengenelastizität waren keine allzu großen Unterschiede
zwischen den einzelnen Produktgruppen festzustellen.

Insgesamt zeigt sich also, daß die Annahme einer beweglicheren
Preispolitik der Entwicklungsländer für einige Güter doch zutrifft
(Rohstoffe, Fertigwaren). Die negative Preiselastizität bei Erdöl

1) Vgl. Rhomberg, a.a.O., S. 8.

2) Vgl. ebenda, S. 10 f.

und Nahrungsmitteln, die für die insgesamt niedrige Preiselastizität des Exports der Entwicklungsländer verantwortlich ist, wurde von Rhomberg nicht weiter untersucht.

Bemerkenswert erscheint die besondere Berücksichtigung des Kapitalverkehrs in Rhombergs Untersuchung. Bezüglich der Kapitalexporte entwickelter Länder hat Rhomberg die Hypothese aufgestellt, daß die Industrieländer in der Hochkonjunktur, aber auch zu Beginn der Rezession (wenig Investitionsmöglichkeiten im Inland, aber noch viel einbehaltene Gewinne), Kapital exportieren. Erst bei fortschreitender Rezession geht der Kapitalexport in die Entwicklungsländer zurück, weil einerseits die Investitionsmittel schrumpfen, andererseits in den Entwicklungsländern weniger Investitionsmöglichkeiten zu finden sind. Letzteres ist darauf zurückzuführen, daß sich die Rezession des Industrielandes über einen Rückgang des Imports aus Entwicklungsländern auf die Konjunktur der Entwicklungsländer übertragen hat.

Die Reduktion des Kapitalexports bleibt auch noch während des beginnenden Konjunkturaufschwungs in den Industrieländern bestehen, da jetzt hier die Investitionsmöglichkeiten zunehmen und die einbehaltenen Gewinne stark zurückgegangen sind. Erst wenn der Aufschwung fortgeschritten ist, die einbehaltenen Gewinne wieder ein gewisses Niveau erreicht haben und die inländischen Investitionsmöglichkeiten gegenüber denen in den Entwicklungsländern weniger attraktiv zu erscheinen beginnen, wird der Kapitalexport wieder zunehmen¹⁾.

Beim Test dieser Hypothese stellte Rhomberg fest, daß ein Wirkungslag von einem Jahr vorliegen könnte, was bedeutet, daß bei einem Konjunkturrückgang in den Industrieländern mit einer ein-

1) Vgl. Rhomberg, a.a.O., S. 13.

jährigen Verzögerung der Kapitalexport in die Entwicklungsländer reduziert wird. Rhomberg weist jedoch darauf hin, daß dieser einjährige Lag nur eine sehr grobe Annäherung an die Realität darstellen kann. Besteht er tatsächlich, so wird hierin allerdings nur eine Ursache für eine Verzögerung des Aufschwungs in den Entwicklungsländern, nie aber für die Entstehung dortiger Rezessionen zu sehen sein.

Die Änderung des Exports der Entwicklungsländer ist nach Rhombergs Untersuchungen ein besserer Frühindikator einer Änderung des Imports, als die Entwicklung der industriellen Produktion.¹⁾

Dies deutet darauf hin, daß Exportänderungen in den Entwicklungsländern im allgemeinen zu gleichgerichteten Importänderungen führen müßten. Dies stimmt jedoch nur insofern mit unseren Hypothesen und Ergebnissen überein, als Rezessionen, die durch Exporteinbußen begleitet werden, meist auch Importrückgänge aufweisen (siehe Tab. 3). Steigt aber der Export in der Rezession, so ist eine Importsteigerung sehr selten zu beobachten. Das heißt also, daß der Import grundsätzlich durch die inländische Konjunktur und die verfügbaren Devisenreserven bestimmt wird. Sofern Exporteinbußen ein Sinken der Devisenreserven bewirken, sinkt der Import tendenziell einerseits aus Devisenmangel, andererseits durch den Nachfrageverlust, der durch die rückläufigen Verdienste der Exportindustrie entsteht und direkt oder indirekt auch die Importnachfrage in Mitleidenschaft zieht.

1) Vgl. Rhomberg, a.a.O., S. 18.

Der Rückgang der Importkapazität führt zu einem Rückgang der Kapitalgüterimporte (vgl. Heege, F., Die Besonderheiten des Investitionsgütermarktes in den Entwicklungsländern. Ein Beitrag zur Exportmarktforschung, Diss. Freiburg i.Br. 1961, S. 46).

Da Rhomberg jedoch feststellte, daß die Importänderungen zum Teil erst mit einer gewissen Verzögerung auf die Exportänderungen folgen, ist anzunehmen, daß die Entwicklungsländer hierdurch einen stabilisierenden Einfluß auf die Weltkonjunktur ausgeübt haben¹⁾.

Das eigentliche Problem, das im Thema seiner Untersuchung angesprochen wurde, nämlich die Frage, ob konjunkturelle Schwankungen von entwickelten Ländern auf unterentwickelte Länder übertragen werden, hat Rhomberg nicht behandelt. Geklärt wurde lediglich die Beziehung zwischen der Konjunktur der Industrieländer und den Deviseneinnahmen der Entwicklungsländer, sowie den hierdurch bedingten Importen der Entwicklungsländer. Inwieweit die kurzfristige Entwicklung des Sozialprodukts der unterentwickelten Länder durch diese Beziehungen beeinflußt wird, bleibt völlig unklar.

4. Die Beziehung zwischen Export und Konjunktur der Entwicklungsländer

Wie bereits festgestellt wurde, gibt es prinzipiell zwei Möglichkeiten einer Beziehung zwischen Exportschwankungen und Konjunktur. Der Export kann die Konjunkturentwicklung oder die Konjunkturentwicklung kann den Export determinieren. Steigt der Export in der Rezession, wie es in fast allen Industrie- und auch in vielen Entwicklungsländern der Fall ist, so kann die Exportschwankung nach den bisherigen Erkenntnissen der ökonomischen Theorie unmöglich die Rezession verursacht haben, ihr muß im Gegenteil eine schwankungsabschwächende Wirkung zugeschrieben werden. Sinkt der Export jedoch in der Rezession, was in den Industrieländern sehr selten, in Entwicklungsländern jedoch relativ häufig geschieht, so liegt die Annahme einer schwankungsverursachenden Wirkung des Exports nahe, da bei der

1) Vgl. Rhomberg, a.a.O., S. 22.

Heranziehung der traditionellen Konjunkturtheorie in der Rezession allgemein ein Anstieg des Exports zu erwarten wäre. Es ist sicherlich nur in Ausnahmefällen möglich, bei Rezessionen mit starken Exportrückgängen darauf hinzuweisen, daß zufallsbedingt eine durch inländische Faktoren erzeugte Rezession durch gleichzeitig aufgetretene Exportrückgänge verstärkt wurde (Rezessionen, die durch politische Krisen und Mißernten verursacht wurden, bleiben hier wie auch in den anderen Kapiteln unberücksichtigt). Rezessionen und auch Exportkrisen treten relativ selten auf, es ist daher äußerst unwahrscheinlich, daß das Zusammentreffen von Rezession und Exportkrise in über der Hälfte der in unsere Stichprobe einbezogenen Rezessionsjahre auf Zufall zurückzuführen sein könnte. Allenfalls in den Rezessionen, in denen der Rückgang der Exporteinkünfte im Verhältnis zur aufgetretenen Reduktion des Sozialprodukts minimal war, wird man eine rezessionsverursachende Wirkung des Exportrückgangs verneinen können.

Die Beziehung zwischen Rezession und Exportkrise kann nun in der folgenden Weise überprüft werden. Die Stärke des Exportrückgangs muß zunächst in einem Wert Ausdruck finden, der mit der prozentualen Abnahme des Sozialprodukts vergleichbar ist. Hierzu wird der Rückgang des Exports (in Prozent) mit dem durchschnittlichen Anteil des Exports am Sozialprodukt der einzelnen Länder gewichtet. Es ergibt sich ein Wert, der ungefähr ausdrückt, wie stark das Sozialprodukt hätte fallen müssen, wenn die Abnahme der Exporterlöse bei Konstanz der übrigen einkommensbildenden Faktoren¹⁾ allein die Einkommensentwicklung bestimmt hätte. Dieser hypothetische Sozialproduktrückgang (III in Tabelle 12) wurde mit der tat-

1) Der Einkommensmultiplikator wurde also nicht berücksichtigt. Die Statistiken reichen nicht aus, um länderspezifische Unterschiede des Einkommensmultiplikators zu ermitteln.

sächlich aufgetretenen Sozialprodukteinbuße (IV in Tabelle 12) verglichen. Der Korrelationskoeffizient ist negativ und verhältnismäßig niedrig ($r = -0,13$).

Dieses Ergebnis war nach unseren Hypothesen zu erwarten, da auch solche Fälle in die Korrelationsberechnung einbezogen worden waren, bei denen bedingt durch einen vergleichsweise niedrigen Exportrückgang kein ursächlicher Zusammenhang mit der relativ starken Rezession zu vermuten war. Umgekehrt waren auch Fälle in der Untersuchung enthalten, die sich durch ein krasses Mißverhältnis zwischen relativ starken Exportkrisen und vergleichsweise niedrigen Produktionsrückgängen auszeichneten. In solchen Rezessionen war der Export wahrscheinlich der entscheidende Faktor, da sonst diese Diskrepanz, die nur durch rezessionsabschwächende Kräfte im Inland zu erklären ist, unverständlich bleiben muß.

Die auszuschaltenden Extremwerte können durch folgende Methode identifiziert werden. Dividiert man die Werte in Spalte IV jeweils durch die dazugehörigen Werte in Spalte III, so erhält man einen Koeffizienten (Spalte V, Tabelle 12), der nach seiner Größe in drei Gruppen untergliedert werden kann:

Gruppe (a) Wert $< 1 > 0$

Der Exportrückgang ist hier sehr wahrscheinlich für die Rezession verantwortlich, da die hypothetische Sozialproduktabnahme größer war als die tatsächlich aufgetretene, im Inland also rezessionsmildernde Umstände vorliegen mußten.

Gruppe (b) Wert $> 1 < 6,13$

Exportrückgang und Sozialproduktabnahme stehen in dieser Gruppe in einem einigermaßen ausgewogenen Verhältnis.

Tabelle 12: Die Beziehungen zwischen Export und Sozialprodukt

		I	II	III	IV	V	VI
Arg	52	- 41	9	- 3,69	- 7,0	1,89(b)	- 3,9
Ägy	52	- 28	19	- 5,32	-13,0	2,46(b)	-18,2
Bol	53	- 22	22	- 4,84	- 6,5	1,35(b)	-40,7
	54	- 16	22	- 3,52	- 1,5	0,43(a)	31,0
Bur	64	- 12	19	- 2,28	- 3,3	1,43(b)	- 9,3
DoR	61	- 18	21	- 3,78	- 3,8	1,01(b)	-20,6
Irak	57	- 25	50	-12,50	- 1,0	0,08(a)	2,9
Kol	58	- 10	14	- 1,40	- 0,6	0,43(a)	- 4,9
Kon	58	- 14	44	- 6,16	- 1,3	0,21(a)	-12,8
Lib	58	- 24	12	- 2,88	-11,9	4,10(b)	
Mal	58	- 13	43	- 5,59	- 3,9	0,70(a)	- 6,4
Mar	57	- 4	20	- 0,80	- 8,3	10,38(c)	-22,8
Mex	53	- 10	13	- 1,30	- 2,7	2,08(b)	- 7,7
Nic	56	- 20	24	- 4,80	- 2,7	0,56(a)	- 7,5
	58	- 1	24	- 0,24	- 1,8	9,00(c)	- 3,5
Tun	59	- 7	22	- 1,54	- 4,2	2,80(b)	13,7
Uru	59	- 30	12	- 3,60	- 3,0	0,83(a)	5,1
	62	- 12	12	- 1,44	- 2,9	2,07(b)	2,2
Zyp	64	- 5	31	- 1,55	- 9,8	6,13(c)	-25,0

- I : Rückgang des Exports (in %)
 II : Durchschnittlicher Anteil des Exports am Sozialprodukt (in %)
 III : Hypothetische Sozialproduktabnahme (I · II) : 100
 IV : Rückgang des realen Sozialprodukts (in %)
 V : Koeffizient (IV : III) mit Gruppenklassifizierung
 VI : Entwicklung der realen Investitionen (in %)

Quellen:

- I : Tabelle 3
 II : Berechnet nach United Nations (Hrsg.), Statistical Yearbook 1969, New York 1970, S. 540-547
 Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Vereinigte Arabische Republik und Jemen, Stuttgart und Mainz 1961, S. 41
 IFS Supplement 1965/66
 IV : Tabelle 2

- VI : United Nations (Hrsg.), Yearbook of National Accounts
 Statistics 1958, New York 1959
 1959, New York 1960
 1968, New York 1969
 IFS Supplement 1965/66
 Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Internationale Monats-
 zahlen, Stuttgart und Mainz 1966 (Oktober)
 ders., Länderberichte, Argentinien, Stuttgart und Mainz 1958
 VAR u. Jemen, 1961
 Kolumbien, 1965
 Kongo (Leopoldville) u.
 Ruanda-Urundi, 1962
 Marokko, 1963
 Tunesien, 1963

Gruppe (c) Wert $\geq 6,13$ ¹⁾.

Hier ist der Unterschied zwischen geringer Exporteinkaufspreise und hohem Sozialproduktrückgang zu groß, als daß der Export noch rezessionsverursachend hätte sein können.

Die Zugehörigkeit zu den einzelnen Gruppen ist in Tabelle 12 Spalte V noch gesondert für die beobachteten Fälle, bei denen Export- und Sozialproduktrückgang zusammenfielen, angegeben.

Berechnet man nun den Korrelationskoeffizienten zwischen hypothetischer und tatsächlicher Sozialproduktabnahme in Gruppe (b), so ergibt sich ein relativ hoher Wert ($r = 0,66$)²⁾. Die Wahrscheinlich-

-
- 1) Die Wahl des Wertes 6,13 war mit einer gewissen Willkür verbunden. Es ist zu fragen, bis zu welchem Punkt angenommen werden kann, daß ausgehend von einer Exportkrise nur der negative Einkommensmultiplikator für den Unterschied zwischen hypothetischer und tatsächlicher Sozialproduktabnahme verantwortlich war. Es ist sehr wahrscheinlich, daß bei Werten um 6,0, d.h. die tatsächliche Einkommensabnahme war sechsmal so groß wie die hypothetische, eine ausschließliche Verursachung der Rezession durch eine Exportkrise, die über einen multiplikativen Prozeß verstärkt wurde, nicht mehr anzunehmen ist. War dies aber nicht auch bereits bei Werten um 4,0 der Fall? Diese Frage kann nicht generell entschieden werden. In unserer Stichprobe befindet sich ein Fall mit 4,10 (Libanon 1958). Es spricht einiges dafür, hier noch ein Wirken des negativen Exportmultiplikators als Erklärung heranzuziehen. Zwar ist der Anteil des Exports am Sozialprodukt im Libanon mit 12 % relativ niedrig, der 1958 aufgetretene Exportrückgang von 24 % ist jedoch so beachtlich, daß der Sozialproduktrückgang von 11,9 % mit einer gewissen Berechtigung auf die Exportkrise zurückgeführt werden kann.
 - 2) Bezieht man auch die Gruppe (a) in diese Berechnung ein, so verringert sich der Korrelationskoeffizient auf $r = -0,07$. Dies ist darauf zurückzuführen, daß für die Gruppe (a) offensichtlich keine positive Beziehung zwischen hypothetischer und tatsächlicher Sozialproduktabnahme existiert. Wahrscheinlich bestand in diesen Fällen zur Zeit der Exportkrise im Inland eine günstige Konjunkturlage, vielleicht wurde aber auch eine wirkungsvolle antizyklische Politik betrieben. Die Tatsache, daß in der Gruppe (a) die Investitionen durchschnittlich um 1,1 % gestiegen sind, deutet auf solche günstigen Umstände im Inland hin.

keit für das Zutreffen der Nullhypothese beträgt nur 6 %. Man kann also mit einer gewissen Berechtigung annehmen, daß ein Zusammenhang zwischen beiden Größen besteht.

Die Annahme, daß die Fälle der Gruppen (a) und (b) außenhandelsinduzierte Rezessionen darstellen, wird auch durch die Investitionsentwicklung gestützt. Während bei (a) und (b) die Investitionen im Durchschnitt nur um 5,1 % gefallen sind, betrug der Rückgang in der Gruppe (c) im Durchschnitt 17,1 % (berechnet nach Tabelle 12 Spalte VI). Dieser beträchtliche Unterschied ist so zu erklären, daß bei außenhandelsinduzierten Rezessionen die Investitionen nur mittelbar über den Rückgang der Importkapazität und Abnahme der Exporteinkommen sinken, während bei im Inland entstandenen Rezessionen die Investitionsabnahme den Konjunkturabschwung herbeiführt.

Wenn nun in den Gruppen (a) und (b) aus Tabelle 12 die exportinduzierten Rezessionen, die in den untersuchten Ländern aufgetreten sind, zusammengefaßt sind, so wäre jetzt festzustellen, welche besonderen Bedingungen vorliegen müssen, damit der Export eine solche ausschlaggebende Rolle im Konjunkturverlauf spielen kann.

Gegenüber den Fällen, wo die Rezession nicht durch Exportrückgänge zu erklären war, wiesen die exportabhängigen Fälle im Durchschnitt einen höheren Exportanteil am Sozialprodukt, eine geringere gütermäßige Exportdiversifikation, eine stärkere ländermäßige Exportkonzentration und ein niedrigeres Pro-Kopf-Einkommen auf:

Tabelle 13

	Durchschnittswert	
	Gruppe (a) u. (b) Tabelle 12	restliche Fälle Tabelle 3
Pro-Kopf-Einkommen	193 US Dollar	349 US Dollar
Exportanteil an Y	22,4 %	17,1 %
Diversifikationsindex ^{a)}	74,5	68,4
Exportkonzentrations- index ^{a)b)}	65,0	63,5

a) ohne Guyana

b) ohne Zypern

Quellen:

Siehe Angaben zu Tabelle 12 II und Tabelle 9

Coppock, a.a.O., Table A-2

United Nations (Hrsg.), Statistical Yearbook 1970, a.a.O., S. 603 f.

Das könnte bedeuten, daß diese Faktoren die Voraussetzung für die Gültigkeit der These der Strukturalisten sind. Bei den obigen Berechnungen ist jedoch zu beachten, daß außer im Falle des Exportanteils aus Mangel an statistischen Unterlagen das Stichjahr 1957, das im Zentrum der Untersuchungsperiode liegt, verwendet wurde. Da jedoch eine rasche Änderung dieser Größen nicht zu erwarten ist, dürfte ein solches Vorgehen nicht problematisch sein.

Aus der Korrelationsanalyse auf Grundlage der Tabelle 14 geht hervor, daß der Entwicklungsstand gemessen am Pro-Kopf-Einkommen eine relativ starke negative Korrelation mit der ländermäßigen Exportkonzentration ($r = -0,55$) und der gütermäßigen Exportdiversifikation ($r = -0,44$) aufweist¹⁾. Das bedeutet, daß durch zunehmen-

1) Die beiden Korrelationskoeffizienten sind signifikant. Bei $r = -0,55$ beträgt die Wahrscheinlichkeit für das Zutreffen der Nullhypothese 1,64 %, bei $r = -0,44$ 4,91 %.

Tabelle 14

	I	II	III	IV
Argentinien	313	9	64,0	52,9
Ägypten	131	19	78,0	71,0
Bolivien	82	22	91,7	63,7
Brasilien	340	8	76,1	56,9
Burma	56	19	85,6	71,2
Chile	397	12	93,5	55,0
Dominikanische Rep.	248	21	95,7	57,9
Griechenland	343	9	74,0	58,5
Guatemala	191	14	85,3	72,6
Guyana	242	56		
Irak	150	50	91,6	61,0
Kolumbien	171	14	84,9	75,3
Kongo	91	44	63,5	74,1
Libanon	445	12	60,2	63,5
Malaysia	300	43	62,4	51,3
Marokko	175	20	59,2	85,5
Mexiko	262	13	52,5	78,9
Nicaragua	194	24	69,6	58,0
Spanien	310	8	49,3	53,8
Tunesien	135	22	70,7	85,8
Uruguay	218	12	63,9	56,6
Zypern	509	31	41,1	

I: Pro-Kopf-Einkommen in US Dollar 1957 (Guyana und Zypern 1958)

II: Durchschnittlicher Exportanteil am Sozialprodukt in %

III: Gütermäßiger Diversifikationsindex des Exports 1957

IV: Ländermäßiger Exportkonzentrationsindex 1957

Quelle:

Siehe Angaben zu Tabelle 13

de Industrialisierung, die ja erfahrungsgemäß alleine in der Lage ist, das Pro-Kopf-Einkommen im gewünschten Ausmaß zu steigern, Faktoren zurückgedrängt werden, die eine Exportabhängigkeit der Konjunktur der Entwicklungsländer erzeugen können.

Der Umstand, daß die negative Beziehung zwischen Exportanteil am Sozialprodukt und Entwicklungsstand nicht sehr eng ist ($r = -0,24$), zeigt weiter, daß durch den Entwicklungsprozeß der Export zwar länder- und gütermäßig stärker differenziert wird, hierbei jedoch nicht unbedingt die Exportintensität dieser Volkswirtschaften im gleichen Ausmaß verändert werden muß. Die enge Verbindung mit der Weltwirtschaft bleibt also weitgehend bestehen, wenn auch die negativen Auswirkungen, die hierdurch vermittelt werden können, durch Veränderung von Diversifikation und Konzentration reduziert werden.

5. Die Rolle der terms of trade

In den Fällen, in denen eine Synchronisation der Konjunkturen in Industrie- und Entwicklungsländern vorliegt, können Variationen der terms of trade für die Entwicklungsländer noch schwankungsverstärkend wirken. So behauptet Haberler¹⁾, daß bei Parallelität der Rezession in Entwicklungs- und Industrieland, das Entwicklungsland durch Verschlechterung der terms of trade benachteiligt und das entwickelte Land durch Verbesserung der Austauschrelationen begünstigt würde, was sich für die Entwicklungsländer schwankungsverstärkend auswirkt, da die internationale Kaufkraft der Exporterlöse der Entwicklungsländer hierdurch reduziert wird. Diese Hypothese basiert auf der Annahme, daß die Preisausschläge bei den Fertigwaren (Hauptimportgüter der Entwicklungsländer und

1) Vgl. Haberler, Terms of Trade and Economic Development, a.a.O., S. 289.

Hauptexportgüter der Industrieländer) geringer sind, als bei den Urprodukten (Hauptexportgüter der Entwicklungsländer).

Außerdem muß bei den Handelspartnern der Entwicklungsländer die gleiche Konjunkturlage vorherrschen. Da die Entwicklungsländer wegen der traditionellen Handelsverbindungen häufig in die Länder exportieren, aus denen sie importieren, ist diese Voraussetzung meist erfüllt.

Man könnte jedoch entgegenhalten, daß solche Schwankungsunterschiede bei den Preisen nicht bestehen, sondern die Export- und Importstruktur alleine für die Unterschiede in der Entwicklung der terms of trade verantwortlich ist¹⁾.

Michaely stellte fest, daß bei multipler Korrelation des Index der Preisschwankungen des Exports (X_1) entwickelter und unterentwickelter Länder mit dem gütermäßigen Exportkonzentrationskoeffizienten (X_2) und dem Anteil der Urprodukte am Export (X_3) fast der gleiche Wert für r berechnet wurde, wie bei der einfachen Korrelation X_1 und X_2 , nämlich 0,403 gegenüber 0,397²⁾.

Die gütermäßige Zusammensetzung des Exports nach Urprodukten und verarbeiteten Gütern scheint also die Exportpreise nicht wesentlich zu beeinflussen. Die Tatsache, daß Entwicklungsländer häufig hohe Werte für X_2 und X_3 aufweisen, hat nach Michaely zu dem Irrtum geführt, X_3 würde X_1 bestimmen³⁾. Außerdem haben Entwicklungsländer im Gegensatz zu Industrieländern große Unter-

-
- 1) Michaely (vgl. Michaely, M., Concentration in International Trade, Amsterdam 1962, Kapitel 5 sowie S. 130 f.) kommt auf Grund seiner empirischen Untersuchung von 36 Ländern während der Nachkriegszeit (bis 1958) zu diesem Ergebnis.
 - 2) Vgl. Michaely, a.a.O., S. 78. Eine hohe Exportkonzentration auf wenige Güter bedingt, daß kaum Kompensationsmöglichkeiten innerhalb der einzelnen Exportgüterpreisschwankungen bestehen.
 - 3) Vgl. ebenda, S. 130.

schiede zwischen Import- und Exportstruktur, wodurch gegensätzliche Preisentwicklungen eher möglich sind, was zu stärkeren Schwankungen der terms of trade führt¹⁾.

Eine Korrelation der für den gleichen Zeitraum, aber für eine größere Auswahl von Ländern von Coppock²⁾ berechneten Indices der gütermäßigen Exportkonzentration (nur 1957) und der Schwankungen der terms of trade ergibt einen positiven Koeffizienten ($r = 0,29$), der jedoch nicht signifikant ist.

Michaely berücksichtigte leider nur die allgemeine Nachfrageentwicklung und übersah die speziellen konjunkturellen Faktoren, die über die ländermäßige Konzentration von Export und Import die terms of trade beeinflussen können.

Geht man davon aus, daß die ländermäßige Export- und Importstruktur in den Entwicklungsländern größtenteils übereinstimmt, so ist diese Ausklammerung Michaelys berechtigt, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß Haberlers These falsch ist.

Aus Tabelle 15 geht aber hervor, daß die Preisschwankungen bei Urprodukten und verarbeiteten Gütern entgegen Michaelys Untersuchungen sehr unterschiedlich sind, was insbesondere durch eine Veränderung der Untersuchungsperiode bedingt ist³⁾.

1) Vgl. Michaely, a.a.O., S. 131. Michaely berechnete den "offsetting" Effekt von Export- und Importpreisen durch das Verhältnis Index der terms of trade-Schwankungen/Index der Exportpreisschwankungen. Je niedriger der Wert des Bruches, desto stärker tendieren Export- und Importpreisschwankungen dazu, sich in der Wirkung auf die terms of trade zu kompensieren. Diesen Bruch korrelierte er mit dem Index der Unterschiedlichkeit von gütermäßiger Export- und Importzusammensetzung ($r = 0,592$) (vgl. ebenda, S. 92).

2) Vgl. Coppock, a.a.O., Table A-2, Variable X_{26} und X_{36} .

3) Michaely (a.a.O., S. 75) ermittelte absolute Durchschnittswerte von 6,4 für Urprodukte und 5,7 für verarbeitete Produkte, wobei er ebenfalls UN-Statistiken verwendete. Seine Untersuchungsperiode läuft von 1948 - 1957.

Tabelle 15: Preisentwicklung von Urprodukten ($\Delta PU/PU$) und verarbeiteten Gütern ($\Delta PV/PV$) in v. H.

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
$\Delta PU/PU$	21,4	-12,6	- 3,8	4,0	- 4,8	1,0	2,0	- 5,9
$\Delta PV/PV$	19,7	1,0	- 3,8	- 2,0	1,0	4,0	3,9	0,0
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
$\Delta PU/PU$	- 2,9	- 1,0	- 2,0	- 1,0	4,2	3,0	0,0	1,9
$\Delta PV/PV$	- 1,0	2,1	1,0	0,0	1,0	1,0	2,0	2,9
	1967	1968	1969					
$\Delta PU/PU$	- 2,9	- 2,0	4,0	$\bar{X} = 4,2$				
$\Delta PV/PV$	0,9	- 0,9	2,8	$\bar{Y} = 2,7$				

Quelle:

United Nations (Hrsg.), Statistical Yearbook 1959, New York 1959, S. 404,
Statistical Yearbook 1968, New York 1969, S. 406,
Statistical Yearbook 1969, New York 1970, S. 384

Der absolute Durchschnittswert der Schwankungen der Preise der Urprodukte ist fast 56 % größer, als bei den verarbeiteten Produkten. Die Standardabweichung beträgt entsprechend bei den Urprodukten 6,6 und bei den verarbeiteten Gütern 4,7, was auf einen deutlichen Unterschied in den Schwankungen der Preise in beiden Reihen hinweist. Dabei sind die beiden Preisentwicklungen eng korreliert ($r = 0,78$), die Wahrscheinlichkeit für das Zutreffen der Nullhypothese liegt um 0,1 %.

Diese Werte deuten darauf hin, daß Haberlers These eventuell doch nicht so abwegig sein könnte, wie es nach Michaelys Untersuchungen den Anschein hatte. Aus Tabelle 16 kann die Entwicklung der terms of trade im Zyklus entnommen werden.

Tabelle 16: Entwicklung der terms of trade im Konjunkturverlauf

		t-1	t ⁺)	t+1
Argentinien	1952	137	110	123
	1959	81	88	91
	1962	108	101	102
	1963	101	102	108
Ägypten	1952	206	132	100
Bolivien	1959	82	88	89
Brasilien	1965	86	92	85
Chile	1956	101	115	88
Dominikanische Rep.	1959	115	88	87
Griechenland	1952	93	86	85
Guatemala	1953	115	114	126
Kolumbien	1958	103	88	78
Kongo	1958	98	101	145
Malaysia	1958	135	130	160
Marokko	1955	93	94	97
	1956	94	97	95
	1957	97	95	100
Nicaragua	1956	108	111	100
	1958	100	87	77
Spanien	1959	99	100	98
Tunesien	1957	99	100	108
	1959	108	103	100
Uruguay	1958	85	69	67
	1959	69	67	80
Zypern	1964	106	112	

+)) entspricht dem angegebenen Rezessionsjahr

Quelle:

United Nations (Hrsg.), World Economics Survey 1963, I, Trade and Development: Trends, Needs and Policies, New York 1964, S. 302 - 306, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Tunesien, Stuttgart und Mainz 1970, S. 94

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Kongo und Ruanda-Urundi, Stuttgart und Mainz 1962, S. 52, sowie

IFS Supplement 1965/66, und United Nations (Hrsg.) Statistical Yearbook 1959 und 1965, New York 1960 bzw. 1966, als Berechnungsgrundlage

In den Fällen, in denen ein gleichgerichteter Konjunkturverlauf von Entwicklungsland und Abnehmerländern angenommen werden konnte, mußte nach Haberler eine Verschlechterung der terms of trade der betreffenden Entwicklungsländer aufgetreten sein. Hierbei wird impliziert, daß die Entwicklungsländer in die gleichen Länder exportieren, aus denen sie importieren, was - wie bereits erwähnt - bei den häufig bestehenden traditionellen Verbindungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern (z.B. zwischen Lateinamerika und den USA) ziemlich realistisch ist.

In den Fällen, in denen nach Tabelle 7 die Konjunkturentwicklung in den Abnehmerländern eindeutig negativ war, verringerten sich auch die terms of trade (insoweit für diese Länder Statistiken vorlagen) zum Teil beträchtlich. Nur der Kongo hatte leicht steigende terms of trade zu verzeichnen.

Berücksichtigt man Argentinien 1952 und Ägypten 1952, die damals starken negativen Tendenzen in der Konjunktur einiger Abnehmerländer ausgesetzt waren, ebenfalls, so stellt man fest, daß auch hier die terms of trade enorm gefallen sind. Auch Tunesien 1959 hatte bei einer Wachstumspause Frankreichs sinkende terms of trade aufzuweisen.

In diesem Zusammenhang fällt auf, daß insgesamt in 12 Fällen steigende und in 12 Fällen sinkende terms of trade aufgetreten sind, während aber unter den oben aufgeführten 8 Fällen, die mit Konjunkturabschwächung einiger oder aller Abnehmerländer verbunden waren, nur ein Fall mit steigenden terms of trade zu finden ist.

Bei positiver Konjunkturentwicklung der Abnehmerländer hingegen stiegen die terms of trade in 11, und fielen in 5 Fällen.

Haberlers These scheint bei synchronen Rezessionen in Industrie-

und Entwicklungsländern richtig zu sein¹⁾. Eine positive Konjunkturlage in den entwickelten Ländern hilft jedoch offensichtlich häufig den Entwicklungsländern bei der Überwindung ihrer Rezessionen durch eine Verbesserung der terms of trade. Dies wird dadurch zu erklären sein, daß die konjunkturbedingte Nachfrage der Industriestaaten ein Steigen der Rohstoffpreise bewirkt, während gemäß Haberlers These die Preise für Fertigwaren weniger stark steigen²⁾.

6. Zusammenfassung

Die empirische Überprüfung der Außenhandelshypothese hat zunächst ergeben, daß Exportschwankungen nur in ungefähr der Hälfte der untersuchten Fälle eine rezessionsauslösende Funktion gespielt haben können, da ca. 50 % der untersuchten Rezessionen bei steigendem Export erfolgten.

Die Exportschwankungen der Entwicklungsländer sind nicht nur darauf zurückzuführen, daß die Industrieländer bei abgeschwächter Konjunktur (insbesondere bei synchronem Konjunkturverlauf der Industrielän-

1) Sieber, H. (Die realen Austauschverhältnisse zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten. Eine Verifizierung der These Prebischs (Diss. St. Gallen), Tübingen/Zürich 1968, S. 91) stellte in seiner mehr produktbezogenen Untersuchung, z. B. beim Kaffeepreis, eine dieser Hypothese entsprechende Entwicklung fest: "Verantwortlich für die starken zyklischen Schwankungen der Terms of Trade ist der Verlauf der Kaffeepreise, die, verallgemeinernd gesprochen, im Aufschwung rascher als die Exportpreise der Industriestaaten angezogen haben, während sie im Niedergang weit stärker unter Druck gerieten."

Ähnliches bemerkte Sieber auch bei Kakao, Baumwolle und Kupfer (vgl. ebenda, S. 168).

Kindleberger, Ch. P. (The Terms of Trade. A European Case Study, London 1956, S. 174) meint einschränkend, daß die Terms of Trade bei den Industrieländern, im Gegensatz zu den Entwicklungsländern, kaum für die Entstehung ihrer Zyklen von Bedeutung sind.

2) Eine derartige Preisentwicklung geht auch aus Tabelle 15 hervor.

der wie z.B. 1958) weniger Rohstoffe importieren, da diese Exportkrisen häufig trotz Hochkonjunktur der Industrieländer auftreten.

Die Stärke der Exportschwankungen wird durch hohe gütermäßige Diversifikation und durch niedrige ländermäßige Konzentration des Exports verringert.

Die Untersuchungsergebnisse legen weiterhin die Annahme nahe, daß in bestimmten Fällen die Konjunktur der Entwicklungsländer durch Exportrückgänge in der gleichen Richtung beeinflußt wurde.

Diese Abhängigkeit tritt meistens dann auf, wenn die Entwicklungsländer noch ein relativ niedriges Pro-Kopf-Einkommen, eine niedrige gütermäßige Diversifikation und eine hohe ländermäßige Konzentration aufweisen. Diese Faktoren werden durch Industrialisierung und wirtschaftliche Entwicklung höchstwahrscheinlich zurückgedrängt.

Bei synchroner Konjunkturentwicklung in Entwicklungs- und Industrieland kann eine schwankungsverstärkende Änderung der terms of trade, bei asynchroner Konjunkturentwicklung jedoch eine schwankungsabschwächende Änderung der terms of trade auftreten.

II. Ordnungspolitische Hypothese

1. Die Wirtschaftsordnung in den Entwicklungsländern

Die in Tabelle 2 aufgeführten Länder wurden dahingehend untersucht, welche Wirtschaftsordnung während der Untersuchungsperiode in diesen Ländern vorgeherrscht hat. Hierbei wurde nach mehr marktwirtschaftlichen und mehr planwirtschaftlichen (Entwicklungsprogrammierung) Ländern unterschieden. Länder mit Interventionismus wurden den mehr marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen zugeordnet.

Tabelle 17: Die Wirtschaftsordnung in den Entwicklungsländern

<u>Mehr Planung</u>	<u>Mehr Marktwirtschaft</u>
Argentinien bis 1955	Argentinien ab 1956
Ägypten	Brasilien
Bolivien	Costa Rica
Burma	Dominikanische Rep. bis 1961
Chile	El Salvador
Dominikanische Rep. ab 1962	Griechenland
Ecuador	Kongo
Guatemala	Libanon
Irak	Malaysia
Iran	Mexiko
Jordanien	Nicaragua
Kolumbien	Panama
Marokko	Paraguay
Philippinen	Peru
Portugal	Puerto Rico
Spanien ab 1964	Spanien bis 1963
Tunesien	Taiwan
Venezuela	Thailand
Zambia	Uruguay

Quelle:

Fischer, Marktwirtschaftliche Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 56-92

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte,

Jordanien, Stuttgart und Mainz 1959, S. 6
1969, S. 49 ff.

Panama, Stuttgart und Mainz 1966, S. 31 f.

Costa Rica, Stuttgart und Mainz 1966, S. 34

Paraguay, Stuttgart und Mainz 1965, S. 30 f.

Nicaragua, Stuttgart und Mainz 1966, S. 29

2. Die empirische Überprüfung der konjunkturellen Anfälligkeit der einzelnen Ordnungssysteme

Vergleicht man Tabelle 17 und 2, so kann man die bei den jeweiligen Systemen im Durchschnitt der Untersuchungsperiode aufgetretenen Rezessionsjahre (untersuchte Jahre/Rezessionsjahre) feststellen. Die Schwere der Rezessionen wird über den prozentualen Rückgang des Sozialprodukts in den Rezessionsjahren einbezogen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind in Tabelle 18 zusammengestellt.

Tabelle 18:

	<u>Untersuchungs- periode/Rezes- sionsjahre</u>	<u>Durchschnittlicher Rückgang des So- zialprodukts in %</u>
Mehr marktwirtschaftliche Länder	15, 1	2, 705
Mehr planwirtschaftliche Länder	16, 9	3, 853

Quelle:

Siehe Angaben zu Tabelle I im Statistischen Anhang

Die negativen Wachstumsraten wurden aus Tabelle I entnommen.

Zusätzlich berechnet wurden: Argentinien 1963 -4, 7 %, Bolivien

1954 -1, 5 %, Marokko 1956 -1, 0 %, 1957 -1, 0 %, Uruguay

1959 -3, 8 %, Uruguay 1963 -1, 0 %.

Das Ergebnis dieser Untersuchung ist zum Teil überraschend. Zwar ist bei der Häufigkeit des Anfalls von Rezessionsjahren ein leichter Vorteil der mehr planwirtschaftlich organisierten Länder zu bemerken (alle 16, 9 Jahre erfolgt im Durchschnitt ein Rezessionsjahr), der Unterschied zu den mehr marktwirtschaftlich orientierten Län-

dern ist jedoch minimal (alle 15,1 Jahre ein Rezessionsjahr im Durchschnitt) und es ist sehr fraglich, ob dieser Unterschied überhaupt aussagefähig ist. Bei der durchschnittlichen Stärke der Rezessionen ist ein beträchtlicher Unterschied zwischen mehr planwirtschaftlichen und mehr marktwirtschaftlichen Ländern zugunsten der letzteren festzustellen.

Man kann nach dieser Untersuchung also annehmen, daß beide Gruppen ungefähr gleich häufig von Rezessionen heimgesucht werden, mehr marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaften jedoch eher in der Lage sind, die Stärke dieser Schwankungen abzuschwächen. Diese beiden Feststellungen widersprechen der herkömmlichen Meinung, nach der eine mehr planwirtschaftliche Wirtschaftsordnung zur Stabilisierung des Wirtschaftswachstums beitragen soll.

III. Traditionelle Konjunkturtheorien, insbesondere Überinvestitionstheorien

1. Die Charakteristika einer Stabilisierungskrise

Aus unseren theoretischen Ausführungen geht hervor, daß Konjunkturkrisen durch Disproportionalitäten in der Wirtschaftsstruktur hervorgerufen werden können.

Im allgemeinen wird angenommen, daß während des der Krise vorangegangenen Booms Preissteigerungen auftreten, die durch eine ungebremsste Expansion der Geldmenge bedingt sind. Während eine Fortsetzung der Geldmengenexpansion den Boom nicht für alle Zeiten zu konservieren vermag, da u. a. das Arbeitsangebot begrenzt ist, wird eine verspätete Bremsung der Geldmengenausweitung (evtl. erst bei sinkenden Devisenreserven) die Krisengefahr

erhöhen¹⁾, da hierdurch die Ungleichgewichte in der Wirtschaftsstruktur rasch zum Vorschein kommen müssen. Eine solche Stabilisierungskrise ist durch folgende Kennzeichen charakterisiert:

Sinkende Devisenreserven, sinkende Investitionen (Industrieanlagen, Wohnungsbau, Läger), verlangsamte Geldmengenexpansion, sinkende Preissteigerungsraten, sinkende Industrieproduktion, sinkende Konsumausgaben, Rückgang des Sozialprodukts. Auch bei einer Vermeidung von Preissteigerungen ist jedoch keineswegs gesichert, daß nicht durch andere Faktoren (z.B. zu niedriges Zinsniveau) den Unternehmern falsche Signale gegeben werden, durch welche Überinvestitionen provoziert werden können, die zur Rezession führen. Man kann aber annehmen, daß solche Einflußmöglichkeiten gegenüber dem starken disproportionalitätsfördernden Element beträchtlicher Preissteigerungen, die beinahe in allen untersuchten Entwicklungsländern zeitweise geherrscht haben, nur untergeordneten Charakter besitzen dürften.

Da in den untersuchten Entwicklungsländern allgemein Wirtschaftsordnungen vorlagen, bei denen planwirtschaftliche und marktwirtschaftliche Elemente in - allerdings unterschiedlichen - Mischungsverhältnissen auftreten, wurde auf eine Differenzierung nach ordnungspolitischen Gesichtspunkten verzichtet. Stabilisierungskrisen in der oben dargestellten Art können auch bei mehr planungsbezogenen Systemen auftreten, da ja dort auch ein mehr marktwirtschaftlicher Sektor existiert.

1) Vgl. Keran, M. W. (Monetary Policy, Balance of Payments, and Business Cycles. The Foreign Experience, in: Review of the Federal Reserve Bank of St. Louis, Vol. 49, Nov. 1967, S. 7 ff.), der diese Zusammenhänge für einige wichtige Industrieländer nachgewiesen hat.

2. Querschnittsanalyse

a. Beziehung Inflation-Devisenreserven

Zunächst ist zu untersuchen, ob hohe Inflationsraten durch Kapitalflucht und Importüberschuß zu einer starken Reduktion der Devisenreserven geführt haben. In vielen Fällen gingen den Rezessionen beträchtliche Devisenrückgänge voraus, die durch hohe Inflationsraten begleitet wurden (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Griechenland, Mexiko, Spanien, Uruguay). Da jedoch in solchen Situationen meistens Devisenbewirtschaftung eingeführt wird¹⁾, ist eine direkte Beziehung zwischen Preissteigerung und Devisenbestand häufig nicht vorhanden, weil gewisse Wirkungsverzögerungen eintreten.

Einige Länder weisen Devisenverluste bei relativ stabilen oder sogar sinkenden Preisen auf (Ägypten, Dominikanische Republik, Kongo, Libanon, Malaysia, Nicaragua)²⁾.

Aus der Geldmengenentwicklung geht jedoch hervor, daß hier offensichtlich anderweitig bedingte Devisenabflüsse zu einer Reduktion der Geldmenge geführt haben, durch die das Preisniveau ebenfalls beeinflußt wurde. Besonders typisch für diesen Zusammenhang sind die Verhältnisse in der Dominikanischen Republik, wo durch politische Instabilität besonders seit 1959 Kapitalflucht erzeugt wurde, was wiederum eine starke Reduktion der Geldmenge und zum Teil auch des Preisniveaus bedingt hat³⁾.

-
- 1) Vgl. Doebel, R., Devisenbewirtschaftung und Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern, Frankfurt a. M. 1968, S. 97 ff.
 - 2) Vgl. IFS, Supplement 1965/66.
 - 3) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Dominikanische Republik, Stuttgart und Mainz 1965, S. 22. Neben hohen Inflationsraten sind instabile politische Verhältnisse die Hauptursache für Kapitalflucht aus Entwicklungsländern (vgl. Krämer, W., Kapitalflucht aus Entwicklungsländern, Bielefeld 1969, S. 46 ff.).

b. Beziehung Geldmenge - Preise

Entsprechend der Quantitätstheorie des Geldes konnte in den Regressionen eine positive Beziehung zwischen Änderung der Wachstumsrate der Geldmenge und Änderung der Wachstumsrate der Preise festgestellt werden ($r = 0,49$)¹⁾.

Da die Einführung eines einjährigen Wirkungslags der Geldpolitik den Korrelationskoeffizienten stark verringert ($r = 0,17$), kann geschlossen werden, daß in den Entwicklungsländern allgemein noch kein allzu starkes Angebot an Geldsubstituten vorliegt, durch das nach den Hypothesen der Liquiditätstheorie des Geldes²⁾ eine die Wirkung der Geldpolitik auf die Preise verzögernde Variation der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes hervorgerufen werden könnte.

Die Abhängigkeit der Preisentwicklung von der Geldmenge wird ebenfalls von Argy³⁾ nachgewiesen, der feststellte, daß bei der Erklärung der Preissteigerungen durch die Hypothesen der Strukturalisten (Preise abhängig von: Änderung der Nachfragestruktur, Exportinstabilität, Engpässe in der landwirtschaftlichen Produktion, Devisenknappheit) keine signifikante Korrelation zustande kam, während die Hinzufügung von monetären Erklärungsvariablen die Ergebnisse stark verbesserte.

c. Die Wirkung der Veränderung der Geldmengen- bzw. Preisentwicklung auf die Investitionen

Bei dieser Analyse wird davon ausgegangen, daß sowohl die Entwicklung der Geldmenge als auch die der Preise die erwarteten

1) Vgl. bezüglich der folgenden Angaben von Korrelationskoeffizienten Tabelle 19.

2) Vgl. Dürr, Wirkungsanalyse, a.a.O., S. 30 ff.

3) Vgl. Argy, V., Structural Inflation in Developing Countries, in: Oxford Economic Papers, vol. 22 (1970), S. 73 ff.

Tabelle 19: Ergebnisse der Korrelationsberechnungen

Beziehungen	Korrelationskoeffizient r	
	Alle Länder aus Tab. I (Stat. Anhang)	ohne Länder der (a) und (b) Gruppe aus Tab. 12
$\frac{\Delta wG}{wG} t-1$ mit $\frac{\Delta wP}{wP} t$	0,17	
t t	0,49 ^{a)}	
$\frac{\Delta wG}{wG} t-1$ mit $\frac{\Delta Ia}{Ia} t$	-0,05	0,28
t t	0,10	0,04
$\frac{\Delta wG}{wG} t-1$ mit $\frac{\Delta Ib}{Ib} t$	-0,29	-0,38
t t	0,22	0,39 ^{b)}
$\frac{\Delta wP}{wP} t-1$ mit $\frac{\Delta Ia}{Ia} t$	-0,12	-0,62
t t	0,01	0,46 ^{c)}
$\frac{\Delta wP}{wP} t-1$ mit $\frac{\Delta Ib}{Ib} t$	-0,04	-0,13
t t	-0,27	0,15
$\frac{\Delta Ia}{Ia} t-1$ mit $\frac{\Delta Yr}{Yr} t$	0,17	0,37 ^{d)}
t t	0,58 ^{h)}	0,59 ^{e)}
$\frac{\Delta Ib}{Ib} t-1$ mit $\frac{\Delta Yr}{Yr} t$	0,19	0,09
t t	0,14	0,24 ^{f)}
$\frac{\Delta wG}{wG} t-1$ mit $\frac{\Delta Yr}{Yr} t$	-0,05	-0,001
t t	0,04	-0,08
$\frac{\Delta wP}{wP} t-1$ mit $\frac{\Delta Yr}{Yr} t$	-0,10	-0,29
t t	0,11	0,15
$\frac{\Delta Kr}{Kr} t$ mit $\frac{\Delta Yr}{Yr} t$	0,42 ⁱ⁾	0,37 ^{g)}

Zeichenerklärung zu Tab. 19:

wG: Wachstumsrate der Geldmenge

t: Rezessionsjahr

t-1: Vorjahr der Rezession

Demgemäß bedeutet: $-\frac{\Delta wG}{wG} t-1$ die Veränderung der Wachstumsrate der Geldmenge im Jahre vor der Rezession.

wP: Wachstumsrate des Preisindex

Ia: Anlageinvestitionen (real)

Ib: Bauinvestitionen (real)

Yr: Reales Sozialprodukt

Kr: Realer Konsum (privat)

Bezüglich näherer Angaben siehe Anmerkungen zur Tabelle I im Statistischen Anhang, die auch als Berechnungsgrundlage der Korrelationskoeffizienten gedient hat.

Anmerkungen:

- a) Wahrscheinlichkeit für das Zutreffen der Nullhypothese 1,4 %
- b) Wahrscheinlichkeit für das Zutreffen der Nullhypothese 15,6 %
- c) Wahrscheinlichkeit für das Zutreffen der Nullhypothese 8,6 %
- d) Wahrscheinlichkeit für das Zutreffen der Nullhypothese 19,4 %
- e) Wahrscheinlichkeit für das Zutreffen der Nullhypothese 1,6 %
- f) Wahrscheinlichkeit für das Zutreffen der Nullhypothese 32,2 %
- g) Wahrscheinlichkeit für das Zutreffen der Nullhypothese 13,9 %
- h) Wahrscheinlichkeit für das Zutreffen der Nullhypothese 0,2 %
- i) Wahrscheinlichkeit für das Zutreffen der Nullhypothese 2,9 %

und realisierten Gewinne in gleicher Richtung beeinflußt. Es ist zwar möglich, daß, wie später auszuführen sein wird, die Profite trotz Zunahme der Inflation abnehmen, demgegenüber ist jedoch die Wahrscheinlichkeit rückläufiger Gewinnerwartungen, die sich stark auf die Investitionsneigung auswirken, bei restriktiver Geldpolitik und sinkenden Inflationsraten sicherlich gleich hoch, wenn nicht höher.

Aus den Untersuchungen (siehe Tab. 19) geht zunächst hervor, daß die Anzahl der unseren Hypothesen entsprechenden, aussagefähigen Koeffizienten zunimmt, wenn man die Fälle, die bei der Analyse der Exportabhängigkeit der Rezession als im wesentlichen durch den Export bestimmt festgestellt worden waren (Gruppe a und b aus Tabelle 12), aus der Untersuchung ausscheidet. Diese Verbesserung der Ergebnisse läßt darauf schließen, daß die Investitionen von zwei verschiedenen Kombinationen von Einflußfaktoren abhängig sind, von denen jeweils eine Gruppe überwiegt, entweder der Außenhandel oder inländische Faktoren wie Preisentwicklung oder Geldpolitik.

Entsprechend unseren Hypothesen wäre nun eine Trennung der Investitionen in Bauinvestitionen auf der einen und Anlageinvestitionen auf der anderen Seite nötig. Leider ist das statistische Material nicht ergiebig genug, um diese Unterscheidung in allen Fällen durchführen zu können. So wurde als Ia (siehe Tabelle 19) manchmal auch die Bruttoinvestition (teilweise einschließlich Lagerinvestition) verwendet. Da auch bei den Bauinvestitionen in der Statistik große Lücken klaffen, wurde häufig auf Hilfsgrößen ausgewichen (Zahl der Baugenehmigungen, genehmigte Baufläche), deren Aussagekraft bezüglich der tatsächlichen Entwicklung beschränkt ist. Bei der Bewertung der Ergebnisse sind diese statistischen Mängel selbstverständlich zu berücksichtigen.

Die Geldmengenentwicklung scheint hauptsächlich auf die Bauinvestitionen eingewirkt zu haben. Eine solche positive Beziehung wurde ausschließlich für das Rezessionsjahr festgestellt. Wirkungsverzögerungen traten, wenn man von den Anlageinvestitionen absieht, die nur bei einjährigem Lag einen höheren positiven Korrelationskoeffizienten aufweisen, nicht auf.

Ähnliches gilt für die Beziehung Preisentwicklung-Investitionen. Hier sind besonders die Anlageinvestitionen zu nennen, die einen relativ engen Zusammenhang mit den Änderungen der Preisentwicklung besaßen. Die Preisentwicklung scheint jedoch auf die Bauinvestitionen im Rezessionsjahr keinen bedeutenden Einfluß gehabt zu haben.

d. Der Einfluß makroökonomischer Größen auf die Stärke der Rezession

Bau- und Anlageinvestitionen, deren Abhängigkeit von Preis- und Geldmengenentwicklung im vorangegangenen Abschnitt festgestellt worden ist, scheinen entsprechend den Ergebnissen der Korrelationsanalyse eine relativ große Bedeutung für die Stärke der Rezession gehabt zu haben.

Es ist wiederum bemerkenswert, daß ohne die Fälle der Gruppen (a) und (b) aus Tabelle 12, deren Rezessionen hauptsächlich außenhandelsbedingt waren, im allgemeinen die Ergebnisse verbessert wurden. Das spricht für die Richtigkeit der Unterscheidung in außenhandels- und von der inländischen Investitionsneigung abhängige Konjunkturzyklen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß auch bei den exportinduzierten Rezessionen, hier aber durch mittelbare Wirkungen (sinkende Exporteinkommen und abnehmende Importkapazität), die Investitionen zurückgehen, es also eine wenn auch lockerere Verbindung gibt. Die aus diesem Abschnitt hervor-

gehende Beziehung zwischen Investitionsabnahme und Rezession kann jedoch von den Strukturalisten dann nicht mehr erklärt werden, wenn, wie in ungefähr der Hälfte der Fälle, der Export gestiegen ist.

Den Korrelationskoeffizienten zufolge war die Beziehung zum Sozialprodukt bei den Anlageinvestitionen enger als bei den Bauinvestitionen. Nach unseren theoretischen Ausführungen wäre das Umgekehrte zu erwarten gewesen, da angenommen wurde, daß hauptsächlich der Bausektor als beherrschender Zweig der Investitionsgüterbranche Konjunkturschwankungen erzeugt, während die übrigen Investitionsgüterindustrien, die zum Teil erst im Aufbau stehen, zwar in ähnlicher Weise, doch bedingt durch ihren noch geringen Umfang mit geringerer Kraft auf die Konjunktur einwirken.

Aus Tabelle 20 ist jedoch zu entnehmen, daß der Anteil der Investitionsgüterindustrien (außerhalb des Bausektors) am Sozialprodukt in vielen Entwicklungsländern schon einen beachtlichen Umfang erreicht hat, wenngleich der Anteil des Bausektors noch allgemein (außer Spanien, Portugal, Venezuela), jedoch teilweise nicht mehr allzu stark, darüber liegt.

Die engere Beziehung zwischen Anlageinvestitionen und Sozialprodukt kann also in der Weise erklärt werden, daß einerseits die tatsächlich vorgelegene Investitionsneigung durch die Anlageinvestitionen (die ja zum Teil mangels ausreichender Statistiken Bau- und sogar Lagerinvestitionen mit umfassen) besser beschrieben wird, als durch die Statistik der Bauinvestitionen, wo auf weniger aussagefähige Behelfskonstruktionen ausgewichen werden mußte, andererseits aber auch bereits in gewissem Ausmaß Investitionsgüterindustrien bestanden, so daß ein Rückgang der Investitionsneigung sich auch hier bereits negativ bemerkbar machen konnte.

Tabelle 20: Der Anteil der Investitionsgüterindustrien und des Bau-sektors am Sozialprodukt 1963

	Anteil der Investi- tionsgüterindu- strien (in %)	Anteil des Bau- sektors (in %)
Burma	0,6	1,2
Chile	4,1	5,9
Dominik. Rep.	0,4	4,0
Ecuador	0,8	3,7
El Salvador	0,7	2,8
Griechenland	2,8	6,7
Guatemala	0,5	1,6
Indonesien	0,5	1,6
Irak	0,8	2,3
Iran	3,3	3,7
Jamaica	1,6	10,2
Kolumbien	2,5	3,9
Malaysia	1,1	4,4
Mexico	3,4	3,6
Paraguay	1,5	2,3
Panama	1,7	5,9
Peru	1,7	4,2
Philippinen	2,9	3,7
Portugal	7,3	5,4
Puerto Rico	3,3	7,3
Spanien	6,2	5,2
Taiwan	1,8	3,7
Venezuela	2,0	1,5

Quelle:

Berechnet nach United Nations (Hrsg.), The Growth of World Industry, 1968 Edition Vol. I General Industrial Statistics, New York 1970, S. 396 - 399

United Nations (Hrsg.) Yearbook of National Accounts Statistics, 1968 Vol. I Individual Country Data, New York 1969

Es ist zu beachten, daß bereits die rückläufige Tendenz der Anlageinvestitionen im Jahr vor der Rezession einen Einfluß auf die Rezession besaß, was auf eine gewisse Wirkungsverzögerung des Rückgangs der Investitionsneigung zu Beginn des Abschwungs hindeutet.

Während Preis- und Geldmengenentwicklung keine deutliche Beziehung zum Sozialprodukt aufweisen, besteht ein Zusammenhang zwischen Konsum und Sozialprodukt. Allerdings ist diese Beziehung nicht so eng wie die zwischen Sozialprodukt und Investitionen. Der Korrelationskoeffizient zwischen Konsum und Sozialprodukt im Rezessionsjahr ist genauso hoch wie der Korrelationskoeffizient, der sich ergibt, wenn die Anlageinvestitionsentwicklung im Jahr vor der Rezession mit der Stärke der Rezession verglichen wird. Das bedeutet, daß die Investitionen für die Rezession die ausschlaggebende Rolle spielen, während der Konsum nur im Zuge des allgemeinen Einkommensrückgangs reduziert wird. Bezeichnenderweise stieg der Konsum, der sich in fast allen Fällen parallel zum Sozialprodukt entwickelte, im Jahr vor der Rezession noch allgemein an, während jedoch die Investitionen zum Teil schon rückläufig waren. Bezieht man auch die exportbedingten Rezessionen in die Berechnung der Korrelation ein, so steigt der Koeffizient beträchtlich. Der Konsum dürfte demnach bei außenhandelsinduzierten Rezessionen eine größere Rolle spielen. Bei der niedrigen Sparneigung in Entwicklungsländern war zu erwarten, daß ein Rückgang der Exporteinkommen zunächst einen sehr starken Einfluß auf den Konsum haben würde.

3. Die Überprüfung der Thesen von Mamalakis anhand der Entwicklung in Chile

Bei der empirischen Überprüfung seiner Hypothesen anhand der Periode 1940 - 1958 in Chile setzte Mamalakis¹⁾ die Bauinvestitionen (in % der Gesamtinvestitionen) zunächst in Abhängigkeit von

1) Vgl. Mamalakis, a.a.O., S. 106 ff. bezüglich der folgenden Ausführungen.

der Importkapazität (Mc) der drei Vorjahre, dem gegenwärtigen Realzins (R_b) und dem Realzins zweier Vorjahre sowie dem Realprofit von Alternativinvestitionen in Gold und Devisen (R_{qf}) in der Gegenwart und den beiden vorangegangenen Jahren. Der multiple Korrelationskoeffizient steigt, wenn die Bauinvestitionen von Maschinen- und Ausrüstungsinvestitionen getrennt werden und wenn statt der Maschinen- und Ausrüstungsinvestitionen nur Bauinvestitionen einbezogen werden. Außerdem besteht eine positive Beziehung zwischen der Importkapazität (in 6-1 und 1-2) und den Maschinen- und Ausrüstungsinvestitionen, während bei den Bauinvestitionen diese Beziehung negativ ist. Das entspricht den Hypothesen von Mamalakis in ähnlicher Weise wie die Tatsache, daß alle Vorzeichen der Zinsparameter und 4 Parameter bei R_{qf} negativ sind. Dieses Ergebnis bedeutet nämlich, daß bei Zinsreduktion oder bei Rückgang der Profite alternativer Investitionen sowie bei Importengpässen (hier hauptsächlich des vorangegangenen Jahres $t-1$) die Bauinvestitionen zunehmen. Die einzig signifikante Variable jedoch ist $Mc\ t-1$.

In einem weiteren Test der Periode 1940-1952 stehen der abhängigen Variablen Bauinvestitionen (IB_t) die folgenden unabhängigen Variablen gegenüber:

Realprofite im Bauwesen (P_{ct}), reales Pro-Kopf-Einkommen (Y_t), reale Pro-Kopf-Löhne im Bauwesen (w_t), reale Mieteinnahmen (R_{yt}) sowie $Mc\ (t-1)$, R_{bt} , R_{qt} , R_{ft} und $R_q\ (t-2)$ und die Bevölkerung.

Während beim ersten Test der multiple Korrelationskoeffizient $R^2 = 0,836$ berechnet wurde, war beim zweiten Test ein Koeffizient $R^2 = 0,965$ das Ergebnis. Eine direkte Vergleichbarkeit beider Koeffizienten ist nicht gegeben, da die Untersuchungsperiode differiert und die Bauinvestitionen unterschiedlich definiert wurden.

Folgende Variable konnten u. a. beim zweiten Test als insignifikant ausgeschieden werden: die Bevölkerung, die sogar in negativer Beziehung zu den Bauinvestitionen steht, was der Stagnationsthese von Keynes und Hansen widerspricht, Rqf, die zumindest negativ wirkten, was im Einklang mit Mamalakis' Thesen steht und der Reallohn im Bauwesen, der außerdem auch zu den Realprofiten im Bauwesen keine feststellbare Beziehung aufwies.

Die besten Resultate wurden beim Test der folgenden Funktion erzielt:

$$IBt = F(Pct, Yt, Ryt, Rbt)$$

Die Gleichung lautet:

$$IBt = -495,02 + 5,357 Pct + 81,348 Yt + 0,032 Ryt - 8,615 Rbt$$
$$R^2 = 0,894$$

Alle Variablen der obigen Funktion sind signifikant (insbesondere Pct), bei der ex post Prognose wurde in neun von zwölf Jahren die Änderungsrichtung der Bauinvestitionen richtig vorhergesagt. Die beherrschende Rolle der Pct bedeutet, daß die Bauinvestitionen hauptsächlich durch die dort realisierten Gewinne bestimmt werden, während alternative Gewinnchancen (Rbt) diese Beziehung stören können.

Der positive Zusammenhang zwischen Ryt und IBt kann so erklärt werden, daß hohe Mieten die Bauinvestitionen steigern und umgekehrt hohe Bauinvestitionen durch mehr Mietshäuser die Mieteinnahmen vermehren.

Die enge positive Beziehung zwischen Yt und den Bauinvestitionen ist jedoch wahrscheinlich anders als in der Funktion angenommen. Es ist anzunehmen, daß die Schwankungen der Bauinvestitionen die Schwankungen des Volkseinkommens bestimmen.

Da Mamalakis feststellte, daß die Preissteigerungen die Profite (also auch Pct) nur temporär erhöhten (sie sanken wieder trotz Inflation, wenn zuviel neue Unternehmer in den Bausektor drängten)¹⁾, kann davon ausgegangen werden, daß in Chile zumindest in der Untersuchungsperiode 1940-52 durch starke Geldmengenexpansion über Preissteigerungen Profit- und Outputschwankungen im Bauwesen und Schwankungen des Sozialprodukts erzeugt wurden. Wenn das Instrument Geldmengenexpansion (anstatt zeitlich begrenzt in der Rezession) ständig angewendet wird, kann es Rezessionen nicht verhindern, da aus oben genannten Gründen die Profite dennoch sinken werden. Eine verspätete Reduktion der Inflationsraten erhöht die Rezessionsgefahr. Diese Erfahrung wurde insbesondere in der Mitte der fünfziger Jahre gemacht, als die Inflationsraten sowie deren Schwankungen sehr hoch waren. Durch verspätete Restriktion kann aber auch eine bereits entstandene Rezession verschärft werden (1948)²⁾.

Mamalakis fiel auf, daß eine milde Inflation mit einem langen Boom und einer kurzen Rezession, eine starke Inflation aber mit einem kurzen, steilen Boom und einer langen Rezession verbunden war³⁾. Geht man davon aus, daß im ersten Fall die Wirtschaftsstruktur nicht so stark durch Disproportionalitäten verzerrt wird, da die Preissteigerungen noch relativ niedrig bleiben, so ist dieses von Mamalakis beobachtete Phänomen erklärbar.

In Fortführung der Untersuchung von Mamalakis kann für die sech-

1) Vgl. Mamalakis, a.a.O., S. 99. Trotz zunehmender Inflationierung sanken 1941 und 1947 die Durchschnittsverdienste der Bauunternehmer bei gleichzeitig starkem Zustrom neuer Unternehmer.

2) Vgl. ebenda, S. 87. Mamalakis stellte außerdem fest, daß zwischen Wachstum und Inflation keine stabile Beziehung bestand, da immer höhere Inflationsraten nötig waren, um bei den aufeinanderfolgenden Bauzyklen ein jeweils gleiches Niveau zu erreichen (vgl. ebenda, S. 101 f.).

3) Vgl. ebenda, S. 100.

ziger Jahre in Chile eine seinen Hypothesen zumindest nicht widersprechende Entwicklung festgestellt werden. Während die Preise bis 1962 relativ stabil sind, beginnt 1963 eine starke Inflation, die die Baupreise und Baukosten in die Höhe treibt¹⁾. Obwohl 1964 die Inflation noch zunimmt geht die Bautätigkeit, die in den vorangegangenen Jahren steil angestiegen war, bereits leicht zurück²⁾. Sie stagniert 1965, wobei 1965-66 eine geringfügige Abschwächung der Inflation erreicht wird³⁾. Diese verspätete Restriktion erzeugt endgültig einen Rückgang der Bauten 1966-67, der ein Verlangsamten des Wirtschaftswachstums 1967-68 nach sich zieht⁴⁾.

Der empirische Sachverhalt legt nahe, mit Mamalakis die starke Inflation, die in den vergangenen drei Jahrzehnten mit wenigen Unterbrechungen in Chile geherrscht hat, als Ursache der dortigen Rezessionen und Wachstumsschwankungen zu bezeichnen. Während eine Beibehaltung hoher Inflationsraten Rezessionen nicht verhindern konnte, wurde die Rezessionsgefahr durch die Stabilisierungspolitik verstärkt, die bedingt durch die Tatsache, daß sie nur bei übermäßigen Preissteigerungen politisch durchsetzbar war⁵⁾, stets verspätet eingeleitet wurde.

1) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderbericht Chile, Stuttgart und Mainz 1970, S. 153.

2) Vgl. ebenda, S. 163.

3) Vgl. ebenda, S. 70.

4) Vgl. ebenda, S. 163 und 74.

5) Vgl. Davis, T. E., Inflation and Stabilization Programs: The Chilean Experience, in: Inflation and Growth in Latin America (Baer und Kerstenetzky, Hrsg.), Homewood 1964, S. 363. Pearson, L. B. (Partners in Development, New York, Washington, London 1969, S. 254) stellte fest, daß "occasional deflationary measures, when price rises became excessive, were soon abandoned when the economy slackened."

4. Zusammenfassung

Wenngleich die Zahl der untersuchten Fälle sowie die Qualität des zur Verfügung gestandenen statistischen Materials die Aussagefähigkeit der Ergebnisse unserer Querschnittsanalyse beeinträchtigen, so kann doch davon ausgegangen werden, daß die Investitionstätigkeit, die durch Geldmengen- und Preisentwicklung stark beeinflusst wurde, eine große Bedeutung für die Entstehung der Rezessionen in relativ vielen Entwicklungsländern gehabt hat.

Die Zeitreihenanalyse der Entwicklung in Chile, die zur Ergänzung unserer vorangegangenen Untersuchungen angeführt wurde, hat ebenfalls ergeben, daß durch instabile Preisentwicklung hervorgerufene Schwankungen der Profite und Profiterwartungen über dadurch bedingte Variationen der Investitionstätigkeit (hier insbesondere auf dem Bausektor) Konjunkturzyklen erzeugt werden können.

Bemerkenswert erscheint, daß von den Ländern, die während der Untersuchungsperiode eine stete Aufwärtsentwicklung des Sozialprodukts erlebten (Costa Rica, Ecuador, Iran, Jamaika, Panama, Peru, Philippinen, Portugal, Puerto Rico, Taiwan, Venezuela)¹⁾, kein Land einer starken längerfristigen Inflationierung ausgesetzt gewesen ist²⁾, während Länder, die starke Preissteigerungen erfahren haben (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Uruguay) ausnahmslos starke Konjunkturrückschläge hinnehmen mußten. Ein Fehlen solcher enormer Preissteigerungen alleine kann jedoch Konjunkturrückschläge nicht verhindern, da auch schon bei geringeren Inflationsraten mittelfristig Disproportionalitäten entstehen. Dies hängt jedoch von der individuellen Einstellung der Wirtschaftssubjekte in den einzelnen Ländern zum Inflationsphänomen ab.

1) Vgl. Tabelle 2.

2) Vgl. IFS, Supplement 1965/66.

- E. Die Möglichkeit einer rationalen Konjunkturpolitik in Entwicklungsländern
- I. Konjunkturpolitische Schlußfolgerungen aufgrund der empirisch überprüften Theorien
- 1. Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Bekämpfung außenhandelsinduzierter Rezessionen

Wird die Konjunktur durch den Außenhandel bestimmt, was für eine Gruppe von Entwicklungsländern zutrifft, so ist eine prophylaktische Konjunkturpolitik sehr schwierig, da annahmegemäß die Rezessionsursachen außerhalb des Einflußbereichs der konjunkturpolitischen Instanzen des betreffenden Entwicklungslandes liegen.

Das Entwicklungsland hat kurzfristig nur die Möglichkeit, auf konjunkturelle Einflüsse von außen kompensierend zu reagieren. Hierzu ist zunächst eine ausreichende Devisenreserve nötig, um den Import kurzfristig von der Güterexport- und Kapitalimportentwicklung unabhängig zu machen.

Weiterhin ist es wichtig, daß die Schwankungen der Einkommen der Exportindustrie vermindert werden. Beides ist dadurch zu erreichen, daß bei expansiver Nachfrage, steigendem Einkommen und hohen Exportpreisen ein Teil der durch gleichfalls steigende Steuern abgeschöpften Deviseneinnahmen eingefroren wird. Hierdurch wird die Expansion der Geldmenge, die von Devisenzuflüssen ausgeht, teilweise verhindert. Sinkt der Export, so kann der Einkommensausfall der Exportindustrie dadurch ausgeglichen werden, daß der Staat

Subventionen gibt und notfalls unverkäufliche Produkte auf Lager nimmt¹⁾. Die staatlich eingelagerten Exportwaren sind bei starker Exportnachfrage zu verkaufen, wodurch die Devisenreserven erhöht werden. Voraussetzung ist hier jedoch, daß die Produkte lagerfähig sind, bzw. durch Weiterverarbeitung im Lande lagerfähig gemacht werden und außerdem Lagermöglichkeiten bestehen.

Eine solche Politik könnte dadurch ergänzt werden, daß der Staat versucht, Exportschwankungen durch antizyklische Investitionspolitik zu kompensieren²⁾. Dies setzt aber hohe Devisenreserven voraus, außerdem wird hierdurch nur eine destabilisierende Komponente der Exportschwankungen ausgeglichen: die durch die Schwankungen der Exporterlöse hervorgerufene Instabilität der Importe und der Investitionsentwicklung. Die Schwankungen der Einkommen in der Exportindustrie bleiben bestehen.

Die allgemeine Problematik nationaler Stabilisierungsmethoden, wie sie ähnlich durch die westafrikanischen Marketing Boards prak-

-
- 1) Macbean, A. J. (Export Instability and Economic Development, London 1966, S. 232) entwarf hierzu ein Schema, nach dem alle Exportgeschäfte über eine Stelle der Zentralbank laufen. Die Exporteure erhalten nur einen Teil der Erlöse ausgezahlt, je nachdem wie stark die normalen Schwankungen des Exports sind. Bei Saisonende, wenn der Gesamterlös des Exports des jeweiligen Gutes feststeht, wird im Vergleich mit einer Exportnorm (hier der Durchschnitt der letzten drei Erntejahre) festgelegt, wie groß die Exportsteuer bzw. Exportsubvention des laufenden Jahres sein soll. Dieser Betrag wird dann bei der Auszahlung der einbehaltenen Erlöse berücksichtigt.
- 2) Vgl. Kitamura und Yang, Domestic Stability and Development, a.a.O., S. 327 und Prebisch, Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer, a.a.O., S. 56.

tiziert wurden¹⁾, besteht hauptsächlich darin, daß einerseits der langfristige Preistrend, an dem sich der Politiker orientieren muß, falsch vorhergesagt wird und andererseits politische Schwierigkeiten entstehen, wenn Gewinne aus steigenden Exportpreisen durch fiskalische Maßnahmen abgeschöpft und mit dem vagen Versprechen bei der Notenbank eingefroren werden, daß bei Exportrückgängen mit diesen Mitteln die Nachfrage gestärkt werden würde²⁾.

Ähnlich argumentiert Haberler³⁾ im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Stabilisierung prozyklischer Schwankungen der terms of trade.

-
- 1) Vgl. hierzu Bauer, P. T. und Paish, F. W., The Reduction of Fluctuations in the Incomes of Primary Producers, in: The Economic Journal, Vol. LXII (1952), S. 755 ff. sowie die nachfolgende Diskussion mit Beiträgen von: P. Hill, Fluctuations in Incomes of Primary Producers, in: The Economic Journal, Vol. LXIII (1953), S. 468 ff., Ady, P., Fluctuation in Incomes of Primary Producers: A Comment, in: The Economic Journal, Vol. LXIII (1953), S. 594 ff., Friedmann, M., The Reduction of Fluctuations in the Incomes of Primary Producers: A Critical Comment, in: The Economic Journal, Vol. LXIV (1954), S. 698 ff., Bauer, P. T. und Paish, F. W., The Reduction of Fluctuations in the Incomes of Primary Producers Further Considered, in: The Economic Journal, Vol. LXIV (1954), S. 704 ff., Niculescu, B. M., Fluctuations in Incomes of Primary Producers: Further Comment, in: The Economic Journal, Vol. LXIV (1954), S. 730 ff.
 - 2) Vgl. Wallich, H. C., Stabilization of Proceeds from Raw Material Exports, in: Economic Development for Latin America (Ellis, H. S. und Wallich, H. C., Hrsg.), London 1962, S. 356. Ein Marketing Board kann eventuell als unabhängige Institution politischem Druck bei der Surplusbildung eher standhalten als die Regierung, während jedoch fraglich ist, ob er bereit ist, wenn nötig ein Defizit zu machen, das die in den Vorperioden angesammelten Überschüsse übersteigt (vgl. Goode, R., Lent, G. E. und Ojha, P. D., Role of Export Taxes in Developing Countries, in: IMF Staff Papers, Vol. XIII (1966), S. 471 ff.).
 - 3) Vgl. Haberler, Terms of Trade, a.a.O., S. 292 ff. Nachdem die Industriestaaten kleinere Rezessionen offensichtlich nicht verhindern können, besteht für Entwicklungsländer die durch Interessenkonflikte und Prognoseprobleme erschwerte Aufgabe durch antizyklische Politik mittels "Buffer Stocks" u. ä. die Exporteinkünfte zu stabilisieren.

Auf dem Gebiet der nationalen Stabilisierung tritt nun das Problem auf, ob nur über exportsteuerliche Maßnahmen¹⁾ oder mehr über Einkommens- und Verbrauchssteuern Stabilisierungspolitik betrieben werden soll. Nurkse²⁾ ist der Meinung, daß steuerliche Maßnahmen, die alle Wirtschaftssubjekte treffen (z.B. Verbrauchssteuern), einer reinen Besteuerung des Exports zum Ausgleich der durch Exportschwankungen auftretenden Schwankungen des Volkseinkommens vorzuziehen sind. Im Exportboom würden also z.B. die Verbrauchssteuern angehoben, in der Exportkrise würden sie gesenkt. Durch ein solches Vorgehen könnte vermieden werden, daß die im Exportboom auftretenden hohen Gewinne der Exportindustrien durch erhöhte Exportsteuern abgeschöpft werden. Diese Gewinne sind nach Nurkse nämlich nötig, um zu einer Erhöhung der Produktion der Exportindustrien anzureizen. Diese Produktionssteigerung würde zu einer Maximierung der Deviseneinkünfte führen.

Das ist jedoch sehr schwierig, da die Angebotselastizität der zu meist landwirtschaftlichen Produkte nur mittel- oder langfristig groß ist, so daß eine optimale Anpassung an die Schwankungen der Exportnachfrage häufig nicht gelingt³⁾. Kafka⁴⁾ wirft Nurkse vor, daß er die mögliche Verwendung einer variablen Exportsteuer zur Vermeidung langfristiger Zyklen der Über- und Unterproduktion übersehen hat. Bauer und Paish⁵⁾ kritisieren den Vorschlag von Nurkse, weil sie der Meinung sind, daß er ein paradoxes Resultat ergibt: Die Gesamtwirtschaft wird durch Steuerzunahmen belastet,

1) Vgl. Rothwell, K. J., Taxes on Exports in Underdeveloped Countries, in: Public Finance, Vol. 18 (1963), S. 322.

2) Vgl. Nurkse, Trade Fluctuations and Buffer Policies of Low-Income Countries, a.a.O., S. 150 f.

3) Vgl. Macbean, Export Instability, a.a.O., S. 224 f.

4) Vgl. Kafka, A., The Elasticity of Export Supply, in: The Southern Economic Journal, Vol. XXXII (1966), S. 352.

5) Vgl. Bauer, P. T. und Paish, F.W., Comments on Professor Nurkse's Paper, in: Kyklos, Vol. XI (1958), S. 176.

wenn die Exportindustrie prosperiert und Steuererleichterungen werden durchgeführt, wenn es ihr schlecht geht. Diese Politik muß durch ihre Ungerechtigkeit zu sozialen Spannungen führen.

Staley¹⁾ hat von einer anderen Seite Skepsis bezüglich der Anwendung variabler Exportsteuern als Stabilisierungsinstrument geäußert. Er glaubt, daß solche Steuererhöhungen im Exportboom auf die Abnehmer überwältzt werden. Es kommt darauf an, ob alle Entwicklungsländer, die das gleiche Produkt exportieren, eine solche Exportsteuer erheben. Dann ist eine Überwälzung durchaus möglich. Jedoch besteht (im Gegensatz zur Steuerüberwälzung im Inland) keine die Überwälzung ermöglichende Nachfragesteigerung durch Vorfinanzierung der Steuererträge mittels Kreditschöpfung²⁾,

Trotz der vielen ungelösten Probleme auf dem Gebiet der nationalen Exportstabilisierungspolitik scheint ein Vorgehen auf nationaler Ebene immer noch besser zu sein, als das Warten auf wirksame internationale Vereinbarungen³⁾.

Die bestehenden Regelungen zur internationalen Stabilisierung der Exporterlöse der rohstoffherzeugenden Länder (insbesondere der Entwicklungsländer) sollen nun kurz erörtert werden. Internationale Stabilisierungspolitik kann in Form internationaler Warenabkommen, die mit Buffer Stocks, Quotenvereinbarungen und multilateralen langfristigen Verträgen in der Hauptsache die Preise stabilisieren möchten, aber auch mittels internationaler Ausgleichsfinanzie-

1) Vgl. Staley, C. E., Export Taxes in Ceylon, 1948-52, in: Public Finance, Vol. XIV (1959), S. 249 ff.

2) Vgl. Recktenwald, H. C., Steuerüberwälzungslehre, 2. Aufl., Berlin 1966, S. 92.

3) Vgl. Wallich, Stabilization of Proceeds from Raw Material Exports, a.a.O., S. 344 f. und 356.

rung, durch die weder Preise noch Mengen stabilisiert, sondern ein Rückgang der Exporterlöse zumindest teilweise kompensiert werden soll, betrieben werden¹⁾.

Internationale Institutionen zur Stabilisierung der Exporteinkünfte dienen in der Hauptsache dazu, Exportrückgänge der Vergangenheit zu kompensieren, nicht aber antizyklische Maßnahmen durchzusetzen, durch die die Exportentwicklung entlang eines mittelfristigen Trends über Jahre hinweg relativ stabil gehalten wird²⁾. In ähnlicher Weise war zum Beispiel das Internationale Kaffeeabkommen nur dazu bestimmt, die Preise zu stützen³⁾.

Diese Unzulänglichkeiten sind wahrscheinlich wie bei den nationalen Stabilisierungsmethoden auf zu schwache politische Position und mangelhafte Prognoseverfahren der wirtschaftspolitischen Instanzen zurückzuführen.

Das Prognoseproblem taucht also stets auf, ob man nun auf nationaler Ebene durch staatliche Subventions- und Steuerpolitik oder auf internationaler Ebene durch Buffer Stocks etc. Stabilisierungspolitik betreiben will⁴⁾. Der Versuch, eine Norm zu finden, an der politische Entscheidungen orientiert werden können, wurde bereits

1) Vgl. Macbean (Export Instability, a.a.O., S. 265-321), der einen kritischen Überblick über die vorgeschlagenen Methoden gibt. Vgl. auch Lovasy, G., Survey and Appraisal of Proposed Schemes of Compensatory Financing, in: IMF Staff Papers, Vol. XII (1965), S. 189-223.

2) Vgl. Lovasy, Survey and Appraisal, a.a.O., S. 189 ff. und Mikesell, R. F., International Commodity Stabilization Schemes and the Export Problems of Developing Countries, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 53, 2 (1963), S. 83.

3) Vgl. Macbean, Export Instability, a.a.O., S. 292.

4) Vgl. Fleming, M., Rhomberg, R. und Boissonneault, L., Export Norms and Their Role in Compensatory Financing, in: IMF Staff Papers, Vol. X (1963), S. 97.

unternommen¹⁾. Eine solche bewegliche Norm muß den mittelfristigen Trend zum Ausdruck bringen. Sie darf außerdem nur solche Abweichungen der tatsächlichen Exportnachfrage nach oben und unten erlauben, die sich in einer relativ kurzen Periode ausgleichen²⁾.

Die von Fleming und anderen in der zitierten Untersuchung vorgeschlagenen Exportnormen sind problematisch, weil ausschließlich Vergangenheitswerte extrapoliert werden und eine ausführliche Analyse der unabhängigen Variablen des Exports der Entwicklungsländer unterblieb.

Da das Prognoseproblem mangels hinreichend überprüfter Hypothesen bezüglich der Entwicklung der unabhängigen Variablen des Exports der Entwicklungsländer ungelöst bleiben wird, ist die Unsicherheit bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen heute noch groß. Es sind nur Vermutungen über den Trend der Nachfrage nach den Exportprodukten der Entwicklungsländer möglich. Manche erwarten eine langfristige Verschlechterung³⁾, die in erster Linie durch das Engelsche Gesetz erklärt wird. Die Tendenz, nach der in den Industrieländern die Outputstruktur dergestalt variiert wird, daß die chemische Industrie, der Maschinenbau und andere wenig importintensive Branchen auf Kosten der Textilindustrie und anderer importintensiver Bereiche sehr hohe Zuwachsraten aufweisen, ist

1) Vgl. Fleming, M., Rhomberg und Boissonneault, a.a.O., S. 97 ff., vgl. auch Macbean, Export Instability, a.a.O., S. 232.

2) Vgl. Fleming, Rhomberg, Boissonneault, a.a.O., S. 98.

3) Vgl. Singer, H. W., The Distribution of Gains Between Investing and Borrowing Countries, in: The American Economic Review, Vol. XL, 2, Papers and Proceedings (1950), S. 478, Myint, H., The Gains From International Trade and the Backward Countries, in: The Review of Economic Studies, Vol. XXII (1954/55), S. 141, Attalah, M., The Long-Term Movement of the Terms of Trade Between Agricultural and Industrial Products, Rotterdam 1958, S. 74, Triantis, S. G., Economic Progress, Occupational Redistribution and International Terms of Trade, in: The Economic Journal, Vol. LXIII (1953), S. 636 f.

zum Teil ähnlich durch das Engelsche Gesetz erklärbar, wie die Tatsache, daß die Industrieländer bezüglich ihrer notleidenden Agrarproduktion einen stärkeren Protektionismus ausüben müssen, als bei der industriellen Produktion. Der gleichzeitig auftretende technische Fortschritt reduziert den Input an Urprodukten bei der Produktion und ersetzt zusätzlich Urprodukte durch synthetische Erzeugnisse. Alle diese Faktoren¹⁾ wirken negativ auf die Exportnachfrage der Entwicklungsländer ein.

Andere Autoren wiederum erwarten eine positive Entwicklung der Nachfrage nach den Exportgütern der Entwicklungsländer²⁾. Sie belegen diese Hypothese mit der steigenden Nachfrage nach Urprodukten, die durch die Bevölkerungsentwicklung und die Industrialisierung der Entwicklungsländer sowie das starke Wachstum der Industrieländer hervorgerufen wird.

Die produktbezogene internationale Stabilisierungspolitik war wegen der theoretischen und politischen Probleme selten erfolgreich³⁾. Macbean konnte sogar bei keinem der existierenden internationalen Warenabkommen (Zinn, Weizen, Zucker, Kaffee) effektive Stabilisierungserfolge feststellen⁴⁾. Das oben zitierte von Macbean vorgeschlagene nationale Stabilisierungsschema wäre zwar theoretisch in der Lage gewesen, die durchschnittlichen jährlichen Schwankun-

1) Vgl. Maizels, A., *Industrial Growth and World Trade*, Cambridge 1963, S. 113.

2) Vgl. Clark, C., *The Conditions of Economic Progress*, 3. Aufl., London 1957, S. 14, Audrey, A., *The Long-Term Future of US Imports and its Implications for Primary Producing Countries*, in: *The American Economic Review*, Vol. XLV (1955), S. 270, Mikesell, R., *Economic Doctrines Reflected in UN Reports*, in: *The American Economic Review*, Vol. XLIV (1954), S. 579.

3) Vgl. Geer, T., *The Postwar Tin Agreements: a Case of Success in Price Stabilization of Primary Commodities?* in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 106. Jg. (1970), S. 219.

4) Vgl. Macbean, *Export Instability*, a.a.O., S. 281-293.

gen des Einkommens der Kakaoerzeuger in Ghana im Zeitraum 1950/51 bis 1960/61 von 21 % auf 10 % zu reduzieren¹⁾, den praktischen Nachweis der Wirksamkeit seines Schemas muß Macbean aber schuldig bleiben.

Langfristig kann ein Entwicklungsland, dessen Konjunktur durch die Instabilität des Exports bedingt ist, versuchen, durch verstärkte gütermäßige Diversifikation²⁾ und durch Verringerung der traditionellen ländermäßigen Konzentration konjunkturell unabhängiger zu werden. Ein wichtiger Weg zu diesem Ziel ist, wie wir bei der empirischen Überprüfung der Außenhandelshypothese gesehen haben, die Industrialisierung, durch die einerseits die gütermäßige Diversifikation und hierüber eventuell mittels Erschließung neuer Märkte auch die ländermäßige Konzentration modifiziert und andererseits mit dem Ausbau einer eigenen Kapitalgüterindustrie die Abhängigkeit der Investitionen vom Import verringert wird³⁾.

2. Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Abschwächung von Stabilisierungskrisen

Mit zunehmender Industrialisierung wächst für Entwicklungsländer die Gefahr, daß Konjunkturzyklen nach traditionellem Muster im

-
- 1) Vgl. Macbean, Export Instability, a.a.O., S. 233.
 - 2) Wallich (Stabilization of Proceeds from Raw Material Exports, a.a.O., S. 348) sieht auch in der Diversifikation einen Weg zur Lösung des Problems außenhandelsbedingter Instabilität.
 - 3) Vgl. Prebisch, Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer, a.a.O., S. 55. Prebischs These, zunehmende Industrialisierung führe nur dann zu geringerem Auftreten exogener Schwankungen, wenn der Exportanteil am Sozialprodukt stark zurückgeht, kann hier nicht zugestimmt werden, da Industrieländer oft ebenfalls exportintensiv sind und man hier selten von ausschließlich außenhandelsbestimmten Konjunkturschwankungen spricht. Außerdem haben wir bereits festgestellt, daß eine leichte Tendenz geringerer Exportintensität mit zunehmendem Pro-Kopf-Einkommen besteht, während Prebisch einen solchen Zusammenhang verneint.

Lande selbst entstehen¹⁾.

Solche Konjunkturzyklen haben den Vorteil, daß ihre Ursachen durch die inländische Konjunkturpolitik bekämpft werden können. Die Grundlage einer solchen Politik muß stets ein rechtzeitiger restriktiver Eingriff sein, durch den der Aufschwung so abgebremst wird, daß die langfristig realisierbare Wachstumsrate erreicht wird²⁾. Hierbei darf nicht (wie so häufig in entwickelten und unterentwickelten Ländern) ein Tiefststand der Devisenreserven und auch nicht die Preisentwicklung das Zeichen zum Eingriff geben, sondern es muß auf die Frühindikatoren, wie Zahl der offenen Stellen, Zahl der Arbeitslosen, Auftragsbestände, wage drift etc. geachtet werden, durch die sich eine Überhitzung der Konjunktur und somit der Zeitpunkt für bremsende Maßnahmen rechtzeitig ankündigt. Voraussetzung ist hier zunächst ein Ausbau der Statistik.

Soll eine derartige Politik erfolgreich sein, so bedarf sie in einer inflationären Umwelt der außenwirtschaftlichen Absicherung durch flexible Wechselkurse³⁾, wie sie von einigen Entwicklungsländern (z.B. Peru) bereits mit Erfolg praktiziert wurden⁴⁾. Flexible Wechselkurse haben zudem den positiven Nebeneffekt, daß durch sie die entwicklungshemmende Überbewertung der Währung sowie die den

1) Auch Prebisch sieht diese Möglichkeit (vgl. Prebisch, Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer, a.a.O., S. 55).

2) Vgl. Dürr, Wirkungsanalyse, a.a.O., S. 13.

3) Vgl. L. Köllner, Die Inflationsgefahr in Entwicklungsländern als Problem der Währungs- und Finanzpolitik, Baden-Baden, Bonn 1965, S. 140.

4) Vgl. hierzu die Untersuchungen von Manke, A. (Die Problematik des Systems der freien Wechselkurse unter Berücksichtigung beispielhafter Erfahrungen, Diss. Mannheim 1968), Lau, C. (Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer, a.a.O.) und Tsiang, S. C. (An Experiment with a flexible Exchange Rate System; The Case of Peru 1950 - 54, in: IMF Staff Papers, Vol. V (1956/57), S. 449 ff.).

Außenhandel beeinträchtigende Wirkung multipler Wechselkurse vermieden werden¹⁾. Weiter gilt es als erwiesen, daß die Überbewertung der Währung häufig zu wettbewerbsschädigender Devisenbewirtschaftung führt.²⁾

Die Konjunkturpolitik der Entwicklungsländer kann freilich erst dann nach den oben ausgeführten Prinzipien konzipiert werden, wenn die häufig bestehende starke Inflation beseitigt worden ist. Hierzu ist eine Änderung der Preiserwartungen nötig, die wiederum allein durch eine schnelle und drastische Reduktion der Inflationsraten erreicht werden kann³⁾.

Die Stabilisierung sollte mittels einer allgemeinen Nachfrageeinschränkung durch restriktive Geld- und Fiskalpolitik und nicht allein über eine Verringerung des Realeinkommens der Arbeitnehmer erreicht werden, da dies aus sozialen Gründen nicht zu verantworten ist. Außerdem führt ein solches Vorgehen zu sozialen Unruhen, die Kapitalflucht zur Folge haben⁴⁾.

1) Vgl. Sammons, R., Paneldiscussion, in: Inflation and Growth in Latin America (W. Baer und I. Kerstenetzky, Hrsg.), Homewood 1964, S. 493 - 496.

2) Vgl. Krämer, Kapitalflucht, a.a.O., S. 65 f. und Dorrance, The Effect of Inflation, a.a.O., S. 68.

3) Vgl. Dorrance, The Effect of Inflation, a.a.O., S. 67 und Lutz, F. A., Paneldiscussion, in: Inflation and Growth in Latin America (Baer und Kerstenetzky, Hrsg.), Homewood 1964, S. 484 f. Lutz führt hierzu das Beispiel der Stabilisierung der starken italienischen Inflation im Jahre 1947 an als auch nur durch "Schocktherapie", die für eine dynamische Wirtschaft kein allzu großes Problem darstellt, eine Beruhigung der Preisentwicklung herbeigeführt werden konnte. Uri, P., Kaldor, N., Ruggles, R., Triffin, R. (A Monetary Policy for Latin America, New York, Washington, London 1968, S. 83) meinen ebenfalls, daß starke Preissteigerungen ohne Schockbehandlung kaum zu beseitigen sind.

4) Vgl. Uri, Kaldor, Ruggles, Triffin, a.a.O., S. 88.

Die einer solchen Stabilisierung nachfolgende Krise, die durch die Umschichtung der an die Inflation angepaßten Wirtschaftsstruktur gewöhnlich entsteht (z.B. insbesondere Rezession in Chile, Brasilien, Argentinien, Bolivien, Griechenland und Spanien), kann durch gezielte Investitionsförderung des Staates¹⁾ bei gleichzeitiger Reduktion des staatlichen Konsums (Verringerung des aufgeblähten Beamtenapparats) erreicht werden. Mit einer solchen Politik werden die Schwierigkeiten beim Übergang zu einer Wirtschaft mit stabilen Preisen reduziert, ohne daß neue inflationäre Impulse geschaffen werden.

Da bei effizienter Stabilisierungspolitik mit Auflösung der spekulativen Läger und Rückgang der Einkommensgeschwindigkeit des Geldes zu rechnen ist, würde kurzfristig sogar Deficitspending bei sonst stark restriktiver Geldpolitik möglich sein, ohne daß die Preise wieder steigen²⁾. Wichtig ist, daß der Stabilitätswillen der Regierung der Bevölkerung gegenüber glaubhaft vertreten und dieser feste Standpunkt durch konkrete Maßnahmen gestützt wird, so daß das allgemeine Vertrauen zur Stabilität der Währung wieder zunimmt³⁾. Wenn auf diese Weise Preisstabilität erreicht worden ist, muß vor allen Dingen dafür gesorgt werden, daß in der Zukunft die Quellen der Inflation verschlossen bleiben.

Hierzu können ähnlich wie bei der Stabilisierung selbst teilweise die traditionellen Instrumente der Notenbank verwendet werden.

1) Hier bieten sich Investitionen mit kurzer Reifezeit (Konsumgüterindustrie) an, durch die das Angebot schnell erhöht und so ebenfalls der Preisentwicklung entgegengewirkt werden kann (vgl. Uri, Kaldor, Ruggles, Triffin, a.a.O., S. 85).

2) Diese Hypothesen lassen sich aus den italienischen Erfahrungen 1947/48 ableiten (vgl. Lutz, Paneldiscussion, a.a.O., S. 484).

3) Vgl. Uri, Kaldor, Ruggles, Triffin, a.a.O., S. 85.

Es ist jedoch zu beachten, daß die Diskontpolitik wegen der überschüssigen Liquidität der Geschäftsbanken meist nicht auf deren Zinsen durchschlägt¹⁾. Andererseits wird die Diskontpolitik durch Diskontsatzdifferenzierung (bis zu 10 verschiedene Sätze z.B. in Kolumbien und Costa Rica) oft als Instrument sektoraler Investitionslenkung mißbraucht²⁾.

Die Offenmarktpolitik ist meistens nicht anwendbar, da kein ausreichender Kapitalmarkt besteht³⁾, so daß nur noch die Mindestreservpolitik, die in verschiedenen Entwicklungsländern bereits praktiziert wird⁴⁾, erfolversprechend zu sein scheint. Hier ist wiederum zu berücksichtigen, daß die Banken häufig sehr große Überschußreserven halten⁵⁾, die zudem variabel sind⁶⁾. Außerdem sollte die Erfüllung der Reserveverpflichtung möglichst an einem Stichtag geprüft werden, da sonst die Gefahr besteht, daß die Banken Reserven untereinander ausleihen⁷⁾.

Die Anwendung von Kreditplafonds empfiehlt sich nicht, weil hierdurch der Bankenwettbewerb beseitigt wird und die Effektivität dieser Maßnahmen besonders bei unfähiger Verwaltung sehr fraglich ist⁸⁾.

-
- 1) Vgl. Bloomfield, A., Monetary Policy in Underdeveloped Countries, in: Public Policy (C. Friedrich und S. Harris, Hrsg.), Cambridge (Mass.) 1956, S. 241 und 253.
 - 2) Vgl. Basu, S. K., Central Banking in the Emerging Countries, A Study of African Experiments, London 1967, S. 125 ff, und Jaramillo, R., Central Bank Discount Rates, in: IMF Staff Papers, Vol. XIII (1966), S. 117 f.
 - 3) Vgl. Basu, Central Banking, a.a.O., S. 111 f. und Dorrance, G. S., The Instruments of Monetary Policy in Countries without Highly Developed-Capital Markets, in: IMF Staff Papers, Vol. XII (1965), S. 275.
 - 4) Vgl. Basu, Central Banking, a.a.O., S. 113.
 - 5) Vgl. Bloomfield, Monetary Policy, a.a.O., S. 256.
 - 6) Vgl. Ahrendorf, J. und Kanesathasan, S., Variations in the Money Multiplier and their Implications for Central Banking, in: IMF Staff Papers, Vol. VIII (1960/61), S. 126 ff.
 - 7) Vgl. Goode, R., Thorne, R. S., Variable Reserve Requirements Against Commercial Bank Deposits, in: IMF Staff Papers, Vol. VII (1959/60), S. 43.
 - 8) Vgl. Dorrance, G. S. und White, W. H., Alternative Forms of Monetary Ceilings for Stabilization Purposes, in: IMF Staff Papers, Vol. IX (1962), S. 326.

Das in einigen Entwicklungsländern praktizierte Instrument der Vorausdepositen für Importe, bei dem prospektive Importeure einen Teil oder sogar ein Vielfaches der Importsumme bei der Notenbank in bar hinterlegen müssen, kann temporär eine restriktive geldpolitische und eine importdämpfende Wirkung haben¹⁾. Eine Reduktion der Importe ist jedoch dann unwahrscheinlich, wenn bei Inflation die Kreditkosten für die Vorausdepositen nicht mehr abschrecken können und selektive Kreditpolitik schwer durchführbar ist²⁾. Die verbleibende restriktive Wirkung bezüglich der verfügbaren Kreditmenge wird zum Teil dadurch vereitelt, daß der Staat die Vorausdepositen nicht stilllegt, sondern zur Finanzierung seines Defizits verwendet. Ähnliche Schwierigkeiten entstehen, wenn bei zusätzlicher Einführung von Importkontingenten der Import stark sinkt, was eine partielle Rückzahlung der Vorausdepositen erforderlich macht³⁾. Das Instrument der Vorausdepositen für Importe wird aus den genannten Gründen allgemein mit großer Skepsis betrachtet⁴⁾.

Unter all diesen Instrumenten wird die Mindestreservpolitik einen zentralen Platz in der Geldpolitik der Entwicklungsländer einnehmen müssen. Da in vielen Entwicklungsländern eine enge Kreditbeziehung zwischen Notenbank und Geschäftsbanken besteht, kann die

1) Vgl. Ahrens Dorf, J., Central Bank Policies and Inflation (A Case Study of Four Less-Developed Economies 1949 - 57), in: IMF Staff Papers, Vol. VII (1959/60), S. 283.

Ahrens Dorf hält dieses Instrument jedoch nur für einen Notbehelf.

2) Vgl. Patel, I. G., Selective Credit Controls in Underdeveloped Countries, in: IMF Staff Papers, Vol. IV (1954/55), S. 81 f.

3) Vgl. Birnbaum, E. A. und Qureshi, M. A., Advance Deposit Requirements for Imports, in: IMF Staff Papers, Vol. VIII (1960/61), S. 124 f.

4) Gegenüber dieser weitverbreiteten und wissenschaftlich belegten Skepsis erscheint die optimistische Einstellung zu den Vorausdepositen für Importe, die J. O. W. Olakanpo (Monetary Management in Dependent Economies, in: Economica, New Series, Vol. XXVIII (1961)) bekundet, unverständlich.

Mindestreservpolitik derart ergänzt werden, daß diese Kredite antizyklisch variiert werden¹⁾. Eine solche Politik entspräche ungefähr der Offenmarktpolitik der Industrieländer.

Die Mindestreservpolitik muß außerdem durch eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik des Staates begleitet werden, so daß eine unkontrollierte Expansion der Zentralbankgeldmenge durch staatliche Defizite unterbleibt. Dies kann nur erreicht werden, wenn die unabhängige Stellung der Notenbank politisch und rechtlich gesichert ist. Das Ziel sollte eine Finanzpolitik sein, durch die Ausgaben und Einnahmen in der Weise antizyklisch beeinflußt werden, daß im Aufschwung Überschüsse angesammelt werden, die bei nachlassender Wirtschaftstätigkeit zur Stützung der Nachfrage eingesetzt werden können. Die Durchsetzung einer solchen streng antizyklischen Finanzpolitik dürfte jedoch in Entwicklungsländern mit einer Vielzahl dringender Investitionsvorhaben und meist schwachen Regierungen besonders schwierig sein, so daß man wahrscheinlich hauptsächlich auf die mehr indirekt wirkende Geldpolitik einer unabhängigen Notenbank zurückgreifen muß.

Die Geldpolitik ist jedoch in der Zukunft zu ergänzen, denn wegen der auch in den Entwicklungsländern immer häufiger auftretenden Geldsubstitute wird eine allgemeine Liquiditätspolitik nach der Liquiditätstheorie des Geldes nötig²⁾, um sicherzustellen, daß die zu Beginn dieses Abschnitts geforderte rechtzeitige Bremsung der

1) Vgl. Dorrance, The Instruments of Monetary Policy, a.a.O., S. 276 und 278 f.

2) In einigen Entwicklungsländern (Chile, Peru, Rhodesien) wurden bereits Kontrollen der Ratenzahlungsbedingungen eingeführt (vgl. Cairncross, A. K., Factors in Economic Development, London 1962, S. 166). Villanueva, J. (The Inflationary Process in Argentina 1943 - 1960, 2nd. Ed., 1966 (o.O.), S. 23) führt die mangelhafte geldpolitische Kontrolle der Notenbank in Argentinien zum Teil auf Kreditvermittler zurück, die durch restriktive Geldpolitik nicht tangiert werden.

Konjunktur nicht durch Wirkungsverzögerungen, die durch das Auftreten von Geldsubstituten bedingt sind, verhindert wird¹⁾.

II. Probleme der praktischen Durchführbarkeit von konjunkturpolitischen Maßnahmen in Entwicklungsländern

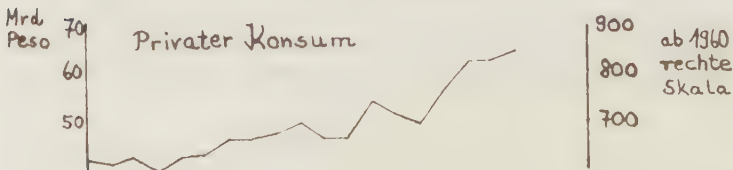
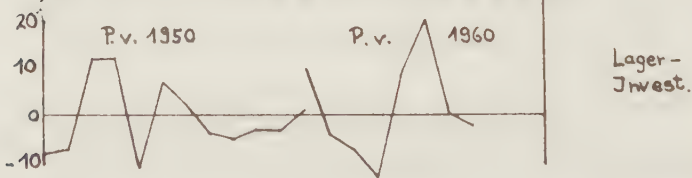
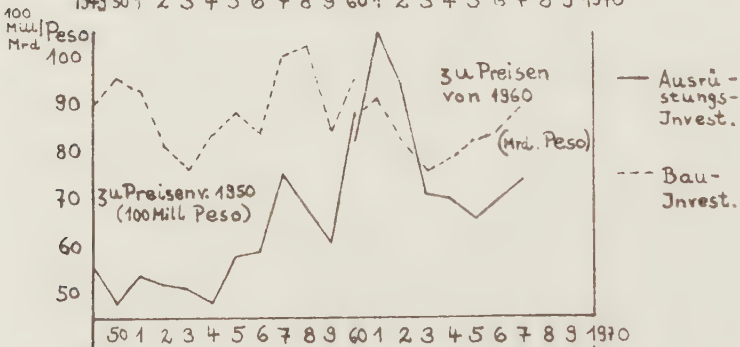
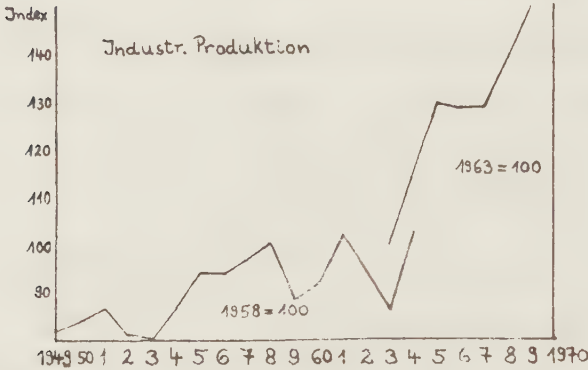
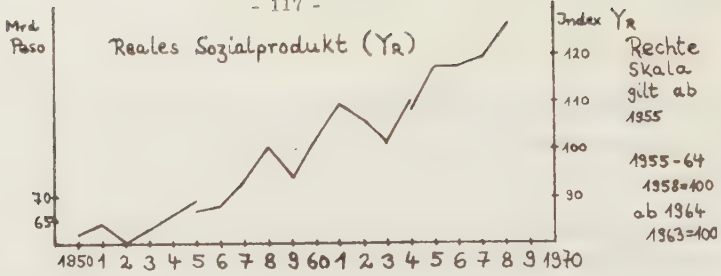
1. Konjunkturpolitik in Argentinien von 1950 - 1969

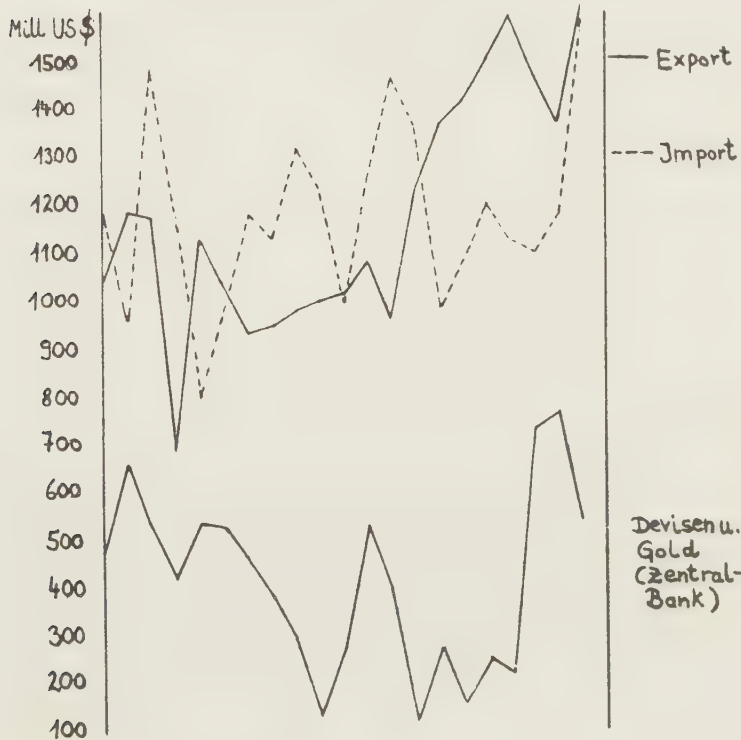
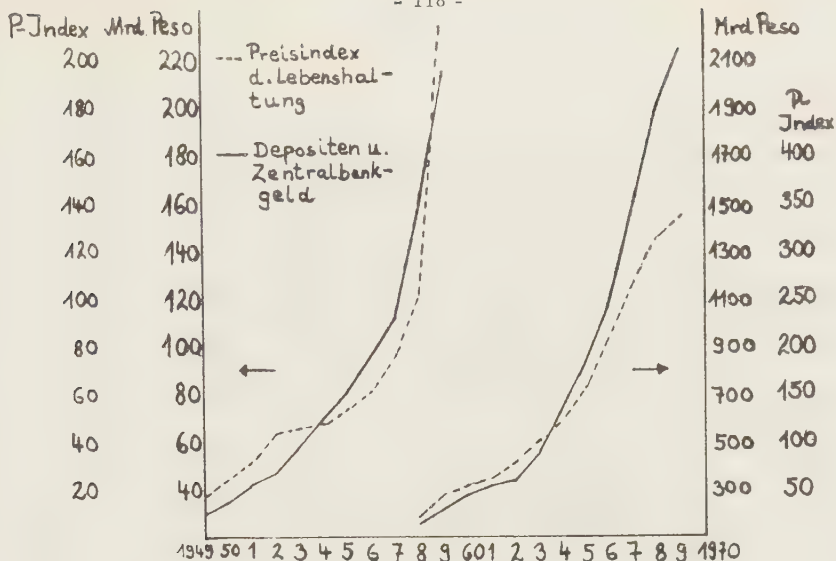
Anhand des Beispiels Argentinien soll nun gezeigt werden, in welchem Ausmaß in einem Entwicklungsland Konjunkturpolitik betrieben wurde und inwieweit diese Konjunkturpolitik auf einer theoretischen Grundlage basierte. Es wird sich erweisen, daß die im vorausgegangenen Kapitel ausgeführten Richtlinien einer rationalen Konjunkturpolitik im Vergleich mit der Wirklichkeit der Entwicklungsländer zum großen Teil fast utopisch sind.

Aus der graphischen Darstellung der Entwicklung der konjunkturellen Indikatoren Argentinien auf den folgenden Seiten läßt sich ersehen, daß im wesentlichen 4 Rezessionen aufgetreten sind. Nämlich 1952, 1959, 1962/63 und 1966. Diese Rezessionen waren durch Rückgang des realen Sozialprodukts (bzw. Stagnation 1966), Rückgang der industriellen Produktion, der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen (außer 1966, als nur die Ausrüstungsinvestitionen und diese bereits 1965 sanken), der Lagerinvestitionen und des privaten Konsums (1965 nur Stagnation) gekennzeichnet. Eine derartige Aneinanderreihung einzelner relativ ausgeprägter Konjunkturzyklen war, verglichen mit der Konjunkturentwicklung der anderen Entwicklungsländer, einmalig.

Es ist daher sicherlich interessant, zu untersuchen, welche Konjunkturpolitik in Argentinien während dieses Zeitabschnitts betrieben wurde.

1) Vgl. Dürr, Wirkungsanalyse, a.a.O., S. 46 ff.





Quellen:

Sozialprodukt: United Nations (Hrsg.),
Economic Survey of Latin America 1955, New York
1956, S. 11.

Statistical Yearbook 1965, New York 1966

Statistical Yearbook 1970, New York 1971

Industrielle Produktion, Geldmenge (einschl. Giralgeld),
Preise (Lebenshaltung), Export, Import und Devisen:

International Monetary Fund, IFS,

Supplement 1965/66 und

Vol. XXIV (1971)

Investition und Konsum:

United Nations (Hrsg.),

Yearbook of National Accounts Statistics,

1958, New York 1959, S. 2 f.

1968, New York 1969, S. 5 ff.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.),

Länderberichte, Stuttgart und Mainz,

1958, S. 50

1964, S. 81 und 79

a. Die Periode 1950 - 1954

Die Jahre 1950 und 1951 waren durch steigende Industrieproduktion und ein relativ hohes Investitionsniveau insbesondere auf dem Gebiet der Bau- und Lagerinvestitionen gekennzeichnet. Gleichzeitig traten beträchtliche Preissteigerungen auf, die durch eine zunehmende Geldmengenexpansion hervorgerufen wurden. Der Steigerung der Industrieproduktion stand hauptsächlich 1951 eine starke Zunahme der Importe gegenüber, die hauptsächlich aus Rohstoffen bestanden, deren Preise wegen des durch die Koreakrise bedingten Lageraufstockungsbooms stark gestiegen waren¹⁾. Da die Exporte hinter der Entwicklung der Importe zurückblieben und die Kapitalimporte die Lücke nicht schließen konnten, sanken ab 1951 die Devisenreserven beträchtlich. Die Exportförderungspolitik der Regierung, die über eine Expansion der landwirtschaftlichen Produktion durch Kreditvergabe und Maschinenimporte (bes. 1952) die Zahlungsbilanzsituation verbessern sollte²⁾, war somit gescheitert. Zwar gelang es, 1950 die Importe zu senken, den Export zu steigern und dadurch die Devisenbestände zu erhöhen, 1951 kehrte sich jedoch die Entwicklung um, da die während der Koreakrise aufgetretene Lagerspekulation im Ausland zurückging und die inländische Nachfrage ständig zunahm. Das Jahr 1950 entsprach offensichtlich den offiziellen Zielvorstellungen der Notenbank³⁾, deren Hauptaugen-

-
- 1) Villanueva, J., *The Inflationary Process in Argentina 1943 - 1960*, a.a.O., S. 11 f.
 - 2) Vgl. ebenda, S. 11. Während des ersten 5-Jahres-Plans wurde durch Peron die Industrialisierung vorangetrieben, wobei die Landwirtschaft notwendigerweise benachteiligt werden mußte (vgl. ebenda, S. 4 ff. und Schneider, A., *Wohin führt Argentiniens Weg?* in: *Wirtschaftsdienst*, Heft 6 (1950), S. 42). Dies wirkte sich langfristig auf das Angebot exportfähiger Waren aus.
 - 3) Vgl. Villanueva, a.a.O., S. 12. Diese Zielvorstellungen stimmen mit der Meinung der Regierung überein, da die Notenbank seit 1949 vom Finanzministerium abhängig ist (vgl. ebenda, S. 8).

merk auf der Zahlungsbilanzsituation lag.

Nach außen hin ergab sich in den folgenden Jahren eine Änderung der Zielvorstellungen der Notenbank, da man nun vorgab, eine Zahlungsbilanzkrise in Kauf nehmen zu wollen, wenn dadurch eine Kontraktion der industriellen Produktion und der Beschäftigung vermieden werden könne¹⁾. Die Politik der Notenbank war jedoch nur anfänglich so angelegt, daß diesen offiziellen Verlautbarungen ein realer Gehalt hätte zugebilligt werden können.

Der Boom 1950 - 51 wurde keineswegs durch restriktive geldpolitische Maßnahmen begleitet. Die Wachstumsrate der Geldmenge stieg von jährlich 15,6 % auf 17,7 % bei gleichbleibenden Steigerungen des Preisniveaus von 33,3 %²⁾. Allein die Lohnpolitik wurde dazu verwendet, noch stärkere Preissteigerungen zu verhindern. Die realen Effektivlöhne sanken 1950 um 2,5 %, 1951 und 1952 um 10,6 bzw. 10,1 %³⁾. Das starke Nachhinken der Löhne hinter den Preissteigerungen war eventuell dadurch bedingt, daß ab 1950 die früher einjährigen Tarifverträge nun für jeweils 2 Jahre abgeschlossen werden mußten⁴⁾.

Die Tariflöhne sanken real in der Periode 1950 - 51 um 5,0 bzw. 18,7 %, also fast doppelt so stark wie die Effektivlöhne⁵⁾.

Eine solche Lohnpolitik mußte (besonders 1951) zu einer Gewinnexpansion und dadurch zu noch stärkerer Investitionstätigkeit und Anheizung des Booms führen.

1) Vgl. Villanueva, a.a.O., S. 12 f.

2) Berechnet nach IFS, Supplement 1965/66 (Lebenshaltungskostenindex und Geldmenge einschließlich Giralgeld).

3) Vgl. Villanueva, a.a.O., S. 76. Es handelt sich hierbei um die Stundenverdienste der Facharbeiter in der Industrie.

Die Beibehaltung der Reallohnreduktion von 1951 konnte allerdings die Rezession 1952 nicht verhindern.

4) Vgl. ebenda, S. 12.

5) Vgl. ebenda, S. 76.

Da nach offizieller Zielsetzung die Zahlungsbilanz nicht mehr Hauptaspekt der Konjunkturpolitik sein sollte, unterblieb 1951 eine Bremsung der Konjunktur, obwohl die Devisenreserven zurückgingen. Als jedoch 1952 der Export stark sank, was einerseits durch die Beendigung der Koreakrise und der damit verbundenen Lagerspekulation insbesondere in den USA und durch die Rezession in England und Schweden, andererseits durch die dürrebedingte Krise in der Landwirtschaft zu erklären ist, und selbst eine drastische Importreduktion den weiteren Rückgang der Devisenreserven nicht aufhalten konnte, wurden restriktive geldpolitische Maßnahmen ergriffen. Dies zeigt, daß die Zahlungsbilanz immer noch die zentrale Rolle im wirtschaftspolitischen Entscheidungskalkül spielte.

Die Wachstumsrate der Geldmenge sank von 17,7 auf 12,2 %. Gemäß den Erkenntnissen Friedmans wirkte sich diese geldpolitische Maßnahme erst 1953 mit einer einjährigen Verzögerung bremsend auf die Preisentwicklung aus¹⁾.

Zum Zeitpunkt des restriktiven Eingriffs war jedoch der Höhepunkt der Konjunktur bereits überschritten, weshalb diese Maßnahme auch eher in die Rezession als zur Konjunkturstabilisierung führen mußte. Die Disproportionalitäten in der Wirtschaftsstruktur, die in der inflationären Boomperiode entstanden waren, traten nun mit

1) Friedman, M. (The Supply of Money and Changes in Prices and Output, in: The Controversy over the Quantity Theory of Money, Boston 1965, S. 98) stellte bei restriktiver Geldpolitik einen Wirkungslag von 12 Monaten und bei expansiver Politik einen Lag von 16 Monaten fest. Dieser Lag wird durch die Liquiditätstheorie zu erklären versucht. Demnach treten bei restriktiver Geldpolitik Geldsubstitute an die Stelle von Geld und bei expansiver Geldpolitik Geld an die Stelle von Geldsubstituten, wodurch jeweils zeitweise die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erhöht bzw. verringert und damit geldpolitischen Maßnahmen die Wirksamkeit genommen wird (vgl. Dürr, Time lags der Geldpolitik, a.a.O., S. 142 f. Es handelt sich hierbei nur um den Outside lag).

der plötzlichen Änderung der Preiserwartungen zutage. Die Investitionen sanken (sogar relativ zum Sozialprodukt), was sich besonders durch den starken Rückgang der Bauinvestitionen über das Einkommen der in der Bauindustrie Beschäftigten auf die Konsumgüterindustrie negativ auswirkte. Der private Konsum ging insgesamt zurück. Der verspätete restriktive Eingriff führte in Verbindung mit der Krise im Außenhandel zu Unterauslastung der Kapazitäten und zu Unternehmenszusammenbrüchen¹⁾.

Ehlert weist noch auf eine besondere Ursache der Disproportionalitäten in der Wirtschaftsstruktur Argentinien hin. Wie bereits erwähnt, wurde in der Nachkriegszeit die Industrialisierung Argentinien gewaltsam vorangetrieben. "Daß bei diesen Bestrebungen sowohl von privater als auch von staatlicher Seite etwas über das Ziel normaler Wirtschaftlichkeit hinausgeschossen wurde, ist ... nicht allzu verwunderlich. Diese Fehler sind während des Konjunkturaufschwungs kaum in Erscheinung getreten. Nach dem Konjunkturumschwung seit der Beendigung der Koreakrise machen sie sich jedoch mit allen ihren wirtschaftlichen Folgen in stärkerem Maße bemerkbar. Während der "Industriekrise" des Jahres 1952 haben daher manche Neugründungen ihre Pforten wieder schließen müssen."²⁾

Dieser Hinweis von Ehlert macht deutlich, wie stark der destabilisierende Beitrag der staatlichen Entwicklungsplanung, die unter Peron eine große Bedeutung besaß, in der Rezession 1952 gewesen ist. Es ist jedoch zu beachten, daß wie in den meisten Entwicklungsländern auch in Argentinien ein gemischtes System, das planwirt-

1) Vgl. Villanueva, a.a.O., S. 14. Maynard (Maynard, G., Economic Development and The Price Level, London 1963, S. 264) stellte 50 % Kapazitätsauslastung in der Industrie fest.

2) Ehlert, F. O., Die staatlichen Industriebetriebe in Argentinien, in: Wirtschaftsdienst, Heft 8 (1954), S. 466.

schaftliche und marktwirtschaftliche Elemente enthält, vorlag. Fehlinvestitionen und Disproportionalitäten aufgrund falscher Entwicklungsplanung sowie aufgrund ungebremsster Hochkonjunktur konnten so gemeinsam auftreten. Während die rechtzeitige Bremsung der Hochkonjunktur theoretisch kein Problem darstellt, ist die Vermeidung falscher Entwicklungsplanung mangels gesicherter Theorien heute noch unmöglich.

Da im zweiten Fünfjahresplan, in dessen Planungsperiode die Rezession 1952 fällt, die Schwerindustrie ausgebaut werden sollte¹⁾, ist es leicht möglich, daß der Investitionsrückgang 1952/53 nicht nur die Bauindustrie, sondern auch bereits die eigene Schwerindustrie getroffen hat.

Die Finanzpolitik hat ebenfalls kaum etwas dazu beigetragen, die Rezession von 1952 zu vermeiden. Zwar wurde versucht, durch den seit 1950 konstant gestiegenen staatlichen Konsum die Instabilität des privaten Konsums auszugleichen, dies konnte jedoch niemals erfolgreich durchgeführt werden, da der staatliche Konsum nur ein Fünftel des privaten Konsums ausmacht²⁾. Im Gegensatz zum Konsum ging die öffentliche Bautätigkeit seit 1950 ständig zurück³⁾, die öffentlichen Bauinvestitionen betrugen 1949 4 Mrd. Peso und erreichten 1952 einen Tiefstand von 2,6 Mrd. Peso. Besser wäre es gewesen, wenn insbesondere gegen Ende des Booms der staatliche Konsum zurückgegangen wäre, um die freiwerdenden Mittel zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung auf dem Bausektor zu verwenden, ohne daß hierdurch zusätzlich inflationäre Impulse entstehen. Stattdessen sanken die Bauinvestitionen insgesamt bereits 1951, was bei noch zunehmender privater Bautätigkeit allein auf die öffentlichen Bauinvestitionen zurückzuführen ist. 1952 sanken

1) Vgl. Ehlert, Die staatlichen Industriebetriebe in Argentinien, a.a.O., S. 466.

2) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Argentinien, Stuttgart und Mainz 1958, S. 50.

3) Vgl. ebenda.

private und öffentliche Bauinvestitionen und erst 1953 verhinderte ein leichter Anstieg öffentlicher Bauten ein noch stärkeres Absinken der gesamten Bautätigkeit. Antizyklische Investitionspolitik des Staates ist also nur 1950 zu Beginn des Booms (Dämpfung der Baukonjunktur durch rückläufige Staatsbauten) und 1953 bei der Überwindung der Rezession zu bemerken.

Bei der staatlichen Defizitpolitik ist ebenfalls kaum antizyklisches Verhalten feststellbar. Das Haushaltsdefizit in Prozent des Sozialprodukts sank von 3,2 % 1950 auf 2,1 % 1951 und 1,9 % 1952¹⁾. Es wurde also zu spät begonnen, das Defizit abzubauen, wodurch einer Überhitzung der Konjunktur Vorschub geleistet wurde. In der Rezession 1952 wäre jedoch bereits ein größeres Defizit nötig gewesen, um die Wirtschaft wieder in die überdimensionierten Kapazitäten hineinwachsen zu lassen. Eine Vergrößerung des Defizits erschien jedoch 1952 noch nicht möglich, da bedingt durch den Wirkungslag der restriktiven Geldpolitik die Preissteigerungen nicht sofort verringert werden konnten und die Zahlungsbilanzsituation sehr problematisch erschien. Auch zur Wiedergewinnung des ausländischen Vertrauens, das besonders für die Stärkung des Kapitalimports wichtig ist, mag diese "Deflationspolitik" gedient haben. Eine Folge dieser Politik war, daß 1953 relative Preisstabilität erreicht wurde, was jedoch mit zu starkem Abbau der Läger führte, die während der Inflation spekulativ angehäuft worden waren. Die Investitionen und die Industrieproduktion gingen 1953 weiter zurück. Dies war sicherlich ausschlaggebend für die Entscheidung, 1953 endlich expansive Maßnahmen zu ergreifen. Da, bedingt durch eine Steigerung des Exports bei weiter rückläufigem Import 1953 die Devisenreserven wieder zunahmen, stand auch von seiten der Zahlungsbilanz einer solchen Politik nichts mehr im Wege. Das Wachstum der Geldmenge

1) Vgl. Villanueva, a.a.O., S. 8.

nahm spürbar zu, ohne daß sich dies jedoch zunächst bei den Preisen bemerkbar machte, die sogar noch 1954 relativ stabil blieben¹⁾.

1953 wurde offensichtlich bei stagnierender Industrieproduktion und relativ stabilen Preisen das Mehr an Geld hauptsächlich spekulativ gehalten, da bedingt durch die Unternehmenszusammenbrüche in der Rezession die Liquiditätsneigung des Publikums sehr stark gestiegen war. Erst als zögernd weitere expansive Maßnahmen hinzukamen, konnte sich die Wirtschaft 1954 erholen. 1953 wurde der Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen aufgehalten und 1954 sogar eine beträchtliche Steigerung erreicht²⁾. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen jedoch erstmals wieder 1955, die Lagerinvestitionen aber bereits 1954. Das Haushaltsdefizit erhöhte sich 1953 auf 2,4 % des Sozialprodukts (1952: 1,9 %) und 1954 sogar auf 4,6 %³⁾. Der Aufschwung wird begleitet durch steigende reale Effektivverdienste der Arbeiter⁴⁾.

b. Die Periode 1955 - 1960

Die konjunkturelle Entwicklung blieb in der Folgezeit weitgehend ungebremst, was ab 1955 zu ständig zunehmenden Preissteigerungen führte. Als im September 1955 Peron gestürzt wurde, entstand durch die Umstrukturierung der Regierung eine beträchtliche Unsicherheit bezüglich der künftigen Wirtschaftspolitik, wodurch die leichte Stagnation von 1956 größtenteils zu erklären sein dürfte. Die neuen Führer schafften offiziell die zentrale Planung ab, sie blieb jedoch in der Praxis weitgehend bestehen⁵⁾.

1) Wie Friedmann festgestellt hat, ist der Wirkungslag der expansiven Geldpolitik größer als der Lag der restriktiven Politik (vgl. Friedman, a.a.O., S. 98).

2) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte Argentinien, 1958, a.a.O., S. 50.

3) Vgl. Villanueva, a.a.O., S. 8.

4) Vgl. ebenda, S. 76.

5) Vgl. ebenda, S. 15.

1956 stellte Prebisch in dem nach ihm benannten Plan eine Liste mit Forderungen zur Stabilisierung des Landes auf. Hierunter befanden sich unter anderem die Forderungen, verschiedene Staatsunternehmen zu reprivatisieren, die Unabhängigkeit der Zentralbank wiederherzustellen, die Preiskontrollen, Subventionen und Devisenkontrollen abzuschaffen, der Weltbank und dem IMF beizutreten, für die Entwicklung unwichtige Importe stark zu beschränken, die Zahl der Beamten zu reduzieren und eine stabile Währung zu schaffen¹⁾.

Von diesen Forderungen betonte die neue Regierung insbesondere das Ziel Geldwertstabilität²⁾. Dies war jedoch, wie aus der Geldmenge- und Preisentwicklung leicht ersichtlich ist, nur ein Lippenbekenntnis. Keine der Forderungen Prebischs wurde wegen der schwachen innenpolitischen Position der Regierung im richtigen Ausmaß erfüllt, die meisten wurden überhaupt nicht beachtet³⁾.

Zwar vereinfachte und erleichterte man Ende 1955 die Devisenkontrollen und 1956 erfolgte der Beitritt zum IMF und zur Weltbank⁴⁾, aber schon im März 1957 wurde der Prebischplan vom damaligen Finanzminister Verrier ganz außer Kraft gesetzt⁵⁾. Er hatte es sich dennoch zum Ziel gesetzt, die aufgrund der im ungebremsen Aufschwung enorm gestiegenen Importe stark defizitäre Zahlungsbilanz

1) Vgl. Pendle, G., Argentina, 3. Aufl., London 1965, S. 149 sowie Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderkurzberichte, Argentinien, Stuttgart und Mainz 1969, S. 31.

2) Vgl. Herschel, F. J. und Itzcovich, S., Fiscal Policy in Argentina, in: Public Finance, 12. Jg. (1957), S. 224.

3) Vgl. Ehlert, F. O., Negative Bilanz der argentinischen Revolutionsregierung, in: Wirtschaftsdienst, Heft 5 (1957), S. 251 f. sowie derselbe, Politik und Wirtschaft in Argentinien seit dem Sturz Perons, in: Wirtschaftsdienst, Heft 8 (1956), S. 458 ff.

4) Vgl. Villanueva, a.a.O., S. 16 f.

5) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Argentinien, Stuttgart und Mainz 1964, S. 33. Allerdings wurde vom Nachfolger Verriers, Krieger-Vasena, der veränderte Prebischplaniedereingesetzt und die von Verrier vorgeschlagene Konsumeinschränkung und Freigabe des Wechselkurses abgelehnt.

auszugleichen, um dem Devisenschwund Einhalt zu gebieten sowie das Haushaltsdefizit zu reduzieren, das 1956 bereits 5,3 % des Sozialprodukts betrug¹⁾.

Um das Ziel Zahlungsbilanzausgleich zu erreichen, wurde 1957 eine restriktive Kreditpolitik begonnen, die jedoch fast völlig unwirksam war, da sie nur den privaten Sektor betraf und durch das ständig steigende Haushaltsdefizit des Staates, das von der Notenbank finanziert werden mußte, überkompensiert wurde. Zusätzlich stieg noch die Depositenumlaufgeschwindigkeit von 1,9 1956 auf 2,2 1957²⁾.

1958 wurde die Kreditpolitik auch auf dem privaten Sektor stark expansiv, wodurch sich die Wachstumsrate der Geldmenge um das 1 1/2 fache erhöhte. Die seit 1957 bestehende Mindestreserververpflichtung der Geschäftsbanken, die bei den Sichtdepositen auf 20 % und bei langfristigen Depositen auf 10 % sowie bei neuen Depositen auf 30 % Zentralbankgeld festgesetzt war, wurde Mitte 1958 wegen Liquiditätsschwierigkeiten der Banken dahingehend variiert, daß für neue Depositen zunächst nur noch 15 % und dann überhaupt keine Zentralbankgeldreserve mehr zu halten war³⁾.

Gegen das steigende Haushaltsdefizit, das durch laufende Ausgabensteigerungen der Regierung insbesondere zur Finanzierung der wenig rentablen Staatsunternehmen (Eisenbahn) erzeugt wurde und das von 1955 - 1958 wesentlich zur Expansion der Geldmenge beigetra-

-
- 1) Berechnet nach IFS, Supplement 1965/66 und Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Argentinien, Stuttgart und Mainz 1959, S. 41.
 - 2) United Nations (Hrsg.), Economic Survey of Latin America 1957, New York 1958, S. 119 f. Es war allerdings ein leichter Rückgang der Wachstumsrate der Geldmenge von 18,5 % (1956) auf 17,0 % (1957) bemerkbar (vgl. IFS, Supplement 1965/66).
 - 3) Vgl. United Nations (Hrsg.), Economic Survey of Latin America 1958, New York 1959, S. 98 f.

gen hat¹⁾, wurde nichts unternommen. Es stieg 1958 auf 9,6 % des Sozialprodukts²⁾. Nur durch eine rechtzeitige Reduktion dieses Defizits zu Beginn des Aufschwungs hätten die enormen Preissteigerungen und die damit verbundene Zahlungsbilanzmisere vermieden werden können. Offensichtlich ist es unmöglich, daß bei Aufgabe der Autonomie der Notenbank Politiker der Versuchung widerstehen, die Staatsausgaben durch die Notenbank zu finanzieren³⁾. Als sich Ende 1958 die Devisenreserven durch Kapitalflucht und Importüberschuß auf einen nur in der Rezession 1962 noch leicht übertroffenen Tiefststand befanden, wurde von Präsident Frondizi, der von IMF und den USA durch Kreditzusagen unterstützte Stabilisierungsplan verkündet⁴⁾.

Der Zeitpunkt für dieses Vorhaben war offensichtlich falsch gewählt. Bereits zu Beginn des Aufschwungs, spätestens jedoch zur Zeit des Prebischplans hätten Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen werden müssen. So jedoch wurde die Wirtschaftsstruktur an eine inflationäre Umwelt angepaßt. Dieser Prozeß führte allerdings nicht zu einem stabilen Gleichgewicht, was daran zu erkennen ist, daß 1958 bereits bei fortdauernder Geldmengenexpansion in der Wirtschaft Tendenzen zu bemerken sind, die darauf hindeuten, daß der z.T. gewinnbestimmte Zukunftsoptimismus der Unternehmer, der anfangs durch die laufend noch zunehmenden Preissteigerungen und die (bei hinter dem Sozialproduktwachstum zurückbleibender Lohnentwicklung) sinkende Lohnquote⁵⁾ gestärkt worden war, nun

1) Vgl. Villanueva, a.a.O., S. 16.

2) Berechnet nach United Nations (Hrsg.), Statistical Yearbook 1962, New York 1963, S. 558 und IFS, Supplement 1965/66.

3) Diese Haltung wird insbesondere dadurch offenbar, daß mit der Beseitigung der Autonomie der Notenbank 1949 vorsorglich gleichzeitig auch die Deckungssätze abgeschafft wurden (vgl. Villanueva, a.a.O., S. 8).

4) Vgl. Villanueva, a.a.O., S. 17 f. und Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderkurzberichte, Argentinien 1969, a.a.O., S. 31.

5) Vgl. Villanueva, a.a.O., S. 116.

trotz dieser weiterbestehenden Stimulantien Schaden genommen hat. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die bereits längerfristige Abnahme der Devisenreserve (seit 1955) erfahrungsgemäß auf die Dauer restriktive Maßnahmen unvermeidlich macht und so diesbezüglich negative Erwartungen der Unternehmer hervorgerufen werden. Ein Zeichen dieser mehr abwartenden Haltung der Unternehmer ist der starke Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen bereits 1958, durch den sich die Rezession von 1959 ankündigte.

Wenn auch bezüglich des Zeitpunkts der Stabilisierungsmaßnahmen Kritik am Stabilisierungsplan geäußert werden muß, so ist doch die theoretische Grundlage dieses Stabilisierungsprogramms als fortschrittlich zu bezeichnen. Mit ihm siegten die Monetaristen über die Strukturalisten, denn in diesem Programm kommt die Überzeugung zum Ausdruck, daß die strukturellen Ungleichgewichte durch die Inflation verursacht wurden und die Inflation nicht strukturbedingt ist¹⁾.

Das Ziel des Plans war, durch Gewinnanreize die Investitionstätigkeit anzuregen und hierdurch das Volkseinkommen zu steigern. Mittels Preisstabilisierung sollte die Kapitalflucht beseitigt und der Export erhöht werden²⁾.

Diese Ziele sollten durch folgende Maßnahmen erreicht werden³⁾:

(a) Geld- und Finanzpolitik: Die Geldmengenexpansion sollte gebremst werden, um hierdurch die starken Preissteigerungen zu reduzieren. Zwar wurde die restriktive Geldpolitik sofort Ende 1958 durch Erhöhung der Mindestreserven für neue Depositen auf

1) Vgl. Villanueva, a.a.O., S. 17. Ferrer, A. (The Argentine Economy, a.a.O., S. 192 ff. und 198 ff.) beschreibt den Standpunkt der Strukturalisten sehr ausführlich.

2) Vgl. Villanueva, a.a.O., S. 17.

3) Vgl. bezüglich der folgenden Ausführungen Villanueva, a.a.O., S. 18 ff. und United Nations (Hrsg.), Economic Survey of Latin America 1958, a.a.O., S. 104 - 106.

30 % eingeleitet, da durch Kredite des Staates bei der Notenbank die Bankenliquidität zu stark erhöht worden war. Eine leichte Bremsung der enormen Geldmengenexpansion von 41,8 % (1958) auf 34,6 % (1959)¹⁾ war jedoch das relativ unbedeutende Ergebnis dieser Maßnahme, da die Finanzpolitik kaum restriktiv war. 1960, als bereits der neue Aufschwung begann, stieg die Geldmenge zwar immer noch um 29,5 %, aber 1961 waren es nur noch 14,1 %. Trotzdem erhöhten sich die Preissteigerungsraten, die seit 1955 ständig gestiegen waren, 1959 noch einmal beträchtlich (1958: 31,6 %, 1959: 114,0 %) und erst 1960 erfolgte mit einjähriger Verzögerung eine Reduktion auf 27,1 %, die 1961 noch auf 13,6 % gebracht werden konnte. Die Halbierung der Preissteigerungsrate entspricht der Verringerung des Geldmengenwachstums, beides erfolgte jedoch erst drei Jahre nach Beginn des Stabilisierungsprogramms.

Um die Geldmengenexpansion zu bremsen, wurde neben der Mindestreserveerhöhung auch das staatliche Defizit nach und nach reduziert (1958: 9,6 % des Sozialprodukts, 1959: 7,1 %, 1960: 3,0 %, 1961: 2,2 %)²⁾, denn dieses Defizit wurde hauptsächlich aus Notenbankkrediten finanziert und erhöhte somit den Zentralbankgeldumlauf. Zur Verringerung des Defizits wurden die Steuern erhöht und die Zahl der Beamten verringert.

(b) Preispolitik: Preiskontrollen und Subventionen wurden weitgehend abgeschafft, um Engpässe und Fehlentwicklungen in der Angebotsstruktur zu beseitigen.

(c) Lohnpolitik: Es wurde verboten, Kredite zur Lohnfinanzierung zu vergeben, da über die hierdurch erzeugte Giralgeldschöpfung, abgesehen von der staatlichen Defizitpolitik, in der Vergangenheit starke Inflationsimpulse auf die Wirtschaft eingewirkt hatten. Gleichzeitig wurden auch Preisgleitklauseln in Lohnvereinbarungen verboten,

1) Berechnet nach IFS, Supplement 1965/66.

2) Berechnet nach IFS, Supplement 1965/66 und United Nations (Hrsg.), Statistical Yearbook 1962, a.a.O., S. 558.

da sie ebenfalls inflationierend gewirkt hatten. Da jedoch die Inflation vorerst nicht beseitigt werden konnte, sanken 1959 die Real-löhne um über 20 %¹⁾. Die daraufhin entstehenden Streiks wurden durch Militär unterdrückt. Die Arbeiter mußten somit wieder die größten Opfer für die Stabilisierung bringen. Die starke restriktive Wirkung der Lohnpolitik ist wahrscheinlich hauptsächlich auf das Verbot der Preisgleitklauseln zurückzuführen, da die oben beschriebenen selektiven kreditpolitischen Maßnahmen äußerst schwer durchzusetzen und zu kontrollieren sind.

(d) Außenhandelspolitik: Zunächst wurden flexible Wechselkurse eingeführt, die zunächst eine starke Abwertung, in der Folgezeit aber relativ stabile Kurse brachten. Die quantitativen Kontrollen und Importlizenzen wurden prinzipiell abgeschafft. Allerdings blieb eine Exportsteuer erhalten, um Abwertungsgewinne zu verhindern. Der Import bestimmter Güter, die im Lande selbst produziert werden (z. B. Häute, Fleisch, Wolle und Weizen), blieb durch Importsteuern und Advance Deposits²⁾ weiterhin beschränkt. Die Liberalisierung des Außenhandels und die Freigabe des Wechselkurses ergaben in den folgenden Jahren (außer 1961, als der Export durch einen dürrebedingten Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion geschwächt wurde) einen raschen Anstieg des Exports. Der Kapitalimport sollte dadurch gefördert werden, daß den Gewinn- und Kapitalrepatriierungen keine Hindernisse mehr entgegengestellt wurden.

Diese Maßnahmen brachten 1959 sogar erstmals seit 1953 wieder

1) Vgl. Villanueva, a.a.O., S. 76 und Bank of London and South America, Quarterly Review, Januar 1961, S. 113.

2) Hierunter versteht man ein System der Importrestriktion, bei dem ein bestimmter Teil des für die Importe benötigten Geldes im voraus bei der Notenbank deponiert werden muß. Häufig wird auch ein Vielfaches der Exportsumme einbehalten. Siehe hierzu auch die Ausführungen in Kapitel E I 2.

einen leichten Exportüberschuß und eine starke Zunahme der Devisenreserven durch Kapitalimporte (1959/60)¹⁾. Der bereits 1960/61 durch den Aufschwung entstandene Importüberschuß führte 1961, als die Exporte vorübergehend zurückgingen, zu einer Senkung der Devisenreserven, die durch einen Rückgang der Kapitalimporte verstärkt wurde.

Die direkte Folge der verspäteten Stabilisierung war entsprechend den Erfahrungen in der vorangegangenen Rezession auch 1959 ein Rückgang von Produktion, Investition und Konsum²⁾. Da die staatliche Bautätigkeit, die seit 1954 stagnierte, wenn nicht sogar rückläufig war, ab 1959 stark zunahm, konnte ein noch stärkerer Rückgang der Bauinvestitionen verhindert und das Wachstum dieser Investitionen 1960/61 verstärkt werden, was jedoch nur 1959/60 konjunkturpolitisch günstig war, da 1961 bereits Überhitzungstendenzen in der Wirtschaft bemerkbar waren.

c. Die Periode 1961 - 1966

1960/61 erlebte Argentinien als Folge der Liberalisierung der Wirtschaft einen starken Aufschwung, der mit hohen Wachstumsraten der Produktion und sehr starker Investitionstätigkeit (insbesondere auf dem Ausrüstungssektor) verbunden war. Leider gelang es erst 1962 die Wachstumsrate der Geldmenge auf ein vernünftiges Maß von 5,6 % zu reduzieren. Das zögernde Vorgehen der Wirtschaftspolitiker auf dem Gebiet der restriktiven Geldpolitik mag

-
- 1) 1960 stiegen bereits wieder die Entwicklungskredite des Auslandes, da bedingt durch die Stabilisierung das Vertrauen des Auslandes zugenommen hatte (vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Argentinien 1964, a.a.O., S. 33).
 - 2) "Industrial production was severely hit by the basic changes introduced in the first few months of stabilization." (Alemann, R. T., Monetary Stabilization in Latin America, in: The Journal of Finance, Volume XVI (1961), S. 174).

dadurch zu erklären sein, daß 1959/60 die Devisenreserven wieder gestiegen sind und daher ein schärferes Eingreifen überflüssig schien. Erst als 1961 und insbesondere 1962, die Reserven zurückgingen, fühlte man sich, allerdings zu spät, zu stärkeren Maßnahmen gezwungen.

Man muß, bei den allgemeinen Zielvorstellungen der argentinischen Wirtschaftspolitiker stets von einem übergeordneten Ziel Wirtschaftswachstum ausgehen. Dieses Ziel kann nach der Überzeugung der Politiker nur durch hohe Investitionen¹⁾, die wiederum hohe Importe nötig machen erreicht werden.

Da diese Importe mit Devisen bezahlt werden müssen, sind Zahlungsbilanzsituation und Devisenreserve Angelpunkt wirtschaftspolitischer Entscheidungsprozesse. Erst wenn als Folge mangelnder Preisstabilität Zahlungsbilanzkrisen entstehen, fühlt man sich gezwungen, restriktiv einzugreifen²⁾.

Berücksichtigt man dieses Verhaltensschema bei allen konjunkturpolitischen Maßnahmen, so konnte man ein Scheitern des Stabilisierungsplanes von vorneherein annehmen. Die noch 1960 von der Notenbank entsprechend den Hypothesen des Stabilisierungsplans vertretene Ansicht, Entwicklung und Stabilität seien komplementäre Ziele³⁾, dürfte damit, wie aus dem zögernden restriktiven Vorgehen zu entnehmen ist, wiederum nur ein Lippenbekenntnis gewesen

1) Es ist allerdings erwiesen, daß Investitionen zwar langfristig eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung hohen Wirtschaftswachstums sind (vgl. Dürr, E., Wachstumspolitisch relevante Ergebnisse der Wachstumstheorie, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Band 55 (1970), S. 3 ff.).

2) Dieses Verhalten zeigten die argentinischen Regierungen unter Peron und unter dessen Nachfolgern: "Governments ... were spurred to action not so much by the inflation itself as by its consequences in terms of balance of payments difficulties and foreign exchange bottlenecks." (Villanueva, a.a.O., S. 142).

3) Vgl. ebenda, S. 21.

sein. 1961 rückte die Notenbank von diesem Bekenntnis zur Stabilität ab, um ein wenig von der wirklich vorherrschenden Einstellung zu offenbaren. Man behauptete nun, daß Entwicklungsstimulation nötig sei, denn eine Priorität des Stabilitätsziels führe zur Stagnation¹⁾. Würde man dieser zweiten Behauptung Glauben schenken, so bleibt jedoch unverständlich, weshalb 1961 die restriktive Politik verstärkt und 1962 endlich der im Stabilisierungsplan bereits für 1959 vorgesehene scharfe restriktive Eingriff vorgenommen wurde, der nach dem weitgehend ungebremsten Aufschwung die tiefe Rezession 1962/63 hervorrief²⁾. Die Preissteigerungsrate, die sich 1962 gegenüber 1961 verdoppelte, wurde 1962 durch die Kürzung der Geldmengenwachstumsrate auf ein Drittel des Wertes von 1961 nicht tangiert, da durch Kreditvermittler die mittels Überbietung der Bankenzinsen Depositen der Banken anlockten und hierdurch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erhöhten, die Liquidität der Wirtschaft erweitert wurde, ohne daß die Notenbank etwas dagegen hätte unternehmen können, da diese Kreditvermittler nicht unter Zentralbankkontrolle standen³⁾.

"Das Jahr 1962 wird allgemein als das ernsteste Krisenjahr der letzten 30 Jahre bezeichnet. Die Regierung Frondizi wurde nach den Wahlen am 18. März vom Militär gestürzt. Nicht weniger als sechs Wirtschaftsminister lösten während des Jahres einander ab."⁴⁾ Im Mai 1962 wurde ein Notstandsprogramm eingesetzt. Die Lage sollte durch Aufschub der Zahlungen an öffentlich Bedienstete sta-

1) Vgl. Villanueva, a.a.O., S. 21.

2) "Die Deflationspolitik von 1962/63, die einen starken Rückgang der Produktion verursachte, konnte die weitere Steigerung der Preise und Löhne nicht abbremsen." (Campolongo, A., *Problemi economici dell' Argentina*, in: *Economia Internazionale*, Band XX (1967), S. 82, eigene Übersetzung).

3) Vgl. Villanueva, a.a.O., S. 22f.

4) Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Länderberichte, Argentinien 1964*, a.a.O., S. 11.

bilisiert werden¹⁾. Gleichzeitig reduzierte man die Reallöhne um 2,6 % 1962 und um weitere 1,3 % 1963²⁾, was jedoch immer noch geringer war als der Verlust an Volkseinkommen. Diese Parallelpolitik war jedoch äußerst ungeeignet, die Rezession aufzuhalten. Die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen, die in den beiden vorausgegangenen Jahren stark gestiegen waren, sanken 1962/63 außerordentlich stark ab, was bei den Bauinvestitionen 1962 auf den Rückgang staatlicher und privater Bautätigkeit zurückzuführen war³⁾. Ebenso setzte sich der im Zuge zunehmender Restriktionspolitik bereits 1961 aufgetretene Lagerabbau 1962/63 fort. Der Maschinenbau und die Eisen- und Stahlgießereien⁴⁾, die ebenso wie die Automobil- und Traktorproduktion⁵⁾ ab 1960 einen enormen Aufschwung erlebt hatten, mußten 1962/63 starke Produktionsrückgänge hinnehmen. Der Rückgang des Konsums brachte die Konsumgüterindustrien ebenfalls in Bedrängnis.

Trotz der Krisensituation wagte man keine Lockerung der allgemein restriktiven Politik, da die Devisenreserven durch Kapitalflucht stark abnahmen und der Peso unter Druck geriet. Er wurde beträchtlich abgewertet, was wiederum zu Exportsteigerungen und Importrückgängen führte. Allein die Abwertung war somit geeignet, die schwierige Lage etwas zu verbessern.

Bedingt durch die Beibehaltung der restriktiven Politik 1962 setzte sich die Rezession 1963 fort. Erst als die Handelsbilanz bei weiter enorm steigendem Export und stark rückläufigem Import 1963 einen

1) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderkurzberichte, Argentinien, Stuttgart und Mainz 1969, S. 31.

2) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Argentinien, Stuttgart und Mainz 1968, S. 54. Es handelt sich hierbei nur um die Löhne der Hilfsarbeiter in der verarbeitenden Industrie.

3) Vgl. ebenda, S. 145.

4) Vgl. ebenda, S. 104.

5) Vgl. Campolongo, a.a.O., S. 91.

hohen Aktivsaldo aufwies, der die Devisenreserven wieder aufzufüllen begann, lockerte man die Restriktion.

Die Wachstumsrate der Geldmenge stieg 1963 wieder auf 32,7 % (1962: 5,6 %), die Preissteigerungen sanken hingegen von 27,8 % 1962 auf 24,3 % 1963, was durch die bei fortschreitender Rezession und steigenden Konkursziffern zunehmende Kassenhaltung zu erklären ist.

Im zweiten Halbjahr 1963 wird Illia zum Präsidenten gewählt. Ziel seiner Politik war, die Reduktion des Defizits der Staatskasse und die Inflationsbekämpfung¹⁾.

Er versuchte, diese Ziele insbesondere durch verschärften Dirigismus zu erreichen²⁾.

Die zunehmende Geldmengenexpansion und die hohen Preissteigerungsraten während seiner Regierungszeit, die Mitte 1966 zu Ende ging, zeigen, daß Illia die falsche Politik betrieben hat. Zwar ist die industrielle Produktion 1964/65 stark angestiegen, aber bereits Anfang 1966 machen sich Produktionsrückgänge bemerkbar. Eine Bremsung der Konjunktur erschien 1964/65 nicht nötig, da die Zahlungsbilanz ständig einen starken Aktivsaldo aufwies, was mit dadurch erreicht wurde, daß die Importe wichtiger Kapitalgüter durch staatliche Importrestriktionen erschwert waren³⁾. Es ist daher auch im Vergleich mit der Entwicklung der heimischen Fahrzeug-

1) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Argentinien 1964, a.a.O., S. 12.

2) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderkurzberichte, Argentinien 1969, a.a.O., S. 31 und Länderkurzberichte, Argentinien 1967, S. 26.

3) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Argentinien 1968, a.a.O., S. 39. Laut Einfuhrstatistik ist 1964/65 der Import wichtiger Investitionsgüter (insbesondere Maschinen und Fahrzeuge) drastisch gekürzt worden (vgl. ebenda, S. 111 f.).

und Stahlproduktion, die 1964 Wachstumsraten zwischen 50 und 100 % und 1965 zwischen 10 und 20 % aufwies¹⁾, anzunehmen, daß der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen 1964/65 hauptsächlich durch die Importrestriktionen erzeugt wurde und die Investitionsstatistik daher keinesfalls die effektiv 1964/65 vorherrschende Boomphase mit hoher Investitionsbereitschaft der Unternehmer widerspiegelt. Das starke Anwachsen der Lagerinvestitionen 1964/65 dürfte eines- teils dadurch bedingt sein, daß die in der Rezession 1962/63 abge- bauten Bestände den stetig wachsenden Umsatzziffern angepaßt wurden, andererseits ist jedoch bei den damaligen Preissteigerun- gen ein spekulatives Element nicht zu übersehen.

Die Beendigung der Boomphase gegen Ende 1965 und der Beginn der Rezession sind darauf zurückzuführen, daß sich die Unternehmer im ungebremsen Aufschwung auf Wachstumsraten eingestellt haben, die in dieser Größenordnung keinesfalls längerfristig aufrechtzuer- halten waren, da gewisse Restriktionen (z. B. beschränktes Arbeits- angebot) vorliegen. Bezeichnend für die Disproportionalitäten, die sich durch übermäßige Expansion des Investitionsgüterbereichs im Aufschwung gebildet haben, ist die Tatsache, daß der Produktions- rückgang Anfang 1966 auf sinkende Nachfrage und sinkende Produk- tion im Maschinenbau, der Fahrzeug- und Metallindustrie, der Textil- und chemischen Industrie, also größtenteils im Investitions- güterbereich zurückzuführen war²⁾, während die Nahrungs- und Genußmittelproduktion noch stärkere Zunahmen zu verzeichnen hat- ten³⁾. Die vom Investitionsgüterbereich ausgehenden negativen Ef- fekte wurden dadurch verstärkt, daß mit der Änderung der Erwar-

1) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Argen- tinien 1968, a.a.O., S. 35 und Campolongo, a.a.O., S. 91.

2) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Argen- tinien 1968, a.a.O., S. 29 - 30.

3) Vgl. ebenda.

tungen die Lagerinvestitionen 1966 fast auf Null zurückgingen.

Es ist zu beachten, daß diese Entwicklung ohne nennenswerte restriktiven Aktionen der Geldpolitik oder der Finanzpolitik provoziert wurde, was bedeutet, daß expansive Geldpolitik eine Rezession nicht verhindern kann. Da jedoch die Rezession 1966 im Verhältnis zu den anderen Konjunkturrückschlägen, die mit verspäteten Stabilisierungsbemühungen verbunden waren, relativ mild war, kann man annehmen, daß das Ausbleiben jeglicher Restriktionen die Rezession abgeschwächt hat.

d. Die Periode 1966 - 1969

Mitte 1966 kam Ongania an die Macht, da Illia durch seine glücklose Wirtschaftspolitik allen politischen Rückhalt verloren hatte. Der Regierungswechsel wurde von der Wirtschaft begrüßt, da man sich hiervon eine Beendigung der staatsinterventionistischen Wirtschaftspolitik versprach¹⁾. Tatsächlich verbesserte sich im Lauf des Jahres das Produktionsergebnis bereits wieder, ohne daß freilich insgesamt die Einbußen der ersten Jahreshälfte voll kompensiert werden konnten²⁾.

Wirtschaftspolitisch aktiv wurde Ongania jedoch erst im November 1966, als er das neue Regierungsprogramm verkündete. Völlige Liberalisierung des Devisenmarkts, verschärfte Inflationsbekämpfung und systematische Senkung des Haushaltsdefizits durch Reorganisation und teilweise Reprivatisierung der Staatsbetriebe und durch Entlassungen waren die Maßnahmen, mit denen er die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden versuchte³⁾. Die Be-

1) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Argentinien 1968, a.a.O., S. 12.

2) Vgl. ebenda, S. 29.

3) Vgl. ebenda, S. 12.

kanntgabe dieses Programm hatte zunächst leider noch keine effektiven Maßnahmen zur Folge. Erst als Anfang 1967 der neue Wirtschaftsminister Krieger-Vasena im Amt war, schien sich dies zu ändern. Krieger-Vasena entwarf ein Programm "Stabilität und Entwicklung" und ging sofort daran, die hierin konzipierten Maßnahmen durchzusetzen¹⁾.

Zur Sanierung der öffentlichen Finanzen schlug er eine Steuerreform, sowie die Rationalisierung der Staatsbetriebe vor, die im September 1967 mit Personalentlassungen eingeleitet wurde. Die Staatsverwaltung wurde ebenfalls vereinfacht und bereits 1967 erwirtschaftete die Stadt Buenos Aires, die vorher mit Verlust gearbeitet hatte, einen Aktivsaldo von 6 Milliarden Peso. Das Defizit des Staatshaushalts sank von 3,7 % des Sozialprodukts 1966 auf 1,4 % 1967²⁾. Dennoch gelang es 1967 noch nicht, die Geldmengenexpansion zu verlangsamen. Die Preissteigerungen wurden zunächst allein durch einen vorläufigen Preis- und Lohnstop bis Ende 1968 zu bremsen versucht, was jedoch nicht allzu wirkungsvoll war.

Mit die wichtigste Maßnahme war die rigorose Abwertung des Peso (40 %) vom März 1967, durch die die argentinische Währung erstmals unterbewertet wurde, was für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der argentinischen Wirtschaft sehr günstig war. Gleichzeitig wurden Devisenmarkt und Einfuhren liberalisiert und allgemeine Zollsenkungen durchgeführt. Bis Ende 1967 stiegen auf Grund dieser Maßnahmen die Devisenreserven stark an, denn

1) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderberichte, Argentinien 1968, a.a.O., S. 12 ff. und Bundesstelle für Außenhandelsinformationen (Hrsg.), Marktinformationen, Argentinien, Wirtschaftliche Entwicklung 1967/68, Köln Juli 1968, S. 2 ff. bezüglich der folgenden Ausführungen.

2) Berechnet nach IFS, Supplement 1965/66 und Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderkurzberichte, Argentinien 1969, a.a.O., S. 27.

Fluchtkapital war im gewissen Umfange zurückgeflossen und Auslandskredite hatten, bedingt durch Vertrauenszuwachs des Auslandes wegen der Stabilisierungsmaßnahmen, zugenommen.

Die Politik der Steigerung der öffentlichen Investitionen und der Investitionsanreize für die gewerbliche Wirtschaft war jedoch nicht allzu erfolgreich, weshalb für 1968 zur Belebung der Wirtschaft Staatsinvestitionen in Höhe von 320 Milliarden Peso vorgesehen wurden. Zwar stiegen die Ausrüstungsinvestitionen bereits seit 1966, sie waren jedoch verglichen mit 1961 noch auf sehr niedrigem Niveau. So dauerte die Stagnation der gewerblichen Wirtschaft auch 1967 noch an. Nur auf dem Bausektor machte sich mit beschleunigtem Wachstum der Bauinvestitionen eine deutliche Verbesserung bemerkbar (9 % Outputwachstum)¹⁾. Dies war zum großen Teil auf öffentliche Bauprogramme, sozialen Wohnungsbau, Abschreibungserleichterungen und relativ stabiles Kostenniveau zurückzuführen. Von dieser positiven Entwicklung profitierten zunächst nur die Zulieferindustrien (hier 15,1 % Produktionssteigerung 1967). 1968 endlich stieg die industrielle Produktion insgesamt stark an.

Das besondere Verdienst Krieger-Vasenas war es nun, daß er seine Stabilisierungspolitik bedingt durch eine besondere Machtposition gegen den innenpolitischen Widerstand der Nationalisten auch

1) Der 1967 aufgetretene Rückgang der Pkw-Produktion wird jedoch auf eine Umschichtung der Nachfragestruktur zurückgeführt. Der Trend geht vom in geringeren Stückzahlen produzierten großen Fahrzeug zum in Großserie produzierten Kleinwagen (vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Argentinien, Wirtschaftsentwicklung 1967/68, a.a.O., S. 17 - 18 und Chalumeau, J. -L., Situation Economique des Pays D'Amérique Du Sud, in: Banque, Feb. 1969, S. 108). Chalumeau bestätigt, daß Fiat auch 1967 Zuwachsraten aufzuweisen hatte.

1968 beibehalten konnte und die vorgesehenen Maßnahmen durchsetzte, obwohl die Devisenreserve der Zentralbank seit 1967 bereits wieder zufriedenstellend war.

Mittels der bereits oben erwähnten Rationalisierungsmaßnahmen sowie durch verbesserte Steuererhebungsmethoden wurde 1968 erreicht, erstmals das vorgesehene und ungewöhnlich niedrig angesetzte Defizit des Staatshaushalts (48,5 Milliarden Peso) trotz der zusätzlichen Investitionsausgaben nicht zu überschreiten¹⁾.

Zusätzlich wurde Ende 1968 eine Einkommensteuerreform durchgeführt, die zu einer gerechteren Verteilung der Steuerlast führen sollte. Die Reduktion des Defizits brachte 1968 endlich eine Beruhigung der Preissteigerungen. Zwar blieben Preis- und Lohnstop weiter bestehen, ihr Beitrag zur Preisstabilisierung dürfte jedoch zweifelhaft sein, da der Preisstop auf freiwilliger Mitarbeit der Unternehmer beruhte und der Lohnstop 1969 sogar vom Staat selbst durchbrochen wurde²⁾.

Die Geldmengenexpansion, die anfangs noch zugenommen hat (1966: 29,9 %, 1967: 37,3), wurde 1968 auf 28,0 % und 1969 sogar auf 12,7 % reduziert. Gleichzeitig sanken die Preissteigerungen (1966: 31,8 %, 1967: 29,5 %, 1968: 16,4 %, 1969: 7,4 %)³⁾ erstaunlicherweise ohne Wirkungslage. Die restriktive Geldpolitik, die eng mit der Reduktion des Haushaltsdefizits verbunden war, wurde also im Aufschwung 1968/69 aufrecht erhalten und sogar verstärkt, was nicht nur für argentinische Verhältnisse außergewöhnlich ist. Die

1) "Für das Gelingen des Währungsstabilisierungsprogramms ist der Ausgleich der bisher durch die Notenbankvorschüsse finanzierten Staatsfinanzen entscheidend," ein Erreichen des vorgesehenen Defizits ist der erste Schritt hierzu (Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderkurzberichte, Argentinien 1969, a.a.O., S. 13).

2) Vgl. ebenda.

3) Berechnet nach International Monetary Fund (Hrsg.), IFS, Vol. XXIV (1971).

industrielle Produktion stieg dennoch stark an (obwohl zusätzlich 1968 die Agrarproduktion witterungsbedingt rückläufig war). Die Wiederherstellung der Stabilität ermöglichte außerdem die Reaktivierung des internen argentinischen Anleihenmarktes, durch den das noch bestehende Regierungsdefizit mit geringerer inflationärer Wirkung finanziert werden konnte, als durch die Notenbank, da hierdurch nicht Geld, sondern nur Geldsubstitute in Umlauf gesetzt werden. Die beiden ersten Inlandsanleihen waren sehr erfolgreich¹⁾.

Im zweiten Halbjahr 1968 sanken erstmals seit mehreren Jahren die Zinsen (durchschnittlich zwischen 1 und 7 %). Krediterleichterungen und Zinsreduktion führten über eine Zunahme der Konsumenkredite zu einer Steigerung des privaten Konsums. Die Zinssenkungen waren mit für die Erhöhung der Anlageinvestitionen (in den ersten 3 Quartalen 1968 bereits um 9,8 % über dem Vorjahr)²⁾, die auch durch die Akzeleratorwirkung der Konsumententwicklung gesteigert wurden, verantwortlich.

1968 wurde Argentinien vom IMF als Hartwährungsland anerkannt und außerdem führte man die volle Konvertibilität ein³⁾. Die Hinwendung zur Stabilität⁴⁾ zahlte sich für Argentinien in jeder Hinsicht aus, denn der Konjunkturaufschwung setzte sich 1969 unvermindert fort⁵⁾, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß ein solcher unter relativ stabilen Bedingungen sich entwickelnder, rechtzeitig gebremster Aufschwung nicht die Voraussetzungen für die nächste Rezession in Form von Disproportionalitäten schafft.

1) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformationen (Hrsg.), Weltwirtschaft am Jahreswechsel (Argentinien), Köln, Januar 1969, S. 1.

2) Vgl. ebenda, S. 2.

3) Vgl. ebenda, S. 3.

4) 7,4 % Preissteigerungen 1969 bedeuten unter südamerikanischen Verhältnissen bereits "Stabilität".

5) Vgl. Chalumeau, J. -L., Situation économique des principaux pays Latino-Américains, in: Banque, Dezember 1969, S. 978 f.

2. Machtpolitische Aspekte der Konjunkturpolitik

Aus der Untersuchung der argentinischen Wirtschaftspolitik geht hervor, daß die Durchsetzung wirtschaftspolitischer Maßnahmen häufig von politischen Faktoren abhängig ist. Wenn in den Entwicklungsländern z.B. die politische Macht derart verteilt ist, daß die rechten Gruppierungen Steuererhöhungen verhindern können und die linken Gruppierungen das bereits sehr niedrige Niveau der Real-löhne zu erhalten wissen und außerdem Ausgabensteigerungen stets populär, Steuererhöhungen aber meist unpopulär sind, kann eine schwache Regierung bei zudem allgemein sehr niedriger Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens nur den Weg des geringsten Widerstands gehen. Das bedeutet, daß ein Teil der Ausgaben durch die Notenbank (siehe das Beispiel Argentinien) finanziert wird. Falls außerdem die Privatunternehmer (wie in Chile) die Möglichkeit haben, durch besondere Beziehungen zur Zentralbank¹⁾ an der allgemeinen Kreditexpansion teilzuhaben, so wird von ihrer Seite kein Anstoß zur Inflationsbekämpfung (die jedoch als Voraussetzung effizienter Konjunkturpolitik nötig ist) kommen, da sie als Sachwerteigentümer durch die Inflation nicht übermäßig geschädigt werden. Die tatsächlich stark benachteiligten unorganisierten Arbeiter sowie die Kleinunternehmer, die keinen Zugang zu billigen Finanzierungsquellen haben, sind zu machtlos, um effektive Inflationsbekämpfung durchsetzen zu können.

Den Kern dieser von Davis²⁾ für Chile festgestellten Zusammen-

1) Die Notenbanken sind zu schwach, um dem dreifachen Druck von Staat, Banken und Publikum standhalten zu können. Dies stellte Ahrens Dorf in seiner Fallstudie (Central Bank Policies and Inflation, a.a.O., S. 298 f) bei vier unterentwickelten Ländern (Mexiko, Indonesien, Nicaragua, Paraguay) für den Zeitraum 1949 - 57 fest.

2) Vgl. Davis, T. E., 8 Decades of Inflation in Chile 1879 - 1959. A Political Interpretation, in: The Journal of Political Economy, Vol. 71 (1963), S. 392 f.

hänge hat Simonsen¹⁾ verallgemeinert und dazu verwendet, die Theorien der Strukturalisten und Monetaristen zu verbinden: In der Tat hat eine nach obigen Prinzipien entstandene Inflation im Endeffekt strukturelle Ursachen, sie ist im weitesten Sinne durch die politische und soziologische Struktur der Gesellschaft bedingt. Diese Erkenntnis hat für eine wirkungsvolle Geld- und Konjunkturpolitik tiefgreifende Konsequenzen. Sie erfordert zunächst eine Bewußtmachung der weitgehend unbekannten Beziehung zwischen Defizit des Staatshaushalts und Inflation²⁾. Außerdem ist eine Aufklärung über die volkswirtschaftlichen Nachteile der Inflation auf sozialem und konjunkturellem Gebiet nötig. Eine derartige Aufklärung, durch die eine Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Stärkung des Einflusses der Stabilitätsbefürworter eventuell zu erreichen wäre, wird jedoch wiederum durch die herrschende Machtverteilung verhindert.

3. Möglichkeiten der Automatisierung des wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesses

Geht man davon aus, daß in den Entwicklungsländern allgemein eine relativ schwache machtpolitische Position der betreffenden politischen Instanzen, insbesondere der Notenbank, vorliegt, wodurch konjunkturpolitische Entscheidungen erschwert und verzögert werden³⁾, so wäre eventuell eine zumindest teilweise Automatisierung des politischen Entscheidungsprozesses angebracht. Dieses Ziel könnte durch ein Steuersystem erreicht werden, bei dem die Einnahmen automatisch (ohne gesetzliche Maßnahmen) antizyklisch

1) Vgl. Simonsen, M. H., Comment, in: Inflation and Growth in Latin America (W. Baer und I. Kerstenetzky, Hrsg.), Homewood 1964, S. 110.

2) Vgl. ebenda.

3) Vgl. Macbean, Export Instability, a.a.O., S. 257 f.

variieren, wie das besonders bei der progressiven Einkommenssteuer, die jedoch wegen ihrer die Investitionsneigung hemmenden Wirkung, administrativer Probleme und Schwierigkeiten bei der politischen Durchsetzung selten angewandt wird, der Fall ist¹⁾. Eine solche Einnahmepolitik könnte durch ein von kurzfristigen Schwankungen der Einnahmen unabhängiges und hauptsächlich dem Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung unterworfenes Konzept der Ausgabepolitik dergestalt ergänzt werden, daß antizyklische Überschüsse und Defizite entstehen.

Eine Automatisierung der geldpolitischen Entscheidungen könnte so erreicht werden, daß bei Vorliegen einer bestimmten Entwicklung der konjunkturellen Indikatoren jeweils näher spezifizierte geldpolitische Maßnahmen gesetzlich vorgeschrieben werden. Die von Friedman²⁾ vorgeschlagene Automatisierung der Geldpolitik kann nicht unbedingt befürwortet werden, da bei einer solchen Geldordnung, die in der festgelegten konstanten jährlichen Erhöhung der Geldmenge um einen bestimmten Betrag besteht, eine Änderung der Wachstumsraten des Sozialprodukts und der Einkommensgeschwindigkeit des Geldes unberücksichtigt bleiben müssen³⁾. Allerdings hätte der Friedmansche Vorschlag für die Entwicklungsländer den Vorteil, daß übermäßige Inflationsraten, wie sie häufig vorliegen, verhindert würden. Auch würde dieses System weniger administrative Probleme mit sich bringen, als das von uns eingangs vorgeschlagene, wobei jedoch berücksichtigt werden muß, daß nur bei dem letzteren richtige antizyklische Politik möglich ist.

1) Vgl. Macbean, Export Instability, a.a.O., S. 241 ff.

2) Vgl. Friedman, M., A Program for Monetary Stability, New York 1960, S. 84 ff.

3) Vgl. Dürr, Probleme der Konjunkturpolitik, a.a.O., S. 144.

F. Die Beziehungen zwischen Konjunktur und Wachstum in den
Entwicklungsländern

I. Theoretische Grundlagen

Wie in der Einleitung bereits angedeutet wurde, kann das wirtschafts-
politische Ziel der Reduzierung und Verhinderung von Konjunktur-
schwankungen nicht als Selbstzweck betrachtet werden. Es ist viel-
mehr ein Ziel, das ermöglicht, daß zusätzlich andere Ziele, wie
z.B. ein ausreichendes Wirtschaftswachstum, erreicht werden kön-
nen.

Die Beziehungen zwischen dem Ziel Konjunkturstabilisierung und
dem Ziel Wirtschaftswachstum müssen jedoch erst durch eine em-
pirisch überprüfte Theorie geklärt werden, da keinesfalls sicher
ist, ob Zielharmonie, Zielantinomie oder Zielneutralität vorliegen.
Die verschiedenen Modellkonstruktionen¹⁾, in denen versucht wurde,
mittels Kombination von Akzelerator und Multiplikator unter Hinzu-
fügung eines variablen, aber exogen bestimmten Wachstumsceilings
in Verbindung mit einer Trendvariablen Konjunktur und Wachstum
zu verbinden, können häufig nicht als Theorien im obigen Sinne ver-
standen werden, da eine grundsätzliche Hypothese über die Bezie-
hung Konjunktur-Wachstum außer der, daß Wachstum mit und ohne
Schwankungen²⁾ und Schwankungen mit und ohne Wachstum auftre-
ten können, hierbei meistens nicht gewonnen wurde. Der große
Nachteil dieser Modellkonstruktion ist die Tatsache, daß die Kon-
junkturtheorie getrennt von der Bestimmung der Trendvariablen

1) Vgl. z.B. Smithies, A., Economic Fluctuations and Growth, in:
Readings in Business Cycles (R. A. Gordon und L. R. Klein,
Hrsg.), London 1966, S. 39 ff. und Minsky, H. P., A Linear
Model of Cyclical Growth, in: Readings in Business Cycles (R.
A. Gordon und L. R. Klein, Hrsg.), London 1966, S. 79ff.

2) Wachstum tritt dann ohne Schwankungen auf, wenn antizyklische
Geld- und Fiskalpolitik betrieben wird (vgl. Smithies, Economic
Fluctuations and Growth, a.a.O., S. 78).

formuliert wird¹⁾. Für unsere Untersuchung ist aber eine Theorie nötig, die die Beziehung zwischen Wachstum und Konjunktur zu erklären vermag.

Die plausible Hypothese, daß eine stabile Konjunktur das Wirtschaftswachstum erhöht, da nur positive Wachstumsraten auftreten, wird von den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen (z.B. Weltbank) implizit vertreten, weil man häufig die Entwicklungsplanung als geeignetes Instrument zur Herbeiführung von stabilem und schnellem Wirtschaftswachstum empfiehlt²⁾.

Die Grundlage dieser Hypothese ist die Annahme, daß Wachstum und Konjunktur unterschiedliche Ursachen haben. Es ist daher nach dieser Hypothese möglich, die Schwankungen auszuschalten, ohne daß der Wachstumsprozeß beeinträchtigt wird. Er wird sogar gefördert, da negative Wachstumsraten wegfallen.

Diese Hypothese ist nicht unbedingt tautologisch, da die Möglichkeit besteht, daß nach Rezessionen mit negativen Wachstumsraten ein Aufschwung beginnt, der die rückläufige Entwicklung der Vergangenheit derartig überkompensiert, daß langfristig ein höheres Wachstum als bei Konjunkturstabilität entsteht. Es gibt verschiedene Hypothesen, durch die ein solcher positiver Zusammenhang zwischen Konjunkturschwankungen und Wirtschaftswachstum zu belegen versucht wird.

Man könnte wie Kafka³⁾ davon ausgehen, daß sogenannte "adverse shocks" (Rückgänge der Exporte der Entwicklungsländer,

1) Vgl. Kromphardt, J., Wachstum und Konjunktur, Grundlagen ihrer theoretischen Analyse und wirtschaftspolitischen Steuerung, Göttingen 1972, S. 217.

2) Vgl. die Ausführungen zu Beginn von Kapitel C II.

3) Vgl. Kafka, A., The Theoretical Interpretation of Latin American Economic Development, in: Economic Development for Latin America (H. S. Ellis und H. C. Wallich, Hrsg.), London 1962, S. 9 f.

die z.B. durch Konjunkturkrisen der Industriestaaten erzeugt werden) das Sparen und den Arbeitseifer in den Entwicklungsländern erhöhen sowie über eine Verschlechterung der terms of trade eine Umverteilung des gesunkenen Einkommens zugunsten der verarbeitenden Industrie gegenüber der exportintensiven Urproduktion erzwingen. Entsprechend der veränderten Nachfragestruktur wird eine Umschichtung der Produktionsstruktur in Richtung einer stärkeren Industrialisierung nötig. "Adverse shocks" erzeugen wachstumsfördernde Ungleichgewichte. Die in der Vergangenheit gemachten Investitionen entsprechen nicht mehr den Erfordernissen der Gegenwart, es sind zusätzliche Anstrengungen nötig¹⁾.

Leider bezieht Kafka seine Erkenntnisse nur aus den Erfahrungen lateinamerikanischer Länder in der Großen Krise, als einige Länder (Brasilien, Mexiko, Kolumbien) nach starken "adverse shocks" ein hohes Wachstum aufwiesen, während jedoch Chile trotz schwerem "adverse shock" ein nur relativ niedriges Wachstum erzielen konnte²⁾. Kafkas Hypothesen sind also unvollständig und müßten daher weiter relativiert werden.

Ähnlich wie Kafka versucht Caine³⁾ die Exportschwankungen als wachstumsfördernde Kräfte zu deklarieren. Ist das Volkseinkommen entsprechend der Instabilität des Exports nur periodisch hoch, so entstehen seiner Meinung nach in der Exportindustrie mehr Profite und es wird mehr gespart und investiert, als wenn sich das Einkommen stabil entwickeln würde und es gleichmäßiger verteilt

1) Vgl. Kafka, The Theoretical Interpretation of Latin American Economic Development, a.a.O., S. 11 f.

2) Vgl. ebenda, S. 9.

3) Vgl. Caine, S., Instability of Primary Product Prices - a Protest and a Proposal, in: The Economic Journal, Vol. LXIV (1954), S. 612.

wäre ¹⁾.

Bei dieser Hypothese ist zunächst unklar, inwiefern überhaupt eine Beziehung zwischen Einkommensverteilung und Konjunkturschwankungen besteht. Caine impliziert offensichtlich, daß es einen Zusammenhang zwischen exportbedingt instabiler Wirtschaftsentwicklung und ungleicher Einkommensverteilung gibt. Setzt man voraus, daß eine derartige Beziehung existiert, so kann eine höhere Sparquote vorliegen, wenn man annimmt, daß die hohen Einkommen im Durchschnitt eine höhere Sparquote als die niedrigen Einkommen besitzen. Diese Annahme ist jedoch für die Entwicklungsländer teilweise problematisch, da die hohen Einkommensbezieher häufig den Konsumstandard der entsprechenden Schichten der entwickelten Länder anstreben ²⁾. Außerdem liegt häufig noch zusätzlich eine feudale, investitionsabgeneigte Oberschicht vor.

Das andere Argument Caines, das auf eine direktere Beziehung zwischen exportbedingter Instabilität und Wachstum abzielt, wird von Wallich ³⁾ kritisiert. Es sind fünf Hauptkritikpunkte festzustellen, die zum Teil auch auf Kafka bezogen werden können:

1. Im Zyklus sinken Investitionen und Sparen wieder und es besteht vorerst kein Grund, anzunehmen, daß langfristig ein höheres Investitionsvolumen als bei stabiler Entwicklung entsteht.

1) Caine setzt voraus, daß die Investitionen unabhängig von anderen Faktoren (wie z.B. dem Kapitalkoeffizienten) das Wachstum bestimmen können. Empirische Untersuchungen zeigen, daß das nicht der Fall ist (vgl. Dürr, E., Wachstumspolitisch relevante Ergebnisse der Wachstumstheorie, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Band 55 (1970), S. 3 ff.). Vgl. hierzu auch: Morgan, T., Investment versus Economic Growth, in: Economic Development and Cultural Change, Vol. 17, Nr. 3, April 1969, S. 403.

2) Diese Hypothese ist aus der Konsumtheorie von Duesenberry abgeleitet (vgl. Duesenberry, J. S., Income, Saving and the Theory of Consumer Behavior, Cambridge 1949).

3) Vgl. Wallich, Stabilization of Proceeds from Raw Material Exports, a.a.O., S. 347 f.

2. Im Boom herrscht meistens Vollbeschäftigung. Es ist also schwierig, die hohen Ersparnisse aus den steigenden Exporteinnahmen zu investieren¹⁾.
3. Die exportbedingte Instabilität schafft eine Mentalität der Unternehmer, die auf Spekulation ausgerichtet ist. Dies verhindert Investitionen außerhalb der rohstoffproduzierenden Exportindustrie.
4. Die allgemeine Unsicherheit, die durch die Abhängigkeit vom Außenhandel bedingt ist, ist schlecht für die langfristige Entwicklung.
5. Mittels "adverse shocks" erzeugte Initiative war vielleicht in den 30er Jahren noch wichtig. Heute aber besteht auch ohne solche starken Rückschläge ein großes Interesse an der Wirtschaftsentwicklung.

Abschließend kann festgestellt werden, daß es sehr zweifelhaft ist, ob "adverse shocks" das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer heute noch allgemein fördern können, da die Hypothesen, die eine solche Beziehung zum Inhalt haben, unvollständig und zum Teil inkonsistent sind.

Eine andere Gruppe von Hypothesen, durch die Konjunktur und Wachstum gemeinsam erklärt werden sollen, geht mehr von der Wirtschaftsordnung des Kapitalismus aus. So behauptet Marx, daß der durch Gewinnanreiz und Konkurrenzdruck bestimmte Grundzug des Kapitalismus, der in der Kapitalakkumulation zum Ausdruck kommt, gleichzeitig den Wachstumsprozeß und die Konjunktur-

1) Besteht Nachfrageinflation, so ergibt sich zudem das Problem, daß die Investitionen, die nun alle rentabel sind, nicht mehr optimal eingesetzt werden können, wodurch der Kapitalkoeffizient erhöht wird.

schwankungen erzeugt¹⁾.

Auch bei Schumpeter, der die Marxschen Hypothesen zum Teil weiterentwickelt hat, besteht eine solche Verknüpfung von Investitionstätigkeit, Wachstum und Konjunktur. Er konzentriert seine Untersuchungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise jedoch auf den dynamischen Unternehmer, durch dessen Innovationen hauptsächlich über autonome Investitionen der Wachstumsprozeß, aber auch die Konjunkturschwankungen hervorgerufen werden²⁾. Dynamische Unternehmer bringen den Innovationsprozeß durch autonome Investitionen in Gang. Ihnen folgen Nachahmer, die der Neuerung in breiter Front zum Durchbruch verhelfen³⁾. Wenn dieser kumulative Prozeß ausgelaufen ist, geht die Konjunktur zurück, bis der nächste Neuerungsprozeß auf höherem Niveau beginnt⁴⁾.

Schumpeters Theorie besagt also folgendes⁵⁾:

-
- 1) Vgl. Kromphardt, Wachstum und Konjunktur, a.a.O., S. 226. Bezüglich der Marxschen Krisentheorie vgl. die theoretischen Ausführungen zu Beginn dieser Arbeit.
 - 2) Die Innovation ist die eigentliche Triebfeder des wirtschaftlichen Wachstums, da Innovationen aber im Zeitablauf nicht gleichmäßig auftreten, sondern scharenweise, können durch sie auch die Konjunkturschwankungen erklärt werden (vgl. Schumpeter, J., Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 2. Aufl., München 1926, S. 334, vgl. auch derselbe, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. erweiterte Aufl., München 1950, S. 137 f.).
 - 3) Gleichzeitig wird aber auch in nicht-dynamischen Bereichen über den Einkommenseffekt dynamischer Investitionen die Investitionstätigkeit angereizt.
 - 4) "In fact, the cycle seems to be the statistical and historical form in which what is usually referred to as 'economic progress' comes about." (Schumpeter, J. A., The Analysis of Economic Change, in: Business Fluctuations, Growth, and Economic Stabilization; A Reader (J. J. Clark und M. Cohen, Hrsg.), New York 1963, S. 51).
"It is obvious that steady growth of income is most unlikely in a world whose techniques and institutions are constantly evolving." (Duesenberry, J. S., Business Cycles and Economic Growth, New York, Toronto, London 1958, S. 248).
 - 5) Vgl. Goodwin, R. M., A Modell of Cyclical Growth, in: Readings in Business Cycles (R. A. Gordon und L. R. Klein, Hrsg.), London 1966, S. 7.

1. Die Entwicklung kommt schubweise.
2. Der Zyklus besteht nicht aus dem Über- oder Untertreffen eines stationären Zustands, sondern er wird durch das Wirtschaftswachstum beherrscht.

Nun gibt es jedoch eine gewisse Skepsis bezüglich der allgemeinen Anwendung der Schumpeterschen Hypothesen auf die Entwicklungsländer, da die sozio-ökonomischen und psychologischen Bedingungen in den Entwicklungsländern anders sind, als es von Schumpeter, dessen Untersuchungen sich hauptsächlich auf die Entwicklung der heutigen Industriestaaten bezogen, angenommen wurde¹⁾. So genießt der Unternehmer z.B. in den Entwicklungsländern häufig keine gesellschaftliche Vorzugsstellung.²⁾ Durch Devisenbewirtschaftung und Entwicklungsplanung wird der dynamische Unternehmer in seiner Entfaltung stark behindert. Da er als Anreiz zu seiner risikoreichen Tätigkeit hohe Gewinnerwartungen benötigt, beeinträchtigen stark progressive Einkommenssteuern (zwecks Einkommensumverteilung) sowie ähnliche Wohlfahrtsprogramme den dynamischen Prozeß. Durch hohe Infrastrukturinvestitionen des Staates wird das Betätigungsfeld des dynamischen Unternehmers eingeengt. Diese negativen Bedingungen liegen zum Teil in vielen Entwicklungsländern vor. Außerdem besteht häufig kein ausgebauten Bankwesen, so daß der dynamische Unternehmer durch den Staat finanziert werden muß, was jedoch zur Folge hat, daß Beamte

-
- 1) Vgl. Wallich, H. C., Some Notes towards a Theory of Derived Development, in: The Economics of Underdevelopment (A. N. Agarwala und S. P. Singh, Hrsg.), Bombay 1958, S. 189-204, Singer, H. W., Obstacles to Economic Development, in: Social Research, Vol. XX (1953), S. 19-31 und Bonné, A., Towards a Theory of Implanted Development in Underdeveloped Countries, in: Kyklos, Vol. IX (1956), S. 10 ff.
 - 2) Vgl. Rimmer, D., Schumpeter and the Underdeveloped Countries, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. LXXV (1961), S. 450.

und nicht der Unternehmer selbst schließlich entscheiden, welche Investitionen durchgeführt werden¹⁾.

Hohe Inflationsraten, wie sie in vielen Entwicklungsländern anzutreffen sind, können das Auftreten dynamischer Unternehmer erschweren, wenn durch die Inflation eine optimale Verteilung der Investitionsmittel über den Marktmechanismus (Zins) unmöglich gemacht wird. Außerdem wird bei Inflation meistens nach kurzer Zeit wegen der Zahlungsbilanzschwierigkeiten Devisenbewirtschaftung eingeführt. Wie bereits erwähnt, wird durch diese und ähnliche dirigistische Maßnahmen, die bei Inflation häufig einer durchgreifenden geldpolitischen Stabilisierung zunächst vorgezogen werden, die freie Investitionsentscheidung des dynamischen Unternehmers stark behindert.

Wenngleich der dynamische Unternehmer in den Entwicklungsländern große Hindernisse überwinden muß, so ist jedoch noch nicht bewiesen, daß er nicht auch unter diesen widrigen Umständen auftritt und dieser Vorgang für den Entwicklungsprozeß nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die kumulativen Prozesse, die dann durch autonome Investitionen hervorgerufen werden, müssen aber mittels bremsender konjunkturpolitischer Maßnahmen gesteuert werden, um Fehlentwicklungen zu verhindern. Solche Fehlentwicklungen können eine wachstumsschädigende Verschwendung von Ressourcen durch Fehlinvestitionen bedingen und sogar zeitweise zu einem Rückgang der Produktion führen.

Konjunkturelle Stabilität müßte in der Realität also auch bei Richtigkeit der Schumpeterschen Theorie nicht unbedingt mit niedrigem Wachstum verbunden sein.

1) Vgl. Laumas, P. S., Schumpeter's Theory of Economic Development and Underdeveloped Countries, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. LXXVI (1962), S. 657 f.

II. Empirische Überprüfung

Palomba¹⁾ hat in einer empirischen Untersuchung entwickelter und unterentwickelter Länder festgestellt, daß für entwickelte Länder eine signifikante positive Beziehung zwischen Wachstum und Konjunkturstabilität und für unterentwickelte Länder eine zwar positive, aber insignifikante Beziehung dieser Art vorliegt.

Zur weiteren Aufhellung dieser Probleme wurde noch eine eigene Untersuchung durchgeführt. Hierbei wurden zunächst für die in Tabelle 2 aufgeführten Entwicklungsländer durchschnittliche Wachstumsraten für die 50er und 60er Jahre ermittelt (siehe statistischer Anhang). Diese Werte wurden in zwei Gruppen unterteilt, je nachdem, ob in dem bewußten Zeitraum eine Rezession stattgefunden hat oder nicht. Die für die beiden Gruppen berechneten Durchschnittswerte unterscheiden sich beträchtlich, wobei fast kein Unterschied feststellbar ist, ob die 50er oder 60er Jahre als Untersuchungsperiode gewählt wurden. Es ist nur ein leichtes Nachlassen der Wachstumskräfte in den 60er Jahren auffällig.

Tabelle 21

	Durchschnittliche Wachstumsrate 1950-1960	Durchschnittliche Wachstumsrate 1960-1968
Länder ohne Rezession	6,52 %	6,00 %
Länder mit Rezession	3,96 %	3,85 %

Quelle:

Siehe Tabelle II (statistischer Anhang)

1) Vgl. Palomba, N. A., Stability and Real Economic Growth: An International Comparison, in: Kyklos, Vol. XXII (1969), S. 591.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, daß unabhängig von der gewählten Untersuchungsperiode starke konjunkturelle Rückschläge, die mit negativen Wachstumsraten der Produktion verbunden sind, das Wachstum der Entwicklungsländer ungünstig beeinflussen. Es besteht also keine Wachstumsneutralität der Konjunktur. Gelingt es, durch konjunkturpolitische Maßnahmen negative Wachstumsraten zu verhindern, so wird auch das wirtschaftliche Wachstum hierdurch gefördert.

Statistischer Anhang

Bezeichnung der einzelnen Spalten von Tab. I:

- 1: $\frac{\Delta I_a}{I_a}$ t-1 Wachstumsrate der Anlageinvestitionen im Jahr vor der Rezession
- 2: $\frac{\Delta I_a}{I_a}$ t Wachstumsrate der Anlageinvestitionen im Rezessionsjahr
- 3: $\frac{\Delta I_b}{I_b}$ t-1 Wachstumsrate der Bauinvestitionen im Jahr vor der Rezession
- 4: $\frac{\Delta I_b}{I_b}$ t Wachstumsrate der Bauinvestitionen im Rezessionsjahr
- 5: $\frac{\Delta K_r}{K_r}$ t Wachstumsrate des realen privaten Konsums im Rezessionsjahr
- 6: $\frac{\Delta Y_r}{Y_r}$ t Veränderung des Sozialprodukts im Rezessionsjahr
- 7: $\frac{\Delta w_P}{w_P}$ t-1 Veränderung der Preissteigerungsrate (Lebenshaltungskosten) im Jahr vor der Rezession
- 8: $\frac{\Delta w_P}{w_P}$ t Veränderung der Preissteigerungsrate im Rezessionsjahr
- 9: $\frac{\Delta w_G}{w_G}$ t-1 Veränderung der Wachstumsrate der Geldmenge im Jahr vor der Rezession
- 10: $\frac{\Delta w_G}{w_G}$ t Veränderung der Wachstumsrate der Geldmenge im Rezessionsjahr

Unter Geldmenge wurde in dieser Untersuchung Zentralbankgeld außerhalb des Bankensystems plus Depositen bei den Geschäftsbanken verstanden, da der Liquiditätsgrad beider Liquiditätsbestandteile relativ gleich ist. Der Anteil des Giralgeldes an der gesamten Geldmenge hat in den Entwicklungsländern teilweise bereits Größenordnungen wie in den Industrieländern erreicht (vgl. U Tun Wai, Interest Rates in the Organized Money Markets of Underdeveloped Countries, in: International Monetary Fund Staff Papers, Vol. V (1956/57), S. 251).

Bezüglich der auf der Grundlage von Tab. I vorgenommenen Korrelationsberechnungen ist folgendes zu berücksichtigen:

- (1) Der Kongo wurde bei Korrelationen, in denen Preise oder Geldmenge einbezogen waren, nicht mit erfaßt, da die dort vorliegenden Extremwerte, die (bei in absoluten Werten sehr niedrigen Preisschwankungen und sinkender Geldmenge) durch die gewählte Berechnungsmethode entstanden, die Ergebnisse verfälscht hätten.
- (2) Brasilien wurde in die Berechnungen nicht einbezogen, wenn das Sozialprodukt in seiner Abhängigkeit von anderen makroökonomischen Größen Gegenstand der Untersuchung war. In Brasilien stieg das Sozialprodukt trotz rezessiver Tendenzen in der Wirtschaft, da die landwirtschaftliche Produktion ungewöhnlich stark zunahm. Das Sozialprodukt konnte daher nicht als Indikator der Stärke der Rezession gelten. Auf Ersatzgrößen wurde verzichtet, um die Konsistenz der Untersuchung nicht zu gefährden.

Quellen:

Siehe Tabelle 2

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Internationale Monatszahlen, Stuttgart und Mainz Oktober 1966

Tabelle II: Durchschnittliche Wachstumsraten der Entwicklungs-
länder

Land	Durchschnittliche Wachstumsrate des realen Sozialprodukts	
	1950 - 1960	1960 - 1968
Argentinien	3,4	3,2
Ägypten 57-/-67 ⁺⁾	12,6	4,8
Bolivien -69	- 0,3	5,7
Brasilien -67	6,7	4,1
Burma -67	5,8	3,4
Chile	2,9	5,1
Costa Rica -66	5,7	5,7
Dominikanische Republik	5,7	3,0
Ecuador -64	4,7	4,3
Griechenland	5,6	6,9
Guatemala -69	4,2	5,3
Guyana -65		1,5
Iran -67		7,6
Irak 53-	5,0	6,4
Jamaika -66	9,6	4,9
Kolumbien -67	4,6	4,7
Kongo -59	5,4	
Malaysia 55-/-66	3,6	5,8
Marokko 52-	0,5	3,8
Mexiko -67	6,3	6,7
Nicaragua	5,3	8,1
Panama -66	6,1	6,1
Paraguay	3,2	4,5
Peru	4,7	5,7
Philippinen	6,8	5,2
Portugal 53-	4,1	5,8
Puerto Rico 52-	6,6	9,2
Spanien 54-	3,6	7,5
Taiwan 52-	6,7	9,9
Thailand 51-	6,4	7,8
Tunesien 51-	3,3	3,7
Uruguay	1,9	0,4
Venezuela	8,4	4,8
Zambia 54-	6,3	8,2
Zypern -57/-69	6,2	6,9

⁺⁾ Neben den einzelnen Ländern wurden die von der gewählten Periodeneinteilung abweichenden Zeiträume angegeben. 57-/-67 bedeutet dann: 1957-1960 und 1960-1967

Quelle:

United Nations (Hrsg.), Statistical Yearbook 1970, New York 1971,
S. 590-595

sowie: Statistical Yearbook 1965, 1966, 1969

Palomba, a.a.O., S. 590

Literaturverzeichnis

1. Bücher und Aufsätze

- Ady, P.: Fluctuation in Incomes of Primary Producers: A Comment, in: The Economic Journal, Vol. LXIII (1953)
- Ahrens Dorf, J.: Central Bank Policies and Inflation, A Case Study of Four Less-Developed Economies 1949 - 57, in: IMF Staff Papers, Vol. VII (1959/60)
- Ahrens Dorf, J. und Kanesathasan, S.: Variations in the Money Multiplier and their Implications for Central Banking, in: IMF Staff Papers, Vol. VIII (1960/61)
- Albert, H.: Probleme der Theoriebildung, in: Theorie und Realität (H. Albert, Hrsg.), Tübingen 1964
- Alemann, R. T.: Monetary Stabilization in Latin America, in: The Journal of Finance, Volume XVI (1961)
- Argy, V.: Structural Inflation in Developing Countries, in: Oxford Economic Papers, vol. 22 (1970)
- Attalah, M.: The Long-Term Movement of the Terms of Trade Between Agricultural and Industrial Products, Rotterdam 1958
- Audrey, A.: The Long-Term Future of US Imports and its Implications for Primary Producing Countries, in: The American Economic Review, Vol. XLV (1955)
- Bank of London and South America: Quarterly Review, Januar 1961
- Basu, S. K.: Central Banking in the Emerging Countries. A Study of African Experiments, London 1967
- Bauer, P. T.: Entwicklungsländer II, Ökonomische Problematik, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 3, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1961

- Bauer, P. T. und Paish, F. W.: The Reduction of Fluctuations in the Incomes of Primary Producers, in: The Economic Journal, Vol. LXII (1952)
- The Reduction of Fluctuations in the Incomes of Primary Producers Further Considered, in: The Economic Journal, Vol. LXIV (1954)
- Comments on Professor Nurkse's Paper, in: Kyklos, Vol. XI (1958)
- Bauer, P. T. und Yamey, B. S.: The Economics of Underdeveloped Countries, Cambridge 1960
- Bhagwati, J.: The Economics of Underdeveloped Countries, London 1966
- Birnbaum, E. A. und Qureshi, M. A.: Advance Deposit Requirements for Imports, in: IMF Staff Papers, Vol. VIII (1960/61)
- Bloomfield, A.: Monetary Policy in Underdeveloped Countries, in: Public Policy (C. Friedrich und S. Harris, Hrsg.), Cambridge (Mass.) 1956
- Bonné, A.: Towards a Theory of Implanted Development in Underdeveloped Countries, in: Kyklos, Vol. IX (1956)
- Buchanan, N. S. and Ellis, H. S.: Approaches to Economic Development, New York 1955
- Bundesstelle für Außenhandelsinformationen (Hrsg.): Weltwirtschaft am Jahreswechsel (Argentinien), Köln, Januar 1969
- Marktinformationen, Argentinien, Wirtschaftliche Entwicklung 1967/68, Köln Juli 1968
- Burns, A. F. and Mitchell, W. C.: Measuring Business Cycles, New York 1947
- Caine, S.: Instability of Primary Product Prices - a Protest and a Proposal, in: The Economic Journal, Vol. LXIV (1954)

- Cairncross, A. K. : Factors in Economic Development, London 1962
- Campolongo, A. : Problemi economici dell' Argentina, in: Economia Internazionale, Band XX (1967)
- Chalumeau, J. -L. : Situation Economique des Pays D' Amérique Du Sud, in: Banque, Feb. 1969
- Situation économique des principaux pays Latino-Américains, in: Banque, Dezember 1969
- Clark, C. : The Conditions of Economic Progress, 3. Aufl., London 1957
- Clark, J. M. : Business Acceleration and the Law of Demand: A Technical Factor in Economic Cycles, in: Readings in Business Cycle Theory, London 1950
- Strategic Factors in Business Cycles, New York 1935 (reprinted 1949)
- Committee for Economic Development (Hrsg.) : Trade Policy toward Low-Income Countries, New York 1967
- Coppock, J. D. : International Economic Instability. The Experience after World War II, New York, San Francisco, Toronto, London 1962
- Davis, T. E. : 8 Decades of Inflation in Chile 1879 - 1959. A Political Interpretation, in: The Journal of Political Economy, Vol. 71 (1963)
- Inflation and Stabilization Programs: The Chilean Experience, in: Inflation and Growth in Latin America (Baer-und Kerstenetzky, Hrsg.) Homewood 1964
- de Vries, B. A. : The Export Experience of Developing Countries, Baltimore 1967
- Doebel, R. : Devisenbewirtschaftung und Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern, Frankfurt a.M. 1968

- Dorrance, G. S. : The Effect of Inflation on Economic Development, in: Inflation and Growth in Latin America (ed. by Werner Baer and Isaac Kerstenetzky), Homewood 1964
- The Instruments of Monetary Policy in Countries without Highly Developed Capital Markets, in: IMF Staff Papers, Vol. XII (1965)
- Dorrance, G. S. und White, W. H. : Alternative Forms of Monetary Ceilings for Stabilization Purposes, in: IMF Staff Papers, Vol. IX (1962)
- Duesenberry, J. S. : Income, Saving and the Theory of Consumer Behavior, Cambridge 1949
- Business Cycles and Economic Growth, New York, Toronto, London 1958
- Dürr, E. : Probleme der Volkswirtschaftlichen Programmierung, in: Wirtschaftspolitische Chronik, Heft 2 (1963)
- Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik, Frankfurt/Main 1966
- Methodische und politische Probleme der Berechnung des Entwicklungshilfebedarfs, in: Ordo Jahrbuch, Bd. XVIII (1967)
- Probleme der Konjunkturpolitik, Freiburg im Breisgau 1968
- Alternativen der Wachstumsplanung in Entwicklungsländern, in: Wirtschaftspolitische Chronik, Heft 1 (1969)
- Konjunkturpolitik, Regelmechanismen, Konzertierte Aktion oder Laissezfaire? in: Wirtschaftspolitische Chronik, Heft 1 (1970)
- Time lags der Geldpolitik, in: Kredit und Kapital, Heft 2 (1970)

- Dürr, E. : Wachstumspolitisch relevante Ergebnisse der Wachstumstheorie, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Band 55 (1970)
- Ehlert, F. O. : Die staatlichen Industriebetriebe in Argentinien, in: Wirtschaftsdienst, Heft 8 (1954)
- Politik und Wirtschaft in Argentinien seit dem Sturz Perons, in: Wirtschaftsdienst, Heft 8 (1956)
- Negative Bilanz der argentinischen Revolutionsregierung, in: Wirtschaftsdienst, Heft 5 (1957)
- Enke, S. : Economics for Development, Englewood Cliffs 1963
- Estey, J. A. : Business Cycles, 3. Aufl., Englewood Cliffs 1959
- Fellner, W. : Trends and Cycles in Economic Activity, New York 1960
- Ferrer, A. : The Argentine Economy, Berkeley and Los Angeles 1967
- Fischer, G. : Marktwirtschaftliche Entwicklungspolitik, Bedingungen und Erfahrungen, Diss. Erlangen-Nürnberg 1968
- Fleming, M., Rhomberg, R. und Boissonneault, L. : Export Norms and Their Role in Compensatory Financing, in: IMF Staff Papers, Vol. X (1963)
- Fricke, R. : Wirtschaftsordnung und Konjunktur, Frankfurt/Main 1958
- Frickhöffer, W. : Die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und die Möglichkeiten ihrer Anwendung auf Entwicklungsländer, in: Die soziale Marktwirtschaft - Modell für die Dritte Welt, Berichte und Abhandlungen der Friedrich-Naumann-Stiftung, Heft 10 (1968)

- Friedman, M. : The Reduction of Fluctuations in the Incomes of Primary Producers: A Critical Comment, in: The Economic Journal, Vol. LXIV (1954)
- A Program for Monetary Stability, New York 1960
- The Supply of Money and Changes in Prices and Output, in: The Controversy over the Quantity Theory of Money, Boston 1965
- Froomkin, J. N. : The Migration of Capital, People and Technology, in: Economic Development, Principles and Patterns (Buttrick, J. A. and Williamsen, H. S., Hrsg.), New York 1954
- Geer, T. : The Postwar Tin Agreements: a Case of Success in Price Stabilization of Primary Commodities? in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 106. Jg. (1970)
- Goode, R., Thorne, R. S. : Variable Reserve Requirements Against Commercial Bank Deposits, in: IMF Staff Papers, Vol. VII (1959/60)
- Goode, R., Lent, G. E. und Ojha, P. D. : Role of Export Taxes in Developing Countries, in: IMF Staff Papers, Vol. XIII (1966)
- Goodwin, R. M. : A. Modell of Cyclical Growth, in: Readings in Business Cycles (R. A. Gordon und L. R. Klein, Hrsg.), London 1966
- Gordon, R. A. : Business Fluctuations, 2. Aufl., New York 1961
- Grunwald, J. : The "Structuralist" School on Price Stability and Economic Development - The Chilean Case, in: Latin American Issues, Essays and Comments (A. O. Hirschmann, Hrsg.), New York 1961
- Haberler, G. : Prosperity and Depression, New York 1946

- Haberler, G.: Terms of Trade and Economic Development, in: Economic Development for Latin America, ed. by H. S. Ellis and H. C. Wallich, London 1962
- Monetary and Real Factors Affecting Economic Stability: A Critique of Certain Tendencies in Modern Economic Theory, in: Readings in Business Cycles, ed. by R. A. Gordon and L. R. Klein, London 1966
- Hamberg, D.: Business Cycles, 2. Aufl., New York 1957
- Hansen, A. H.: Business Cycles and National Income, New York 1951
- Hayek, F. A.: Price Expectations, Monetary Disturbances and Malinvestments, in: Readings in Business Cycle Theory, London 1950
- Heege, F.: Die Besonderheiten des Investitionsgütermarktes in den Entwicklungsländern. Ein Beitrag zur Exportmarktforschung, Diss. Freiburg i. Br., 1961
- Herlt, R.: Gibt es eine allgemeine Konjunkturtheorie? Versuch einer methodologisch kritischen Auseinandersetzung, Diss. Erlangen 1950
- Herschel, F. J. und Itzcovich, S.: Fiscal Policy in Argentina, in: Public Finance, 12. Jg. (1957)
- Hill, P.: Fluctuations in Incomes of Primary Producers, in: The Economic Journal, Vol. LXIII (1953)
- Higgins, B.: Economic Development, Principles, Problems and Policies, New York 1959
- Hirschman, A. O.: National Power and the Structure of Foreign Trade, Berkeley and Los Angeles 1945
- Jaramillo, R.: Central Bank Discount Rates, in: IMF Staff Papers, Vol. XIII (1966)
- Jelonek, A.: Die Entwicklungsländer, Baden-Baden und Bonn 1961

- Jöhr, W. A.: Die Konjunkturschwankungen, Tübingen, Zürich 1952
- Kafka, A.: The Theoretical Interpretation of Latin American Economic Development, in: Economic Development for Latin America (H. S. Ellis und H. C. Wallich, Hrsg.), London 1962
- The Elasticity of Export Supply, in: The Southern Economic Journal, Vol. XXXII (1966)
- Kalecki, M.: Studies in the Theory of Business Cycles, New York 1966
- Keran, M. W.: Monetary Policy, Balance of Payments, and Business Cycles. The Foreign Experience, in: Review of the Federal Reserve Bank of St. Louis, Vol. 49, Nov. 1967
- Keynes, J. M.: The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1964
- Kindleberger, Ch. P.: The Terms of Trade. A European Case Study, London 1956
- Kitamura, H. und Yang Shu-Chin: Domestic Stability and Development: A Critique of Nurkse's Scheme, in: Kyklos, Vol. XII (1959)
- Köllner, L.: Die Inflationsgefahr in Entwicklungsländern als Problem der Währungs- und Finanzpolitik, Baden-Baden, Bonn 1965
- Krämer, W.: Kapitalflucht aus Entwicklungsländern, Bielefeld 1969
- Kromphardt, J.: Wachstum und Konjunktur. Grundlagen ihrer theoretischen Analyse und wirtschaftspolitischen Steuerung, Göttingen 1972
- Lau, C.: Die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer, Diss. Hamburg 1961

- Laumas, P. S. : Schumpeter's Theory of Economic Development and Underdeveloped Countries, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. LXXVI (1962)
- Lee, M. W. : Economic Fluctuations: Growth and Stability, 3. Aufl., Homewood 1961
- Levy, E. : National Income Accounting in Developing Countries, in: Finance and Development, Vol. V, June 1968
- Lorenz, D. : Zur Typologie der Entwicklungsländer, in: Entwicklungsländer (B. Fritsch, Hrsg.), Köln und Berlin 1968
- Lovasy, G. : Survey and Appraisal of Proposed Schemes of Compensatory Financing, in: IMF Staff Papers, Vol. XII (1965)
- Lutz, F. A. : Paneldiscussion, in: Inflation and Growth in Latin America (Baer und Kerstenetzky, Hrsg.), Homewood 1964
- Macbean, A. J. : Export Instability and Economic Development, London 1966
- Maizels, A. : Industrial Growth and World Trade, Cambridge 1963
- Mamalakis, M. : Public Policy and Sectoral Development. A Case Study of Chile 1940 - 1958, in: Essays on the Chilean Economy, o.O., o.J.
- Manke, A. : Die Problematik des Systems der freien Wechselkurse unter Berücksichtigung beispielhafter Erfahrungen, Diss. Mannheim 1968
- Marx, K. : Das Kapital, Bd. III, Berlin 1965
- Maynard, G. : Economic Development and the Price Level, London 1963
- Michaely, M. : Concentration in International Trade, Amsterdam 1962

- Mikesell, R. : Economic Doctrines Reflected in UN Reports, in: The American Economic Review, Vol. XLIV (1954)
- Foreign Exchange in Postwar World, 2. Ed., New York 1955
- International Commodity Stabilization Schemes and the Export Problems of Developing Countries, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 53, 2 (1963)
- Minsky, H. P. : A Linear Model of Cyclical Growth, in: Readings in Business Cycles (R. A. Gordon und L. R. Klein, Hrsg.), London 1966
- Morgan, T. : Investment versus Economic Growth, in: Economic Development and Cultural Change, Vol. 17, Nr. 3, April 1969
- Morgenstern, O. : On the Accuracy of Economic Observations, Princeton 1963
- Myint, H. : The Gains From International Trade and the Backward Countries, in: The Review of Economic Studies, Vol. XXII (1954/55)
- Myrdal, G. : Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen, Stuttgart 1959
- Niculescu, B. M. : Fluctuations in Incomes of Primary Producers; Further Comment, in: The Economic Journal, Vol. LXIV (1954)
- Nurkse, R. : Trade Fluctuations and Buffer Policies of Low - Income Countries, in: Kyklos, Vol. XI (1958)
- Epilogue, in: Kyklos, Vol. XI (1958)
- O. Verf. : Die soziale Marktwirtschaft / Modell für die dritte Welt? in: Berichte und Abhandlungen der Friedrich-Naumann-Stiftung, Heft 10 (1968)

- Olakanpo, J. O. W.: Monetary Management in Dependent Economies, in: *Economica*, New Series, Vol. XXVIII (1961)
- Palomba, N. A.: Stability and Real Economic Growth: An International Comparison, in: *Kyklos*, Vol. XXII (1969)
- Patel, I. G.: Selective Credit Controls in Underdeveloped Countries, in: *IMF Staff Papers*, Vol. IV (1954/55)
- Pearson, L. B.: *Partners in Development*, New York, Washington, London 1969
- Pendle, G.: *Argentina*, 3. Aufl., London 1965
- Pfister, B.: Probleme der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Entwicklungsländern, in: *Ordo-jahrbuch*, Bd. XII, 1961
- Pohl, R.: Der Einfluß der Konjunktur in Westeuropa und den Vereinigten Staaten auf den über-seeischen und westeuropäischen Handel, in: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, Jg. 1955
- Polak, J. J.: The Repercussions of Economic Fluctuations in the United States on Other Parts of the World, in: *International Monetary Fund Staff Papers*, Vol. V (1956/57)
- Popper, K. R.: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Band II, *Falsche Propheten, Hegel, Marx und die Folgen*, Bern 1958
- *The Logic of Scientific Discovery*, New York 1961
- *Naturgesetze und theoretische Systeme*, in: *Theorie und Realität* (H. Albert, Hrsg.), Tübingen 1964
- Prebisch, R.: *Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer*, Berlin 1968

- Recktenwald, H. C.: Steuerüberwälzungslehre, 2. Aufl., Berlin 1966
- Reynolds, C. W.: Domestic Consequences of Export Instability, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, May 1963
- Rhomberg, R. R.: Transmission of Business Fluctuations from Developed to Developing Countries, in: International Monetary Fund Staff Papers, Vol. 15 (1968)
- Rimmer, D.: Schumpeter and the Underdeveloped Countries, in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. LXXV (1961)
- Robinson, J.: Essays in the Theory of Employment, 2. Aufl., Oxford 1947
- Röpke, W.: Die Konjunktur, Jena 1922
- Rohde, K. E.: Typische Mängel im Aussagewert von Sozialproduktangaben für Entwicklungsländer, in: Wirtschaftspolitische Chronik, Heft 2-3 (1969)
- Rothwell, K. J.: Taxes on Exports in Underdeveloped Countries, in: Public Finance, Vol. 18 (1963)
- Salin, E.: Unterentwickelte Länder. Begriff und Wirklichkeit, in: Entwicklungsländer (B. Fritsch, Hrsg.), Köln und Berlin 1968
- Sammons, R.: Paneldiscussion, in: Inflation and Growth in Latin America (W. Baer und I. Kerstenetzky, Hrsg.), Homewood 1964
- Schimmler, H.: Der Lagerzyklus. Lagerbewegung und Konjunkturverlauf in empirischer Sicht, Berlin 1958
- Schneider, A.: Wohin führt Argentiniens Weg? in: Wirtschaftsdienst, Heft 6 (1950)
- Schnittger, L.: Staatshaushalt und Finanzierung in Entwicklungsländern, Darmstadt 1963

- Schumpeter, J. A.: Business Cycles, Vol. I, New York and London 1939
- Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 2. Aufl., München 1926
- Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. erweiterte Aufl., München 1950
- The Analysis of Economic Change, in: Business Fluctuations, Growth, and Economic Stabilization: A Reader (J. J. Clark und M. Cohen, Hrsg.), New York 1963
- Seers, D.: The role of national income estimates in the statistical policy of an underdeveloped area, in: The Review of Economics and Statistics, Bd. 20 (1952/53)
- Inflation and Growth: The Heart of the Controversy, in: Inflation and Growth in Latin America (Baer und Kerstenetzky, Hrsg.), Homewood 1964
- Sieber, H.: Die realen Austauschverhältnisse zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten. Eine Verifizierung der These Prebischs (Diss. St. Gallen), Tübingen/Zürich 1968
- Simonsen, M. H.: Comment, in: Inflation and Growth in Latin America (W. Baer und I. Kerstenetzky, Hrsg.), Homewood 1964
- Singer, H. W.: The Distribution of Gains Between Investing and Borrowing Countries, in: The American Economic Review, Vol. XL, 2, Papers and Proceedings (1950)
- Obstacles to Economic Development, in: Social Research, Vol. XX (1953)
- Smithies, A.: Economic Fluctuations and Growth, in: Readings in Business Cycles (R. A. Gordon und L. R. Klein, Hrsg.), London 1966
- Spindler, J. v.: Das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer, Stuttgart 1963

- Staley, C. E. : Export Taxes in Ceylon, 1948 - 52, in: Public Finance, Vol. XIV (1959)
- Stouse jr., P. A. D. : Instability of Tropical Agriculture; The Atlantic Lowlands of Costa Rica, in: Economic Geography, Vol. 46, January 1970
- Sunkel, O. : The Structural Background of Development Problems in Latin America, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 97, 1966 II
- Inflation in Chile; An Unorthodox Approach, International Economic Papers, Nr. 10, 1960
- Triantis, S. G. : Economic Progress, Occupational Redistribution and International Terms of Trade, in: The Economic Journal, Vol. LXIII (1953)
- Tsiang, S. C. : An Experiment with a flexible Exchange Rate System; The Case of Peru 1950 - 54, in: IMF Staff Papers, Vol. V (1956/57)
- Uhlig, Ch. : Entwicklungsländer und Gewerkschaften, Hamburg 1967
- United Nations (Hrsg.): Committee for Development Planning, Report on the 6th Session, New York 1970
- Uri, P., Kaldor, N., Ruggles, R., Triffin, R. : A Monetary Policy for Latin America, New York, Washington, London 1968
- U Tun Wai: Interest Rates in the Organized Money Markets of Underdeveloped Countries, in: International Monetary Fund Staff Papers, Vol. V (1956/57)
- Villanueva, J. : The Inflationary Process in Argentina 1943 - 1960, 2nd. Ed., 1966, o.O.
- Viner, J. : Stability and Progress; The Poorer Countries' Problem, in: Stability and Progress in the World Economy, ed. by D. Hague, London 1958

- Wallich, H. C.: Stabilization of Proceeds from Raw Material Exports, in: Economic Development for Latin America (H. S. Ellis und H. C. Wallich, Hrsg.), London 1962
- Some Notes towards a Theory of Derived Development, in: The Economics of Underdevelopment (A. N. Agarwala und S. P. Singh, Hrsg.), Bombay 1958
- Wicksell, K.: Interest and Prices, New York 1965
- Zimmermann, L. J.: Arme und reiche Länder, Köln 1960

2. Statistische Quellen

International Monetary Fund (Hrsg.): International Financial Statistics, Washington, Supplement to 1965/66 Issues, sowie
Vol. XXIV (1971)
Vol. XXII (1969)

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Länderberichte, Stuttgart und Mainz:

Argentinien 1958
Argentinien 1959
Argentinien 1964
Argentinien 1968
Brasilien 1968
Chile 1964
Chile 1970
Costa Rica 1966
Demokratische Republik Kongo 1970
Dominikanische Republik 1965
El Salvador 1965
Irak 1959
Irak 1967
Jordanien 1959
Jordanien 1969
Kolumbien 1965
Kongo und Ruanda Urundi 1962
Marokko 1963
Marokko 1969
Nicaragua 1966
Panama 1966
Paraguay 1965
Spanien 1960
Tunesien 1963
Tunesien 1970
Uruguay 1966
Vereinigte Arabische Republik und Jemen 1958
Vereinigte Arabische Republik und Jemen 1961

- Länderkurzberichte, Argentinien, Stuttgart und Mainz 1969
Argentinien 1967

- Statistisches Jahrbuch der BRD, Stuttgart 1954

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die
BRD 1957, Stuttgart 1957

- Internationale Monatszahlen September
1968, Stuttgart und Mainz 1968
- Oktober 1966, Stuttgart und Mainz 1966
- Außenhandel der außereuropäischen Ent-
wicklungsländer 1967 und 1968, Stuttgart
und Mainz 1970
und 1961 und 1962, Stuttgart und Mainz 1964

United Nations (Hrsg.): Statistical Yearbook

- 1959, New York 1960
- 1962, New York 1963
- 1965, New York 1966
- 1966, New York 1967
- 1967, New York 1968
- 1969, New York 1970
- 1970, New York 1971
- Yearbook of National Accounts Statistics
1958, New York 1959
1959, New York 1960
1968, Vol. I. Individual Country Data, New
York 1969
- Economic Survey of Latin America
1951/52, New York 1954
1955, New York 1956
1957, New York 1958
1958, New York 1959
- The Growth of World Industry, 1968 Edition
Vol. I General Industrial Statistics, New
York 1970
- Yearbook of International Trade Statistics
1961, New York 1963
1959 Vol. I, New York 1960
1955, New York 1956
- World Economics Survey 1963, I, Trade
and Development: Trends, Needs and
Policies, New York 1964

Lebenslauf

Ich wurde am 22.4.1945 in Erlangen geboren. Mein Vater ist der Textilkaufmann Robert Bratenstein, meine Mutter die Hausfrau Gertrud Bratenstein, geborene Groß.

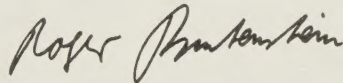
Nach dem Besuch der Volksschule in Erlangen-Bruck vom Herbst 1951 bis zum Sommer 1955 trat ich im September 1955 in das Städtische Realgymnasium Erlangen über. Dort legte ich auch im Sommer 1964 die Reifeprüfung ab.

Nach Ableistung einer sechswöchigen Dienstzeit bei der Bundeswehr von Oktober bis Mitte November 1964 begann ich an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen - Nürnberg das Studium der Volkswirtschaftslehre.

An die Prüfung zum Diplom-Volkswirt im Herbst 1969 schloß ich das Promotionsstudium sowie die Ausarbeitung der vorliegenden Dissertation an.

Seit Herbst vorigen Jahres bin ich als Studienreferendar im bayerischen Staatsdienst tätig.

Weiher, im März 1973

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Robert Bratenstein". The script is cursive and somewhat stylized, with the first name "Robert" written in a larger, more prominent hand than the last name.

Offsetdruck-Fotodruck

J. Hegl, 8520 Erlangen, Hauptstr. 109 (Nähe Martin-Luther-Platz) Tel. 22990